

Minderheitenbericht von SPD und GRÜNEN im Bayerischen Landtag zum Untersuchungsausschuss zur BayernLB

A. Fazit zu den Ergebnissen des Untersuchungsausschusses

1. Antworten zu den Fragen des Untersuchungsausschusses

Aus Sicht der Oppositionsvertreter war der Untersuchungsausschuss überaus erfolgreich. Die Beweisaufnahme aus den Akten und den Zeugeneinvernahmen in Bezug auf die vier im Untersuchungsausschuss zu behandelnden Fragenbereiche hat die Vorwürfe, die die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN zur Einsetzung dieses Untersuchungsausschusses veranlasst haben, in vollem Umfang bestätigt:

Staatsminister Huber, Ministerpräsident Beckstein und die anderen Vertreter der Staatsregierung im Verwaltungsrat der BayernLB haben bei der Führung der Bank und bei der Ausübung der Kontrolle versagt und sie haben Öffentlichkeit und Parlament über das Ausmaß und die Dynamik der Krise bewusst getäuscht.

Das verfassungsmäßig garantierte Auskunftsrecht des Parlaments, das gegenüber Geschäft- und Betriebsgeheimnissen der BayernLB als höherrangig zu gewichten ist, wurde von Finanzminister Huber über Monate hinweg verletzt und bewusst missachtet.

Der eingetretene materielle wie immaterielle Schaden für den Freistaat und die Steuerzahler ist enorm und abschließend noch nicht absehbar. In der Konsequenz bleibt es bei der Rücktrittsforderung gegenüber dem verantwortlichen Finanzminister Huber. Aus Sicht der Opposition ist es unausweichlich, dass er mit seinem Rücktritt die politische Verantwortung übernimmt und wenn er diesen Schritt nicht selbst geht, er von Ministerpräsident Beckstein entlassen wird.

2. Erkenntnisse zu Lage und strategischer Aufstellung der Landesbank über den Auftrag des Untersuchungsausschuss hinaus

Bei der Aufarbeitung des Untersuchungsausschuss-Fragenkomplexes und der ABS-Geschäfte der BayernLB in Milliardenhöhe erlangte die Öffentlichkeit wertvolle Erkenntnisse zur dramatischen Lage und strategischen Aufstellung der Bank. Nicht nur, dass selbst einzelne Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrates an der Kundenorientierung und am Geschäftsmodell der Landesbank insgesamt zweifeln, auch die im Untersuchungsausschuss befragten Sachverständigen kritisieren, dass bei der BayernLB der im Bayerischen Landesbankgesetz verankerte „öffentliche Auftrag“ nur mehr eine untergeordnete Rolle spielt. Die Experten sehen bei den im großen Umfang getätigten Geschäften mit strukturierten Wertpapieren zudem keine „komparativen Vorteile“ für die Landesbank.

Den „Schwachpunkt Landesbanken“ konstatiert nicht zuletzt auch der Rat der Wirtschaftsweisen im Sondergutachten vom 12.06.2008. Die Wirtschaftsweisen beschreiben hierin, dass das Geschäftsmodell der Landesbanken, damit auch der BayernLB, „wenig tragfähig“ und ein „zentraler Schwachpunkt des deutschen Finanzsystems“ sei. „Die Landesbanken sind nicht nur in besonderem Maße von der Krise betroffen, sie weisen auch eine geringe Rentabilität auf und verfolgen häufig wenig tragfähige Geschäftsmodelle.“

Um weiteren Schaden von Freistaat und Steuerzahlern abzuwenden und um das Vertrauen in die Landesbank wieder herzustellen, ist eine strategische Neuausrichtung der Bank zum Wohle der bayerischen Wirtschaft, eine Neuordnung der Kontrolle, mehr Kompetenz und Sachverstand durch eine Neubesetzung des Verwaltungsrats und die Einbeziehung der Opposition in die Entscheidungsgremien erforderlich.

3. Fazit zu den einzelnen Fragen des Untersuchungsausschusses

Staatsminister Huber und Ministerpräsident Beckstein waren zu jedem Zeitpunkt umfassend über die Lage der Landesbank informiert und haben bis Mitte Februar Öffentlichkeit und Landtag gezielt getäuscht.

Aus den Akten und der Zeugenbefragung geht hervor, dass die Staatsregierung zu einem Zeitpunkt bereits Kenntnis vom Schaden in Milliardenhöhe hatte, als Erwin Huber den Landtag und die Öffentlichkeit noch glauben machen wollte, es gehe um Verluste von 100 Mio. Euro und Ministerpräsident Beckstein 2 Mrd. Euro „Horrorzahlen“ nannte, die mit der Realität nichts zu tun hätten. In der Sitzung des Haushaltsausschusses am 12.02.2008 berichtete Staatsminister Huber weder umfassend noch der Wahrheit entsprechend zur aktuellen Situation der BayernLB.

Die Verwaltungsratsmitglieder zeigten sich selbst noch im Sommer 2007, als die US-Subprime-Krise längst weltweit mediale Beachtung fand, passiv und äußerst inkompetent. So wurden Vorstandsvorlagen zu ABS-Investitionsentscheidungen ohne Wortmeldung und ohne kritische Fragen abgenickt. Der Vorstand der BayernLB traf die Entscheidung über die Frage, welcher Art Informationen zu welchem Zeitpunkt an die staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat übermittelt wurden. Nach übereinstimmenden Aussagen der Zeugen aus Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB wurde seit März 2007 die Devise verfolgt, keine Hinweise auf die entstandene Krise im Zusammenhang mit dem BayernLB-Engagement in ABS-Papiere an die Öffentlichkeit zu geben.

Staatsminister Huber stellte diese „Kommunikationsstrategie“ des Vorstands der Landesbank, die eine Vertuschungs- und Verschleierungsstrategie war, bewusst über das Informationsrecht des Parlaments.

Staatsminister Huber wurde vom Vorstand der Bank wöchentlich über negative, bilanzielle Auswirkungen der Subprime-Krise, die ab November 2007 die Milliarden-Euro-Grenze überschritten, informiert. Wider besseren Wissens und trotz seines umfangreichen Kenntnisstands zur aktuellen Situation der

BayernLB log er am 11.12.2007 gegenüber dem Abgeordneten Mütze auf die Frage der Höhe des Abschreibungsbedarfs, er tat Meldungen der Presse über riesige Verluste als „Horrorvorstellung, die mit der Realität nichts zu tun haben“ ab und nannte am 12.02.2008 im Haushaltsausschuss Zahlen zum hohen – und zu diesem Zeitpunkt auch tatsächlich vorliegenden - Wertberichtigungsbedarf „Spekulation“. Noch am 19.02.2008 stellte Minister Huber fest: „Es gibt keine Krise der Bayerischen Landesbank“.

Aus den Akten und den Zeugenvernehmungen sind – außer dem Versuch, die dramatische Situation der Öffentlichkeit gegenüber mit „Sprachregelungen“ zu verharmlosen – keinerlei Maßnahmen der Verwaltungsratsmitglieder ersichtlich, die sie im Rahmen ihrer Kontrollfunktion ergriffen hätten. Über Jahre hinweg wurden die milliardenschweren Investitionsentscheidungen zu den ABS-Papieren von den staatlichen Vertretern im Verwaltungsrat einfach „abgenickt“.

Den Verwaltungsratsmitgliedern waren weder die Zusammenhänge der ABS-Geschäfte bekannt, noch reichte ihr Know-how für eine effektive Kontrolle der Geschäfte und des Vorstands.

Ob sie ihrer Kontrollfunktion gerecht wurden, ob sie als Verwaltungsräte bei Investmententscheidungen zu ABS und US-Subprime sachgerecht gehandelt haben und ob bei der Einschätzung der Risikobewertung für das Jahr 2007 ein sachgerechtes Handeln vorlag, wollten die Verwaltungsratsmitglieder selbst wissen und ließen diese Frage von externen Wirtschaftsprüfern untersuchen. Dieser Prüfauftrag vom März 2008 an die Prüfungsgesellschaft Ernst & Young kann nur als Eingeständnis des Versagens ausgelegt werden.

Bis heute stellen die am 03.04.2008 von der Bank veröffentlichten Abschreibungen und Wertberichtigungen aus ABS-Geschäften über Euro 4,3 Milliarden nach Auffassung von Staatsminister Huber keinen Schaden dar. Dennoch soll eine staatliche „Abschirmung“ und Garantieerklärung der Eigentümer über Euro 4,8 Milliarden erfolgen. Die Wirtschaftsprüfer prognostizieren jedenfalls in ihrem jüngsten Testat operative Verlusten für das Gesamtjahr 2008, eine angespannten Liquiditätslage und Risikotragfähigkeit und berichten von bereits eingetretenen Beeinträchtigungen im Neugeschäft.

B. Vorbemerkungen zur Lage der Landesbank und den Ursachen der Finanzkrise

Im Vergleich zur Bilanzsumme der Landesbank wurden überproportional¹ hohe Summen in die vermeintlich harmlose Anlageklasse „Asset Backed Securities (ABS), insbesondere in amerikanische „Mortgage Backed Securities (MBS) der Klassen Non-Prime und Sub-Prime (subprime) investiert. Mit dem von Rating-Agenturen verliehenen Bewertungen als „Triple-A“ (AAA) wähnte sich die BayernLB ausreichend abgesichert.

Beim Kauf der Papiere durch die Landesbank wurden rechtzeitige Warnungen² vor dem Platzen der amerikanischen Immobilienblase genauso außer Acht gelassen, wie die Tatsache, dass für den milliardenschweren Ausbau schlicht das passende Geschäftsmodell³, das Know-how und der öffentliche Auftrag⁴ fehlten. Gekauft wurden die ABS-Papiere, obwohl die zugrunde liegenden, schlechten Basiskreditgeschäfte⁵ bekannt waren, obwohl man wusste, unter welchen Bedingungen AAA-Ratings zustande kommen und obwohl man wusste, dass die Kredite den Subprime-Kreditnehmern⁶ von Vertreterkolonnen mit Tupperware-Party⁷ ähnlicher Methode aufgeschwatzt wurden, mit variablen Zinssätzen, die bei einem Wirtschaftsabschwung, wie er in den USA gerade stattfindet, nicht mehr bedient werden können.

Das Platzen der amerikanischen Immobilienmarktblase zeigt sich in der vollkommenen Illiquidität⁸ des ABS-Marktes und der damit einhergehenden dramatischen Wertminderung der Papiere auf Basis von ABX-Marktindizes⁹ und auf Grund von Herabstufungen durch Ratingagenturen¹⁰. Den internationalen Bilanzierungsregeln ist es zu verdanken, dass eingetretene Wertminderungen und Abschreibungen in der notwendigen Dimension gegenüber den Eigentümern öffentlich werden.

1. Entwicklung der Krise bei der BayernLB

Mit dem Wegfall der Gewährträgerhaftung zum 18.07.2005 verteuerten sich die Refinanzierungskonditionen der Landesbank. Der Untersuchungsausschuss musste feststellen, dass die BayernLB im Hinblick auf diesen Wegfall noch in Milliardenhöhe an ABS-Papieren investiert hat, um

¹ Dr. Kemmer (4/60)

² Prof. Dr. Rudolf (3/6)

³ Expertise des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Auftrag der Bundesregierung, Juni 2008

⁴ Artikel 2 des Landesbankgesetzes

⁵ Prof. Dr. Rudolf (3/53)

⁶ Subprime Kreditnehmer sind bonitätsschwache Privatpersonen, auch NINJAS genannt (No Income, No Job, No Assets)

⁷ Prof. Dr. Rudolf (3/7)

⁸ Burgmer (5/123)

⁹ Prof. Dr. Wenger (3/87)

¹⁰ boerse.ard.de vom 11.07.07

diese - mit entsprechender Zinsdifferenz- als kurzlaufende ABCP (Asset Backed Commercial Papers) wieder zu verkaufen. Der Anteil der auf Kundenwunsch entstandenen Geschäfte (Kundentransaktionen)¹¹ betrug lediglich ein Viertel aller ABS-Geschäfte. Damit ist klar, dass Geschäfte über die beträchtliche Höhe von etwa 24 Mrd. Euro mit dem öffentlichen Auftrag, z.B. der Mittelstandsförderung im eigenen Land nichts zu tun hatten. Nachdem von den 8 Mrd. Euro, die im Kundenauftrag in ABS-Papiere angelegt wurden, 7,5 Mrd. Euro aus öffentlichen Geldern aus den USA stammten, bleiben maximal 0,5 Mrd. Euro, die im Auftrag von bayerischen Kunden gehandelt wurden. Bei diesem geringen Anteil des Kundengeschäfts für bayerische Kunden fällt auch das Argument, man hätte die Kunden auf diesen Teil des Weltmarktes begleiten müssen, in sich zusammen¹².

Da deutsche Banken oder Hypothekeninstitute in den USA kaum direkt Immobilienkredite vergeben, besteht und bestand keine Notwendigkeit und kein komparativer Vorteil der BayernLB gegenüber anderen Finanzinstituten¹³, genau solche Verbriefungsgeschäfte für deutsche Unternehmen aufzulegen. Ebensovienig war es notwendig, dass die BayernLB zum Zwecke der Zinsarbitrage selbst zum Käufer und Händler solcher Produkte wurde. Über 15 Mrd. Euro der BayernLB-ABS stecken in diesen Mortgage Backed Security Klassen¹⁴.

Spätestens im Laufe des Jahres 2006 mehrten sich jedoch die Anzeichen, dass entscheidende Veränderungen stattgefunden hatten, die auch auf die Risiken durchschlagen konnten. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung des Abschlussberichts des Untersuchungsausschusses ist klar, dass sämtliche, kumulierten Gewinne der letzten 15 Jahre durch die Abwertungen und Abschreibungen aus 2007 und 2008 nicht nur kompensiert sind, sondern darüber hinaus weitere Risiken in Milliardenhöhe drohen¹⁵.

2. Hinweise auf Marktveränderungen und zunehmende Risiken

Im Mai 2002 formulierte die Investmentlegende Warren Buffett die bis heute bekannteste und prägnanteste Kritik an den Finanzinstrumenten in seinem Bericht an die Aktionäre seiner Investmentfirma Berkshire Hathaway: "Derivate sind finanzielle Waffen zur Massenvernichtung. Sie bergen schlummernde Risiken, die tödlich sein können"¹⁶. Randall Dodd, Chef des Washingtoner Derivatives Study Center, kritisierte: "Es gibt keine Anforderungen an das Reporting, keine Anforderungen an hinterlegte Sicherheiten und keine Lizenzierung von Händlern." Grund für die Besorgnis war bereits 2002 das rasante Wachstum des Markts für Kreditderivate. Von gerade 180 Millionen Dollar 1998 stieg das Volumen der gehandelten Papiere bis 2002 auf 2,1 Milliarden Dollar. Zunehmend werden Kreditderivate statt in

¹¹ Bilanzpressekonferenz der BayernLB vom 03.04.2008, S. 6

¹² Dr. Kemmer (4/59)

¹³ Prof. Dr. Wenger (3/75)

¹⁴ Bilanzpressekonferenz der BayernLB vom 03.04.2008, S. 6

¹⁵ Niederschrift der 71. VR-Sitzung, Band 34, S. 10

¹⁶ Spiegel online vom 06.07.2007

erster Linie zur Absicherung des eigenen Kreditgeschäfts als Spekulationsobjekt zum „Aufpeppen“ der Rendite gesehen¹⁷.

Zwischen 2002 und 2006 änderte sich der US-Hypothekenmarkt dramatisch. Der Anteil der Primes ging stark zurück. Der Markt verschlechterte sich enorm. Zu dieser Zeit, wenn man vor Ort gewesen wäre, hätte man noch mehr sehen müssen, als man von hier aus gesehen hat¹⁸. Ab 2006 befand sich der Markt für nachrangige Hypotheken, also der Subprime-Markt, in einer Krise. Diese Tatsache wurde relativ früh festgestellt, nicht von allen Fachleuten, aber von etlichen. Im Nachhinein kann man immer auch in Deutschland Quellen ausmachen, die durchaus kritisch sind, führte der Sachverständige Prof. Rudolph aus¹⁹. Bei einer aufmerksamen Marktbeobachtung wäre die Krise 2006 also erkennbar gewesen und wurde von vielen auch erkannt. Ab 2006 reagierten die Marktakteure und versuchten, das Kreditvolumen nicht weiter steigen zu lassen, sondern zurückzufahren, weil sie merkten, dass in vielen Fällen die Schulden den Wert der beliebigen Häuser überstiegen²⁰.

Im Quartalsbericht der Bank for International Settlements (BIZ) vom März 2006 wurde bereits auf Ausfallrisiken bei Mortgage Backed Securities (MBS), die mit US-Hypothekenkrediten unterlegt sind, hingewiesen²¹.

Am 17.03.2006 erklärte ein Immobilienexperte der BayernLB, dass die Immobilienmärkte in den USA überhitzt seien²².

Am 08.06.2006 warnte Folker Hellmeyer, Chefanalyst der Bremer Landesbank: „Wir sehen eine Wirtschaft, die größtenteils auf Spekulationsblasen aufgebaut ist“²³.

Im Januar 2007 begann dann der Abstieg. Der Markt für Billig-Hypotheken, die "subprime loans", brach zusammen²⁴.

Nach einer Studie der BIZ wird der Beginn der Krise auf den 02.04.2007 datiert. Die zweitgrößte Bank bei der Vergabe von Subprime Mortgages in den USA, die New Century Financial Corporation, hatte Gläubigerschutz beantragt. Am 03.05.2007 teilte die UBS Verluste in Subprime von 125 Mio. \$ mit. Nach Gerüchten um Bear Stearns, nach denen zwei Hedgefonds geschlossen werden sollten, gab es dann Mitte Juni eine scharfe Reaktion: Moody's stufte Subprime-Wohnungsbaukredite herab und stuft die unterlegten Wertpapiere herab. Standard & Poor's schloss sich an²⁵.

Am 30.07.2007 wurde gemeldet, dass die Industriekreditbank (IKB) Verluste in Folge von Problemen am US-Markt für Subprime-Hypotheken angemeldet hatte und die KfW eingesprungen war²⁶.

¹⁷ Spiegel online vom 06.07.2007

¹⁸ Prof. Dr. Rudolph (3/10)

¹⁹ Prof. Dr. Rudolph (3/10)

²⁰ Prof. Dr. Rudolph, (3/10)

²¹ Prof. Dr. Rudolph, Präsentation S. 7

²² Münchner Merkur vom 17.03.2007

²³ Münchner Merkur vom 08.06.2006

²⁴ Spiegel-online vom 17.08.07

²⁵ Prof. Dr. Rudolph (3/11), Präsentation S. 10

²⁶ manager-magazin.de vom 02.08.2007

3. Auf die Entwicklungen haben Vorstand und Verwaltungsrat nicht oder zu spät reagiert.

Der Vorstand beschloss im Oktober 2005, das Engagement in ABS-Papiere von 30 auf 58 Mrd. Euro noch zu steigern und leitete diese anscheinend aus Vorstandssicht unwesentliche Information erst am 02.08.2006 an den Verwaltungsrat weiter²⁷. Diese Entscheidung wurde dem Verwaltungsrat nicht zur Genehmigung vorgelegt. Auf diesen Zielfortfoliobeschluss wurde in den Einzelbeschlussvorlagen jedoch immer wieder Bezug genommen, sodass der Verwaltungsrat sich diese Information hätte erschließen können²⁸.

Der Experte Prof. Rudolph sagte im Rahmen des Untersuchungsausschusses: „Die Wertschöpfungsketten im Immobilienbereich sind für meine Begriffe zu stark aufgebrochen worden. Die Arbeitsteilung zwischen denen, die Kredite verkauft haben, originiert haben, weiterverkauft haben und dann wieder gebündelt haben, ist sehr weit gegangen. Mir ist gesagt worden, dass solche Kredite mehr oder weniger auf Tupperwarepartys verkauft worden sind ohne Kontrolle, ohne dass irgendein Kreditinstitut dabei war. Dann sind sie aber natürlich an Kreditinstitute weitervermittelt worden. Das hat daraus irgendein Geschäft gemacht, ohne dass das im Einzelnen klar war“²⁹.

„Man hat einen großen Teil über Gleitzinsen, also variable Zinsen gesetzt. Es sind auch viele Kredite vergeben worden, in denen man am Anfang diese Zinsen gar nicht bezahlen muss“³⁰.

Noch am 13.08.2007 gab die Landesbank der Financial Times Deutschland gegenüber an: „In subprimes sind wir gar nicht investiert“³¹, um am 24.08.2007 doch einzuräumen, dass die Bank Wertpapiere halte, die mit ausfallgefährdeten Krediten aus dem so genannten Subprime-Segment des US-Immobilienmarktes unterlegt seien³².

Bei der Auflistung der „bemerkenswerten Feststellungen“ aus der Prüfung des Jahresabschlusses und des Konzernabschlusses der BayernLB zum 31.12.2006 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PWC), die dem Vorstand und dem Verwaltungsrat bekannt waren, ist im Zusammenhang mit den US-amerikanischen ABS- und MBS-Produkten von „illiquiden Märkten“ die Rede, bei denen überwiegend keine aktuellen Marktpreise bezogen werden können. Für 2006 wurden von den Prüfern große Schwächen bei der Kreditüberwachung in den USA entdeckt, Fehler im Risikoklassifizierungsverfahren aufgezeigt und Mängel im Verfahren zur Früherkennung von Risiken u.a. im Immobilienfinanzierungsgeschäft gesehen. Die Kreditrisikoberichterstattung sei mangelhaft³³. Nachdem sich die Prüfung

²⁷ Dr. Kemmer (4/74)

²⁸ Sonderuntersuchungsbericht von Ernst & Young, Band 43, S. 108

²⁹ Prof. Dr. Rudolph (3/7)

³⁰ Prof. Dr. Rudolph (3/8)

³¹ FTD vom 13.08.07

³² manager magazin online vom 24.08.08

³³ Auflistung vom 09.05.2007, Band 24, S. 92ff

auf das Jahr 2006 bezieht, muss dies für die Bank bereits in diesem Jahr ersichtlich gewesen sein.

Eine Warnung der Deutschen Bundesbank wurde nicht ernst genommen. Mit Schreiben vom 14.03.2007 wies die Bundesbank den Vorstand der BayernLB auf die aktuelle Presseberichterstattung hin, nach der sich einige amerikanische Hypothekenspezialisten in zum Teil akuten Schwierigkeiten befänden. Insolvenzen für Häuser mit einer Konzentration auf zweitklassige Hypothekendarlehen („subprime mortgages“) wurden nicht ausgeschlossen³⁴. Trotz des hohen Engagements im Subprime Mortgage-Segment in Höhe von 5,219 Mrd. Euro sah die BayernLB in ihrem Antwortschreiben vom 27.03.2007 an die Bundesbank hinsichtlich des Kreditausfallrisikos keinen Handlungsbedarf³⁵. Beide Schreiben gingen in Kopie an die Staatsministerien der Finanzen und des Innern.

Allerdings verfügte der Vorstand der BayernLB noch im März 2007 einen Ankaufstopp für Subprime-Papiere, informierte den Verwaltungsrat hierüber aber erst am 24.07.2007. Für die übrigen ABS-Papiere wurde der Ankaufstopp erst im Sommer 2007 verhängt und bis dahin auch noch in diese Papiere investiert³⁶.

Zum Zeitpunkt der Verfügung des Ankaufstopps waren ABS-Investments über 1,4 Mrd. Euro angekauft, jedoch noch nicht durch den Geschäftsbereich Risk Office votiert. In der Folge waren die negativ votierten Papiere unverzüglich zu verkaufen³⁷. Die Papiere wurden immer erst angekauft und erst danach durch das Risk Office geprüft. Sofern die Prüfungen ergaben, dass die Papiere zu Risiko behaftet waren, wurden sie umgehend verkauft. Ab dem Zeitpunkt des Ankaufstopps war dies bei der veränderten Marktlage nicht mehr möglich und ist bis heute nicht gelungen. Erst prüfen - dann kaufen, diese Reihenfolge wurde von den Finanzministern Faltlhauser³⁸ und Huber in der Theorie betont, traf aber tatsächlich nicht zu.

In der Antwort der Bank auf die Anfrage des Vorsitzenden des Verwaltungsrats, Dr. Siegfried Naser vom 01.02.2008 wurde der umgekehrte Ablauf bei diesen Vorgängen - zuerst kaufen, dann prüfen - durch die Bank bestätigt³⁹.

In den Verwaltungsratssitzungen vom 24.07.2007 und vom 29.08.2007 wurde zwar ausführlich über die ABS-Krise debattiert, aber die dramatischen Auswirkungen, die diese Krise für die BayernLB haben sollte, völlig unterschätzt. Dass es die Landesbank treffen würde, muss den Beteiligten seit diesen Sitzungen klar gewesen sein. So führte der ehemalige Finanzminister Faltlhauser vor dem Untersuchungsausschuss aus: „Also ab August war uns die Problematik bewusst, die Landesbank wird da nicht ungeschoren vorbeikommen,

³⁴ Band 10, S. 23f

³⁵ Band 10, S. 20

³⁶ Dr. Naser (4/213), Dr. Braese (8/19)

³⁷ Teilprüfungsbericht I der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC, Vorprüfungen zum Jahresabschluss zum 31.12.2007, Band 28, S. 35

³⁸ Sprechzettel Prof. Faltlhauser vom 10.09.2007, Band 8, S. 13

³⁹ Brief BayernLB an Dr. Naser (11/246)

und es kann möglicherweise problematisch werden⁴⁰.

Seit dem 2. Quartal bzw. Mitte 2007, seitdem die Papiere der Landesbank zum Teil über 90% an Wert verloren haben, gibt es tatsächlich keine andere Alternative, als die Papiere zu halten. Bis ins 1. Quartal 2007 wäre ein Verkauf jedoch noch ohne große Einbußen möglich gewesen⁴¹. Stattdessen wurden bis zum Ankaufstopp im März bzw. im Sommer 2007 noch Subprime- und die übrigen ABS-Papiere angekauft bzw. verlängert.

4. Es bestand kein ausreichendes Know-how und Risikobewusstsein bei der Landesbank

Für 2006 wurden von den Prüfern bereits große Schwächen bei der Kreditüberwachung in den USA entdeckt, Fehler im Risikoklassifizierungsverfahren aufgezeigt und Mängel im Verfahren zur Früherkennung von Risiken u.a. im Immobilienfinanzierungsgeschäft gesehen. Die Kreditrisikoberichterstattung sei mangelhaft gewesen⁴². Eine weitere Feststellung der Prüfer von PWC im Prüfbericht 2006 lautete: "Die im Rahmen der Risikobewertung eingesetzten Verfahren und Prozesse entsprechen nicht vollumfänglich dem Umfang und der Komplexität des betriebenen Geschäftes"⁴³.

Aus den Genehmigungsvorlagen zu ABS Kreditlinien für die Verwaltungsratssitzung am 27.03.2007 ergibt sich aus den beigefügten Kreditberichten vom 17.03.2005 und vom 26.02.2007, dass die Bank keine ausreichende Erfahrung hatte und hat. Hier heißt es: "Die Bank hat sehr wenig Erfahrung mit manchen, in Frage kommenden Assetklassen sowie mit Tranchen, mit einem Rating schlechter als AAA"⁴⁴ und weiter: "Risiken: die Bank hat sehr wenig Erfahrung mit gewissen, in Frage kommenden Klassen bzw. Risiken von Assets, die in den ABS strukturiert sind, und mit Tranchen mit einem geringeren Rating als AAA"⁴⁵

Bezüglich des Risikobewusstseins führte der Sachverständige Prof. Dr. Wenger aus: „Man hätte sich vor allen Dingen darüber im Klaren sein müssen, dass das Verpacken von vielen kleinen Risiken zu einem großen Klumpen nichts mit Risikoausgleich zu tun hat, wenn diese Risiken im Ernstfall alle miteinander korreliert sind. Der Niedergang eines Immobilienmarktes in einem Land ist nun einmal ein Klumpenrisiko und da hilft es nicht, wenn ich tausend verschiedene Titel in meinem Portfolio habe, wenn die letztlich alle demselben Basisrisiko ausgesetzt sind⁴⁶.

Prof. Wenger wies auf die Parallelen hin, nachdem der US-amerikanische

⁴⁰ Prof. Dr. Faltlhauser (6/172)

⁴¹ Prof. Dr. Rudolph (3/62)

⁴² Auflistung bemerkenswerter Feststellungen vom 09.05.2007, Band 24, S. 92ff

⁴³ Auflistung bemerkenswerter Feststellungen vom 09.05.2007, Band 24, S. 92ff

⁴⁴ Band 16, S. 69

⁴⁵ Band 16, S. 48

⁴⁶ Prof. Dr. Wenger (3/81)

Immobilienmarkt vor 20 Jahren schon einmal zusammengebrochen war. Dabei gingen 150 Mrd. USD in der sogenannten Savings & Loan Krise verloren und ein komplettes Segment des amerikanischen Bankensystems ging „pleite“: „... man hätte sich von Anfang an fragen müssen: Wie ist das Risiko dieser Papiere dann einzuschätzen, wenn der Immobilienmarkt runter geht? Der Immobilienmarkt ist ja nicht zum ersten Mal untergegangen. ... Hauptgrund dafür, dass das Saving-and-Loan-Segment (Anm.: Sparkassen) des amerikanischen Bankenmarktes damals mehr oder weniger ausgelöscht wurde, waren sinkende Immobilienpreise. Dieses Risiko hätte man sich natürlich vergegenwärtigen müssen, wenn man in dieses Geschäft einsteigt“⁴⁷.

5. Vorstand und Verwaltungsrat haben sich zu sehr auf die Ratingagenturen verlassen

Bei der Prüfung der Wertpapiere hat sich die BayernLB viel zu sehr auf die Bewertungen der US-Ratingagenturen Moody's, Standard & Poor's (S&P) und Fitch verlassen.

Der Sachverständige Prof. Wenger führte hierzu aus: „Die Rating-Agenturen werden von den Emittenten bezahlt und nicht von den Käufern der Finanztitel. Von daher ist es natürlich klar, dass die Interessen der Emittenten bei dem, was die Rating-Agenturen ausspucken, von nicht unerheblicher Bedeutung sind und die Interessen derjenigen, die die Papiere kaufen, dann eher etwas zu kurz kommen. Das ist ein ganz simples Agency-Problem, wie sich der Ökonom ausdrücken würde. Von daher muss man solchen Institutionen mit einem gesunden Misstrauen begegnen“⁴⁸.

Die großen Ratingagenturen, die neben Unternehmen und Ländern auch Wertpapiere im Hinblick auf deren Kreditwürdigkeit benoten, lassen sich nach Meinung von Kritikern kaufen. Und zwar von den Emittenten der jeweiligen Papiere. Zuerst, so die Kritik, bitten diese die Agenturen um einen Vorbericht und wer hier die besten Noten in Aussicht stellt, bekommt den Zuschlag für das Gesamtrating und damit für das große Geld. Es sei verlockend für die Agenturen, eine zu positive Note zu geben. Diese Praxis habe die Finanzkrise entscheidend mit verursacht, da zahlreiche Wertpapier-Portfolios mit Bestnoten in Wirklichkeit nicht so viel zu bieten hatten wie auf dem Papier.⁴⁹

Die Amerikanische Börsenaufsicht SEC will die Ratingagenturen deshalb auch strenger reglementieren. Die neuen Regeln sollen Interessenkonflikte verhindern, Bewertungsprozesse transparenter machen und den Wettbewerb zwischen den Agenturen beleben. Diese Vorschläge gehen auf die Subprime-Krise zurück, nachdem die Ratingagenturen Moody's, S&P und Fitch die sog. strukturierten Finanzprodukte zu lange zu gut bewertet und damit die Krise verschärft hatten. Zudem gibt es Interessenkonflikte, denn die Agenturen werden von den Finanzgesellschaften bezahlt, die die Wertpapiere auflegen⁵⁰.

⁴⁷ Prof. Dr. Wenger (3/80, 91)

⁴⁸ Prof. Dr. Wenger (3/79)

⁴⁹ Süddeutsche Zeitung, 07./08.06.2008

⁵⁰ Süddeutsche Zeitung, 13.06.2008

6. Vorläufige Ergebnisse für 2007, Entwicklung des 1. Quartals 2008, Kritikpunkte der Wirtschaftsprüfer in den Prüfberichten.

Am 22.01.2008 stellte der Vorstand die vorläufige Bilanz und Erfolgssituation per 31.12.2007 im Verwaltungsrat vor⁵¹. Es wurde ein positives Betriebsergebnis für 2007 über Euro 932 Mio. avisiert. Eine Zahl, die bereits wenige Wochen später nicht mehr zu halten war.

Im Teilprüfungsbericht⁵² führen die Wirtschaftsprüfer aus: „dass das aus der Ertragsplanung des Konzerns abgeleitete Betriebsergebnis 2008 der Gesamtbank in Höhe von Euro 0,5 Mrd. durch die erfolgswirksam zu erfassenden Marktwertverluste von bisher Euro 0,8 Mrd. vollständig aufgezehrt würde.“ Dies ist nichts weniger als eine konkrete Verlustwarnung für das Geschäftsjahr 2008.

Im Teilprüfungsbericht zum Geschäftsjahr 2007 führen die Wirtschaftsprüfer mit Bezug auf die durch die Marktwertverluste dramatisch reduzierte Risikodeckungsmasse weiter aus: "Die Risikotragfähigkeit der Bank ist somit angespannt. ...Die Liquiditätssituation ist angespannt. ... Dies führt bereits im Wertaufhellungszeitraum teilweise zu Beeinträchtigungen im Neugeschäft"⁵³. Im Bezug auf die Tatsache, dass in der Hauptsache von sogenannten AAA-Papieren gesprochen wird, ließen die Wirtschaftsprüfer deutlich erkennen, dass 40% des ABS-Portfolios dennoch dem NON-PRIME Segment (inkl. Subprime) zuzurechnen sind⁵⁴.

Im Zeitraum 30.06.2007 bis 30.11.2007 waren 7 Tranchen der ABS-Investments von Ratingherabstufungen betroffen, weitere Tranchen wurden auf die "Watchlist" gesetzt⁵⁵. Diese Angaben stehen im Widerspruch zu Aussagen der Bank bzw. des Verwaltungsrats vom Herbst 2007, wonach die BayernLB davon nicht betroffen sei.

Kritische bzw. sogar verheerende Zustände im Auslandstützpunkt New York wurden im Prüfbericht vermerkt: "... in zwei Fällen konnten im ASP NY die Kreditvorlagen nicht vorgelegt werden (Anmerkung: den Abschlussprüfern). Die Qualität der Kreditvorlagen hat sich sukzessive verbessert, derzeit wird an einer Standardisierung der entsprechenden Vorlagen gearbeitet. ... Die personelle Ausstattung im Bereich Analyse und Überwachung entsprach bis zur Reorganisation ... bis März 2007 nach unseren Feststellungen nicht dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäfte. Derzeit ist im ASP New York EIN Analyst für das gesamte RMBS US Subprime Portfolio (etwa 350 Wertpapiere) zuständig"⁵⁶. Im Teilprüfungsbericht II findet sich weiter: "Darüber hinaus besteht aufgrund der hohen Anzahl von manuellen und der mittels Excel durchgeführten Tätigkeit ein erhöhtes operationelles

⁵¹ Dr. Hanisch (5/160)

⁵² Band 28, S. 55

⁵³ Band 28, S. 17

⁵⁴ Band 28, S. 28

⁵⁵ Band 28, S. 30

⁵⁶ Band 28, S. 37

Risiko bei den Verfahren zur Risikofrüherkennung und Ermittlung der Bewertungsergebnisse"⁵⁷.

7. Schaden und Bilanzkosmetik

a. Mit Bilanzkosmetik Jahresergebnis schön gerechnet

In der 61. Verwaltungsratsitzung vom 29.08.2007 beschäftigte sich der Verwaltungsrat der Bank erstmals mit der Frage, wie vorgegangen werden soll, wenn am Jahresende Marktwertverluste bestehen, die nach HGB-GuV zu einem Abschreibungsbedarf führen, nach IFRS aber keine negativen Auswirkungen auf die GuV haben⁵⁸. In dieser Überlegung spiegelte sich die Angst, dass die Bank eine verringerte oder keine Dividende auszahlen oder für das Gesamtjahr 2007 in die Verlustzone geraten könnte. Desweiteren begann in eben dieser Verwaltungsrats-Sondersitzung die Verheimlichungs- und Vertuschungstaktik des Vorstands und des Verwaltungsrates, der die Mitglieder der Staatsregierung nichts entgegen gesetzt haben: „Der Verwaltungsrat verständigt sich darauf, dass die versandten Unterlagen nach der Sitzung wieder eingesammelt und vernichtet werden. Die an abwesende VR-Mitglieder versandten Unterlagen werden ebenfalls zurückgefordert“⁵⁹, ist hierzu in der Niederschrift dieser Sitzung zu lesen.

Aus den Akten des Finanzministeriums geht hervor, dass das Ministerium einen guten Überblick über Bewertungs- und Bilanzzuordnungsfragen hatte und sich Gedanken über die öffentliche Wirkung machte⁶⁰. „Zu IFRS-Abschluss: größte Teil der Marktwertschwankungen würden über die Neubewertungsreserve gebucht (d.h. über das Eigenkapital) und erscheinen damit nicht in der GuV, der findige Bilanzleser könne laut Kemmer die Marktwertschwankungen allerdings der Entwicklung des Eigenkapitals entnehmen. Ein HGB-Einzelabschluss müsse nach wie vor erstellt werden.“

In der Verwaltungsratssitzung vom 24.10.2007 erläuterte der Vorstand, dass Bestände im Zusammenhang mit Subprime in das Anlagevermögen umgebucht und mit dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt würden⁶¹. Damit war eine GuV-neutrale Buchung der Wertminderung in die Neubewertungsrücklage möglich. Bei Belassen der Papiere im Handelsbestand wäre strenges Niederstwertprinzip zur Anwendung gelangt, und es wäre eine direkte (negative) GuV-Auswirkung erfolgt. Laut internem Vermerk des Finanzministeriums vom 26.10.2007⁶², wurde die Strategieänderung (langfristige Haltepflicht statt Handelsbestand) protokolliert. Dem Ministerium muss an dieser Stelle bewusst gewesen sein, dass man sich auf dünnem Eis bewegt, denn das gemilderte Niederstwertprinzip darf nur angewendet werden, wenn die Abschreibung nicht von Dauer ist.

⁵⁷ Band 28, S. 71

⁵⁸ Band 13, S. 66

⁵⁹ Band 16, S. 329

⁶⁰ Band 11, S. 63

⁶¹ Band 17, S. 6

⁶² Band 11, S. 97

Auch am 09.11.2007 fanden sich im internen Vermerk des StMF⁶³ Notizen über Umbuchungen und Möglichkeiten zur Reduzierung des Abschreibungsbedarfs und Ausführungen zum „findigen Bilanzleser“. Es wird darauf hingewiesen, dass auf stille Lasten, die entstehen, im Jahresabschluss hingewiesen werden müsse. Weil sich die Umwidmung der Wertpapiere vom Umlaufvermögen ins Anlagevermögen deutlich verlustmindernd auswirkte⁶⁴, wurde dies am 04.12.2007 beschlossen.

Dr. Kemmer erklärte die Unterschiede in der GuV vor und nach der Umwidmung von Wertpapieren aus der Liquiditätsreserve in das Anlagevermögen per 31.10.2007: nach HGB mussten nur 238 Mio. Euro abgeschrieben werden, statt 824 Mio. Euro. Nach IFRS waren es -252 Mio. Euro für die GuV und -649 Mio. Euro für die Neubewertungsrücklage. Per Ende November 2007 waren es bereits: -283 Mio. Euro für die GuV und -1.159 Mio. Euro für die Neubewertungsrücklage. Dr. Kemmer schätzt die Lage so ein, dass sich diese Situation bis zum Jahresende nicht signifikant verbessern werde. Dr. Naser sprach von "Bewertungsanpassungen", Huber schlug vor, die Bewertungsverluste durch kumulierte Erträge zu relativieren⁶⁵.

Dr. Kemmer führte hierzu aus, dass bisher durch Umbuchungen ins Anlagevermögen rund 600 Mio. Euro an negativer Bewertungsmaßnahme vermieden worden seien (= GuV-relevante Verluste, die die Dividende gefährden würden⁶⁶). Am 04.12.2007 fasste der Vorstand den Beschluss, 37 Mrd. Euro, dies waren 75% des Wertpapierbestands der Liquiditätsreserve, in den Anlagebestand umzubuchen. Dr. Kemmer kommentierte dies wie folgt: „die Bank hat jetzt nur mehr eine eingeschränkte Flexibilität⁶⁷... es träfe die BayernLB entsprechend, da die BayernLB vergleichsweise hoch in Subprime-Papieren engagiert ist...“⁶⁸.

Vor dem Hintergrund dieser Bilanzakrobatik verkündete Finanzminister Huber noch am 16.01.2008 in einem Schreiben an den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Franz Maget: „gleichwohl rechnet die Bank mit einem deutlich positiven Jahresergebnis 2007, so dass auch die Dividendenausschüttung für das Jahr 2007 nicht gefährdet ist...“⁶⁹.

Dass die Öffentlichkeit getäuscht wurde ergibt sich aus dem Hinweis Hubers im Zusammenhang mit der Umwidmung, dass das Halten bis zur Endfälligkeit keine Ausgangssituation sei und aus seiner Frage, ob die Bank überhaupt in der Lage sei, diese Strategie durchzuhalten. Das riskante Geschäftsmodell (wenn man von einem Geschäftsmodell überhaupt sprechen kann), „kostet“ wegen Verteuerung der Finanzierung immer mehr. Sogar Bundesbankdirektor Jakob fragte am 13.02.2008 in der Verwaltungsratssitzung, wo die

⁶³ Band 11, S. 97

⁶⁴ Band 11, S. 124

⁶⁵ Band 17, S. 97

⁶⁶ Band 13, S. 289

⁶⁷ Band 13, S. 232

⁶⁸ Band 13, S. 233

⁶⁹ Band 21, S. 43

Begründung für eine "Nicht-dauerhafte-Wertminderung" sei⁷⁰.

b. Ergebnis der Bilanzakrobatik

Die Wirtschaftsprüfer testierten im Teilprüfungsbericht das Ergebnis der Bilanzakrobatik: "Die unterbliebenen Niederstwertabschreibungen für ABS-Investments belaufen sich zum Bilanzstichtag auf 877,2 Mio. Euro"⁷¹. Dies bedeutet, die Bank hätte ohne bilanzielle Umwidmung der Wertpapierbestände bereits 2007 einen Verlust in Höhe von mindestens 700 Mio. Euro eingefahren, weit weg von einem dividendenfähigen Ergebnis. Diese Warnung im Teilprüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer wurde von Vorstand und Eigentümern quasi nur in Quartalscheibchen eingeräumt: „das aus der Ertragsplanung des Konzern abgeleitete Betriebsergebnis 2008 der Gesamtbank in Höhe von 0,5 Mrd. Euro würde durch die erfolgswirksam zu erfassenden Marktwertverluste von bisher 0,8 Mrd. Euro vollständig aufgezehrt“. „... die Risikotragfähigkeit der Bank ist somit angespannt.“ „... die Liquiditätslage ist angespannt.“ „... dies führt bereits im Wertaufhellungszeitraum teilweise zu Beeinträchtigungen im Neugeschäft"⁷².

Eine neutrale Rechtsaufsicht, die nicht im Interessenskonflikt als gleichzeitiger Eigentümerversorger steht, hätte womöglich Dimension und die Art der Geschäfte verhindert, die Kommunikation und die Einhaltung des öffentlichen Auftrags verbessert und letztendlich Milliarden an Schaden abgewendet.

c. Ausmaß des Engagements der Landesbank in ABS und der Schaden

Insgesamt ist die Landesbank mit 24 Mrd. Euro im ABS-Geschäft investiert, zusätzlich mit ca. 8 Mrd. Euro im Kundenauftrag. Mit Zahlungsausfällen von 1,2 Mrd. Euro wird gerechnet. Der zur Bilanzpressekonferenz am 02.04.2008 festgestellte Wertverlust bzw. Abschreibungsbedarf lag bei 4,3 Mrd. Euro.

Zum aktuellen Stand der Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungen zum Zeitpunkt der Einsetzung des Untersuchungsausschusses gab das Vorstandsmitglied Dr. Hanisch im Untersuchungsausschuss die nachfolgenden Informationen:

Zum 31.03.2008 ergab sich folgender Stand nach IFRS: 100 Mio. Euro tatsächliche Ausfälle, 1 Milliarde 78 Mio. Euro GuV-Belastungen, 965 Mio. Euro Eigenkapitalbelastung, Neubewertungsreserve. Er wies darauf hin, dass sich zum 21.05.2008 der Stand wie folgt entwickelt hat, wiederum nach IFRS: 100 Mio. Euro tatsächliche Ausfälle, 1,115 Milliarden GuV-Belastungen, 1,072 Milliarden Euro Eigenkapitalbelastung, Neubewertungsreserve. Die sei eine Fortschreibung der Zahlen, keine zusätzlichen Zahlen⁷³. Die Zahlen vom 31.03.2008 seien die bekannten Zahlen aus der Pressekonferenz⁷⁴.

⁷⁰ Band 17, S. 220

⁷¹ Band 28, S. 68

⁷² Band 28, S. 55

⁷³ Dr. Hanisch (5/165)

⁷⁴ Dr. Hanisch (5/166)

Im Folgenden werden die im Rahmen des Untersuchungsausschusses eingetretenen direkten und abgeleiteten Schadensarten aufgezählt. Im Rahmen des Untersuchungsausschusses ergaben sich **neun** voneinander zu unterscheidende Schadensarten. Es sind dies zum einen **Echte Zahlungsausfälle und erwartete (echte) Verluste auf Grund von Simulationsrechnungen bis Laufzeitende der Papiere** (Schaden 1)^{75,76,77}. Die Verluste übersteigen sämtliche Gewinne, die in den letzten 15 Jahren mit ABS-Papieren erzielt wurden. Obwohl der Vorstand⁷⁸ von Gesamtausfällen aus der ABS-Krise von bereits 1,2 Mrd. Euro ausgeht, erwähnt Huber am 03.04.2008 im Plenum des Landtags lediglich Ausfälle über 100 Mio. Euro.

Schaden Nummer 2 sind **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grund von Bilanzierungsregeln**. Im Jahresabschluss 2007 und auf der Bilanzpressekonferenz vom 03.04.2008 wurde ein Wertberichtigungsbedarf aus 2007 und aus dem ersten Quartal 2008 von über 4,3 Mrd. Euro veröffentlicht⁷⁹.

Des Weiteren zählen als Schäden die **Schmälerung der Geschäftsbasis für das originäre Geschäft**⁸⁰ durch die **Kapitalbindung und die Verringerung der Risikodeckungsmasse auf Grund der eingetretenen Marktwertverluste** (Schaden 3) sowie die **Schmälerung der Ertragsbasis durch die Hereinnahme der Conduits in die eigene Bilanz**⁸¹ (=Aufkauf der **ABCP**)⁸² auf (Schaden 4). Die Wirtschaftsprüfer vermerkten hierzu im Teilprüfungsbericht zum Geschäftsjahr 2007⁸³: "Die Risikotragfähigkeit der Bank ist somit angespannt. ... Die Liquiditätssituation ist angespannt. ... Dies führt bereits im Wertaufhellungszeitraum tlw. zu Beeinträchtigungen im Neugeschäft." Durch die Tatsache, dass entgegen aller Aussagen ABS-Papiere zuerst gekauft und dann geprüft werden, blieb die Bank auf vom Risk Office nicht freigegebene Papiere in Höhe von 1,4 Mrd. Euro bis heute sitzen⁸⁴.

⁷⁵ Band 17, S. 12 aus den Unterlagen zur VR-Sitzung vom 24.10.2007: Hinweis zu Totalausfall von CDO's in Höhe von 261 Mio. Euro.

⁷⁶ Band 34, S. 10

⁷⁷ Band 34, S. 10 aus der VR-Sitzung vom 02.04.08 und in der Höhe gleich lautend im Teilprüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer: Bis zum Laufzeitende des zur Abschirmung vorgesehenen, kritischen ABS-Portfolio in Höhe von rund 24 Mrd. Euro werden Zahlungsausfälle in Höhe von 1,2 Mrd. Euro simuliert.

⁷⁸ Band 34, S. 10 aus der Niederschrift der VR-Sitzung vom 02.04.2008

⁷⁹ Bilanzpressekonferenz der BayernLB vom 03.04.2008

⁸⁰ Band 11, S. 12 aus dem Brief von Staatsminister a.D. Prof. Falthäuser vom 09.08.2007 an die Landesbank

⁸¹ Band 29, S. 123 aus dem VR-Protokoll vom 29.08.07: Ankaufgenehmigung von Commercial Papers (ABCP)

⁸² Band 21, S. 38 aus der Anlage zum Brief des VR-Vorsitzenden Dr. Naser an die Eigentümervertreter des Freistaats Beckstein und Huber vom 31.10.07: „...aus den Unterlagen der Bank geht hervor, dass durch die Hereinnahme der Risikopositionen (bis Euro 15 Mrd.) auf die eigenen Bücher das originäre Geschäft blockiert ist“.

⁸³ Band 28, S. 17 aus dem Teilprüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer zum GJ 2007

⁸⁴ Band 28, S. 35 aus dem Teilprüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer zum GJ 2007

Die **Abschirmung** all dieser Risiken, der Marktwertverluste, vor drohenden Herabstufungen der Landesbank durch die Ratingagenturen und der Geschäftsbasis an sich musste **mittels Bürgschaft der Eigentümer** (Schaden 5) in Höhe von 4,8 Mrd. Euro aufgefangen werden. Dazu Staatsminister Huber am 03.04.2008 im Plenum des Landtags⁸⁵: „Die Aufsichtsbehörden empfehlen jetzt generell als Richtwert eine Abschirmung in Höhe von ungefähr 25% der maßgeblichen Papiere. Nur so lassen sich Rating-Verschlechterungen mit ihren vielfältigen negativen Auswirkungen für die Bank vermeiden.“ Huber führt weiter aus: „Mit einer Garantie, meine Damen und Herren, sichert der Freistaat Bayern staatliches Vermögen. Entschlossenes Handeln wendet Schaden von unserer Bank ab.“

Bereits für 2008 wird durch die ABS-Investments ein **operativer Verlust**^{86, 87} für die Landesbank prognostiziert (Schaden 6), was nichts anderes bedeutet, als dass die **Dividende 2008 und in folgenden Jahren gekürzt oder völlig ausfallen wird**. Auf Grund der Wertminderungen und zudem wegen der ausufernden und planlosen Geschäftstätigkeit, wie den Kauf der kärntnerischen Skandalbank Hypo Group Alpe Adria, kam die Eigenkapitalerhöhung aus den Mitteln der Bayerischen Fonds (u.a. Umweltfonds, Kulturfonds, Altlastensanierungsfonds, Naturschutzfonds) gerade recht. Erhöhungen des Eigenkapitals sind jedoch immer gleich bedeutend mit einer **Verwässerung der Dividende** (Schaden 7).

Vorstand und Verwaltungsrate glaubten auch, die **SachsenLB vor der ABS-Krise retten zu müssen** (Schaden 8), was die Handlungsfähigkeit der BayernLB durch ein dortiges Engagement in Höhe von 2,2 Mrd. Euro weiter einschränkt⁸⁸.

Je länger die Subprime-Krise andauert, je länger der Bank von den Eigentümern keine klare Struktur und keine vernünftige und dem öffentlichen Auftrag dienende Geschäftsstrategie auferlegt wird, je länger der Landesbankenbereich in Deutschland nicht konsolidiert wird, desto schneller **sinkt der (Verkaufs-)Wert der Bank** (Schaden 9) als Gesamtes, was einen überaus materiellen Schaden bedeutet⁸⁹.

⁸⁵ Aus dem Plenarprotokoll des Landtags vom 03.04.2008

⁸⁶ Band 28, S. 55 Verlustwarnung für 2008 aus dem Teilprüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer

⁸⁷ Bericht der Landesbank über den operativen Verlust im ersten Quartal 2008 über 770 Mio. Euro, Pressemitteilung vom 07.05.2008 mit der Überschrift „BayernLB operativ gut gestartet“

⁸⁸ Band 28, S. 23 aus dem Teilprüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer

⁸⁹ Aus der Expertise des Sachverständigenrates (Wirtschaftsweise) zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im Auftrag der Bundesregierung, 12.06.2008

C. Feststellungen zu den einzelnen Fragen

1. *Über welche Informationen verfügte Staatsminister Erwin Huber im Hinblick auf Verluste, Abschreibungen, Wertberichtigungsbedarf und drohende Inanspruchnahme aus Patronatserklärungen bzw. Bürgschaften der BayernLB für das Geschäftsjahr 2007 seit 4. Dezember 2007, zu welchem Zeitpunkt erlangte er diese Informationen einschließlich der Informationen über das vorläufige Ergebnis für das Geschäftsjahr 2007, und aus welchen Quellen stammten diese Informationen ggf.?*

Erwin Huber ist seit 01.02.1999 - mit kurzer Unterbrechung - vom 01.01.2003 bis einschließlich 04.12.2005 Mitglied des Verwaltungsrats der BayernLB. Seit 16.10.2007 hat er die Funktion des 1. stellvertretenden Vorsitzenden auszuüben. Ihm waren in dieser Zeit alle Unterlagen zu den Verwaltungsratssitzungen der Landesbank und die Akten, die darüber hinaus in seinen jeweiligen Ministerien geführt wurden, zugänglich.

a. Huber kannte die Zahlen aus den Wochenberichten

Der Verwaltungsrat und somit auch Staatsminister Huber wurden mittels der Wochenberichte seit 30.06.2007 mit genauem Zahlenmaterial versorgt. Die Zahlen der Wochenberichte wurden zusätzlich vom Referat 51 des StMF übersichtlich aufbereitet.

Danach entwickelte sich der Abschreibungs- und Wertberichtigungsbedarf nach IFRS zu den für den Untersuchungsausschuss wichtigen Daten wie folgt:

Stand zum 04.12.2007

GuV-relevanter Abschreibungsbedarf für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von Euro 283 Mio. und Euro 1.159 Mio. an Wertberichtigung, die bilanziell in der Neubewertungsrücklage gebucht wurde. Verlustsaldo aus ABS-Geschäften: Euro 1,442 Mrd.⁹⁰

Stand zum 11.12.2007

GuV-relevanter Abschreibungsbedarf für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von Euro 302 Mio. und Euro 1.299 Mio. an Wertberichtigung, die bilanziell in der Neubewertungsrücklage gebucht wurde. Verlustsaldo aus ABS-Geschäften: Euro 1,601 Mrd.⁹¹

Stand zum 30.01.2008

GuV-relevanter Abschreibungsbedarf für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von Euro 393 Mio. und Euro 1.433 Mio. an Wertberichtigung, die bilanziell in der Neubewertungsrücklage gebucht wurde. Verlustsaldo 2007 aus ABS-Geschäften: Euro 1,826 Mrd. Für das Jahr 2008 fallen bereits Euro 18 Mio. an GuV-relevanten Abschreibungen und Euro 64 Mio. für die

⁹⁰ Band 18, S. 236

⁹¹ Band 18, S. 227

Neubewertungsrücklage an. Summe der ABS-Verluste: Euro 1,908 Mrd.⁹²

Stand zum 12.02.2008

GuV-relevanter Abschreibungsbedarf für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von Euro 557 Mio. und Euro 1.334 Mio. an Wertberichtigung, die bilanziell in der Neubewertungsrücklage gebucht wurde. Verlustsaldo 2007 aus ABS-Geschäften: Euro 1,876 Mrd. Für das Jahr 2008 fallen bereits Euro 136 Mio. an GuV-relevanten Abschreibungen und Euro 145 Mio. für die Neubewertungsrücklage an. Summe der ABS-Verluste: Euro 2,157 Mrd.⁹³

Stand zum 14.02.2008

GuV-relevanter Abschreibungsbedarf für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von Euro 557 Mio. und Euro 1.323 Mio. an Wertberichtigung, die bilanziell in der Neubewertungsrücklage gebucht wurde. Verlustsaldo 2007 aus ABS-Geschäften: Euro 1,880 Mrd. Für das Jahr 2008 fallen bereits Euro 146 Mio. an GuV-relevanten Abschreibungen und Euro 232 Mio. für die Neubewertungsrücklage an. Summe der ABS-Verluste: Euro 2,258 Mrd.⁹⁴

Stand zum 21.02.2008

GuV-relevanter Abschreibungsbedarf für das Geschäftsjahr 2007 in Höhe von Euro 560 Mio. und Euro 1.292 Mio. an Wertberichtigung, die bilanziell in der Neubewertungsrücklage gebucht wurde. Verlustsaldo 2007 aus ABS-Geschäften: Euro 1,852 Mrd. Für das Jahr 2008 fallen bereits Euro 289 Mio. an GuV-relevanten Abschreibungen und Euro 335 Mio. für die Neubewertungsrücklage an. Summe der ABS-Verluste: Euro 2,475 Mrd.⁹⁵

⁹² Band 18, S. 302

⁹³ Band 18, S. 375

⁹⁴ Band 18, S. 365

⁹⁵ Band 18, S. 397

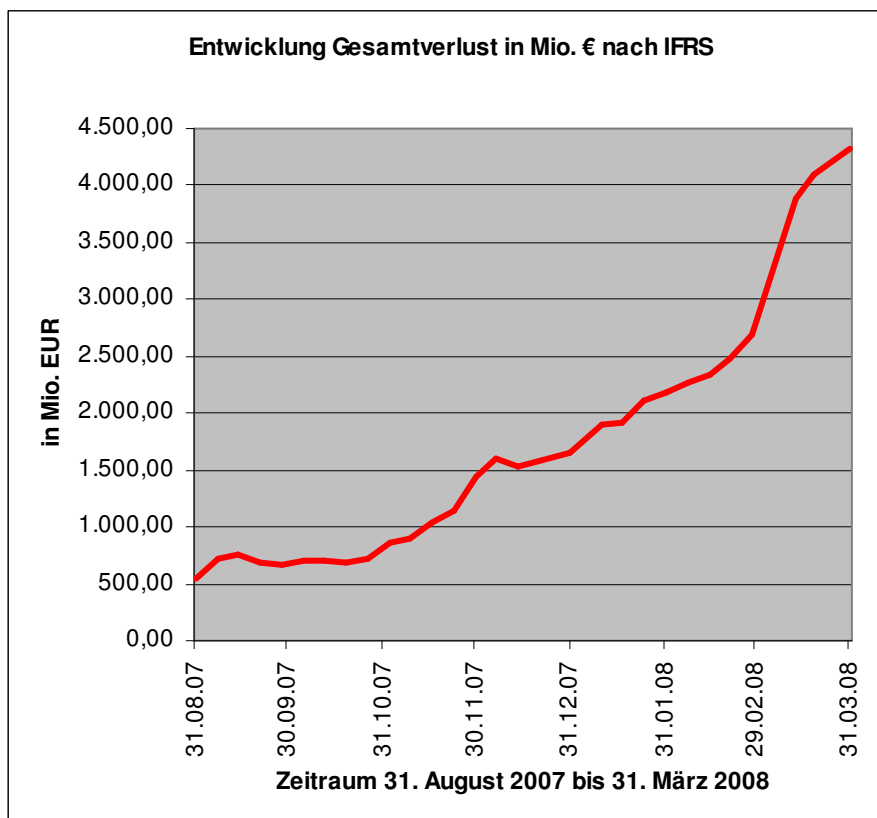


Abbildung: Im Zeitraum August 2007 bis Ende März 2008 katapultierten sich die Belastungen aus der ABS-Krise von 536 Millionen Euro auf 4,3 Milliarden Euro.

Statt die Dimension der Verluste dem Parlament und den parlamentarischen Gremien offen und ehrlich zu berichten, teilte Finanzminister Huber mit, die ihm bekannten Zahlen seien „vorläufige, darüber hinaus unvollständige und sich laufend verändernde Momentaufnahmen“⁹⁶.

b. Huber und Beckstein erhielten aufrüttelnden Brief von Dr. Naser

Die Dramatik der Situation machte der Präsident des Sparkassenverband Dr. Naser in einem Brief an Ministerpräsident Dr. Beckstein und Finanzminister Huber mit Schreiben vom 31.10.2007⁹⁷ deutlich.

Dieser Brief setzt sich in erster Linie mit der aus Sicht der Sparkassen notwendigen Fusion mit der Baden-Württembergischen Landesbank und einem möglichen Kauf des hälftigen Anteils des Freistaates der BayernLB durch die Sparkassen - samt einem konkreten Kaufangebot - auseinander. Breiten Raum nahmen aber auch die Folgen der Subprime-Krise ein, die Dr. Naser unverblümt benannte: Die wirtschaftliche Lage habe sich als Folge der Subprime-Krise verändert. Die Risikoaufschläge für die BayernLB bei der Refinanzierung am ungedeckten Kapitalmarkt hätten sich verdreifacht, so dass sich zahlreiche Geschäfte, insbesondere mit Großkunden nicht mehr

⁹⁶ Huber (8/123f)

⁹⁷ Brief Dr. Naser vom 31.10.2007 samt Anlage (Vorlage der BayernLB), Band 9, S 46ff, zusätzlich zugelassene Textpassagen, Band 37, S. 5f

lohnnten. Der Spreadaufschlag für Nachrangkapital habe sich von 38 auf 107 Basispunkte erhöht. „Alle Zahlen, die wir bis zum Ende des dritten Quartals 2007 sowohl in der BayernLB wie auch in den Sparkassen kennen, zeigen einen Weg nach unten.“ Die 800 Mitarbeiter, die über die Bank verteilt in Financial Markets tätig seien, würden derzeit nicht einmal ihre Kosten verdienen. Aufgrund der Auswirkungen der Subprime-Krise und des Kapitalbedarfs benötige die BayernLB eine Kapitalerhöhung von mindestens 650 Mio. Euro, wenn sie denn halbwegs vernünftig im Markt und mit den Ratingagenturen zurecht kommen wolle.

In der Anlage zu dem Brief werden die Auswirkungen der Subprime-Krise auf die Landesbanken aufgeführt und darauf hingewiesen, dass die BayernLB bis zu 15 Mrd. Euro Risikopositionen auf die eigenen Bücher nehmen müsse.

c. Huber erhielt regelmäßig Einschätzungen aus dem Staatsministerium für Finanzen

Das Staatsministerium für Finanzen hat regelmäßig Lageeinschätzungen für die Finanzminister erstellt.

Mit Vermerk vom 05.10.2007⁹⁸ wurde neben der Einschätzung der Lage eine Aufstellung über die wöchentlichen unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der US-Subprime-Krise auf die Gewinn- und Verlustrechnung der BayernLB nach HGB und nach IFRS vom 30.06.2007 bis zum 28.09.2007 beigefügt. Diese Zahlen wurden im Ministerium auf der Basis der Wochenberichte erarbeitet.

Nach der Betrachtung nach HGB ist eine rapide Steigerung in diesem Zeitraum von -61,6 Mio. Euro bis -641,6 Mio. Euro und zusätzlich -107,2 Mio. Conduit Ziehungsszenario verzeichnet. Bei Betrachtung nach IFRS ist eine Steigerung von -436,7 Mio. Euro vom 17.08.2007 bis -668,0 Mio. Euro zum 28.09.2007 aufgeführt.

Dem Vermerk vom 09.11.2007⁹⁹ lag die Fortschreibung der wöchentlichen unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen der US-Subprime-Krise auf die Gewinn- und Verlustrechnung der BayernLB nach HGB und nach IFRS vom zum 26.10.2007 bei.

Nach der Betrachtung nach HGB war eine weitere Steigerung auf -697,1 Mio. Euro und zusätzlich - 122 Mio. Conduit Ziehungsszenario verzeichnet. Bei Betrachtung nach IFRS war ein weiterer Anstieg auf -716,1 Mio. Euro aufgeführt.

Im Vermerk vom 05.10.2007 gab es besorgte Ausführungen zur öffentlichen Wirkung der Krise. Zum IFRS-Abschluss wurde ausgeführt, dass der größte Teil der Marktwertschwankungen über die Neubewertungsreserve gebucht würde (d.h. über das Eigenkapital) und damit nicht in der GuV erscheine, der findige Bilanzleser könne allerdings laut Herrn Dr. Kemmer die Marktwertschwankungen der Entwicklung des Eigenkapitals entnehmen. Ein HGB-Einzelabschluss müsse nach wie vor erstellt werden. Das Ministerium äußerte in dem Vermerk Besorgnis darüber, inwieweit der HGB-Abschluss öffentlich zugänglich sei und damit die höheren Abschreibungen in der HGB-

⁹⁸ Band 11, S. 63ff samt Anlage

⁹⁹ Band 11, S. 97 ff samt Anlage

GuV ersichtlich würden.

Im Vermerk an den Finanzminister vom 09.11.2007 wurde erneut darauf hingewiesen, dass der "findige" Bilanzleser die Marktschwankungen aus der Entwicklung des Eigenkapitals ableiten könne. Es müsse zwar nur noch der IFRS-Konzernabschluss im jährlichen gebundenen Geschäftsbericht dargestellt werden, aber ein HGB-Einzelabschluss sei nach wie vor zu erstellen und offen zu legen.

Im Ministerium bestand demgemäß große Sorge, dass das Ausmaß der Krise der Öffentlichkeit aus den Abschlüssen bekannt würde.

Am 23.11.2007 teilte die Landesbank dem Ministerium per Email mit, dass sich die Umwidmung der Wertpapierbestände in den Anlagebestand „aus heutiger Sicht unverändert deutlich mindernd auswirken“ werde.¹⁰⁰

Die Umbuchung des ABS-Portfolios in den Anlagebestand hatte zur Folge, dass der HGB-Abschreibungsbedarf bilanzkosmetisch um 877 Mio. Euro gesenkt wurde¹⁰¹. Ohne diese Maßnahme wäre statt dem in der GuV ausgewiesenen Gewinn für 2007 ein fast milliardenschwerer Verlust eingetreten.

d. Kenntnis des vorläufigen Ergebnisses für 2007

In der Verwaltungsratssitzung vom 22.01.2008 wie auch am 13.02.2008 lagen sowohl nach IFRS- als auch nach HGB-Betrachtung die einzelnen Positionen aus der GuV und aus den Abschreibungen in der Gesamtsumme nahezu gleich bei -1,9 Mrd. EURO.¹⁰²

e. Belastbarkeit der Zahlen

Eine allgemeinverbindliche Definition des Begriffes „Belastbarkeit“ gibt es nicht.

Der Sachverständige Prof. Dr. Rudolph legte sich bzgl. des Begriffes „belastbar“ nicht fest, für ihn sei dies ein „schwer zu hinterfragender Begriff“.¹⁰³ Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Dürr, ob der Kenntnisstand der Bank und der Staatsregierung am 11.02.2008 genauso belastbar war, wie die Zahlen, die die Bank am 13.02.2008 herausgegeben hat, konnte sich der Sachverständige nicht vorstellen, „dass es da große Belastbarkeitsbrüche oder Sprünge gegeben hat“¹⁰⁴.

Bezüglich der Wochenberichte, die an die BaFin, die Bundesbank und den Verwaltungsrat gingen und die Frage des Abgeordneten Dr. Dürr, ob diese Zahlen bereits belastbar waren, führte der Sachverständige Prof. Dr. Wenger

¹⁰⁰ Band 11, S. 124

¹⁰¹ Band 28, S. 68

¹⁰² Dr. Hanisch (5/173f)

¹⁰³ Prof. Dr. Rudolph (3/57)

¹⁰⁴ Prof. Dr. Rudolph (3/57)

aus, dass dies Zahlen waren, an die die Bank hoffentlich selber geglaubt hat. „Das müssen nicht immer Zahlen sein, die mit den realen Verhältnissen im Einklang stehen. Ich habe in den Akten keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass man sich mit der Entwicklung der Subprime-Indices beschäftigt hat. Wenn man das getan hätte, hätte man an diese Zahlen vielleicht selber nicht geglaubt. Aber ich gehe davon aus, dass diese Zahlen das waren, an was man selbst geglaubt hat“¹⁰⁵.

Der Wirtschaftsprüfer von PWC, Herr Eckes führte aus, dass es sich aus Wirtschaftsprüfersicht bei den Zahlen in den Wochenberichten um keine belastbaren Zahlen gehandelt habe, da sie noch nicht testierfähig gewesen seien¹⁰⁶. Aus der Sicht des Wirtschaftsprüfers sind „die Zahlen, die testierfähig sind bzw. von uns testiert sind belastbare Zahlen“¹⁰⁷. Gleichzeitig hat er diese Aussage jedoch relativiert: „Man kann belastbar auch anders definieren“¹⁰⁸. „Der Vorstand – könnte ich mir vorstellen –, der wird sagen, na ja, für mich sind die Zahlen auch belastbar, ich kennzeichne sie mit dem Zusatz ‚vorläufig‘“¹⁰⁹.

Dr. Kemmer führte dagegen aus, dass der Begriff „belastbar“ ein dehnbarer Begriff sei:

„Sie haben zum Jahresabschluss eine komplette Prüfungspflicht. Das heißt, der Wirtschaftsprüfer erstellt einen Prüfungsbericht über normalerweise mehr als tausend Seiten, schaut sich alle Vorgänge an, und testiert und sagt, jawohl, das ist in Übereinstimmung mit den jeweiligen Rechnungslegungsvorschriften. Das sind im Sinne des Wirtschaftsprüfers belastbare Zahlen, weil er sie dann testiert hat.

Die nächste Stufe sind die Halbjahreszahlen. Die werden nicht geprüft, die werden aber einer sogenannten prüferischen Durchsicht unterzogen, zumindest jetzt zum 30.06.2008 auch bei der BayernLB. Das heißt, da sieht der Wirtschaftsprüfer die Zahlen durch und gibt jetzt auch eine Art Testat. Aber das sind sehr viel weniger umfangreiche Prüfungshandlungen, die er da vornimmt.

Dazwischen gibt es Quartalszahlen. Die werden nicht geprüft. Die werden aber von uns nach den Regeln der Rechnungslegungsstandards erstellt mit gewissen Vereinfachungen, um den Aufwand auch in Grenzen zu halten. Die sind also, wenn Sie so wollen, noch etwas weniger belastbar. Wobei, der Begriff „belastbar“ ist natürlich ein dehnbarer Begriff“¹¹⁰.

In der Verwaltungsratssitzung vom 22.01.2008, bei der Finanzminister Huber anwesend war, stellte Dr. Kemmer die Bilanz- und Erfolgssituation per 31.12.2007 anhand des vorliegenden, vorläufigen Konzernabschluss nach HGB dar. Dabei führte er aus, dass der Härtegrad der Zahlen sehr gut sei.¹¹¹

¹⁰⁵ Prof. Dr. Wenger (3/89)

¹⁰⁶ Eckes (3/154)

¹⁰⁷ Eckes (3/176)

¹⁰⁸ Eckes (3/177)

¹⁰⁹ Eckes (3/187f)

¹¹⁰ Dr. Kemmer (4/130f)

¹¹¹ Niederschrift der 67. VR-Sitzung vom 22.01.2008, Band 14, S. 16f

Das Vorstandsmitglied Dr. Schmidt sagte im Ausschuss aus, die Zahlen der Wochenberichte seien starke Indikatoren für die Marktentwicklung¹¹².

Das Vorstandsmitglied Dr. Hanisch hatte kein Problem, den aktuellen Wochenbericht zum 21.05.2008 öffentlich im Untersuchungsausschuss zu nennen¹¹³.

Der Zeuge Georg Schmid, zu dieser Zeit Innenstaatssekretär, sagte aus, dass die Zahlen, die vom Vorstand in der Verwaltungsratssitzung am 24.07.2007 vorgetragen wurden, für ihn belastbar gewesen seien¹¹⁴.

Angesprochen auf die vielen Informationen, über die er verfügte, insbesondere die Zahlen aus den Wochenberichten, redete sich Huber vor dem Parlament und vor dem Untersuchungsausschuss darauf hinaus, dass er nur „belastbare Zahlen“ hätte herausgeben können und unter „belastbaren“ Zahlen nur vom Wirtschaftsprüfer testierte Zahlen zu verstehen seien. Bei den Zahlen der Wochenberichte hätte es sich nach Angaben der Bank um vorläufige, darüber hinaus unvollständige und sich laufend verändernde Momentaufnahmen gehandelt¹¹⁵.

Auf Vorhalt der Abgeordneten Rupp, warum sich Huber gegenüber dem Parlament nicht zu Zahlen geäußert habe, von denen Dr. Kemmer ausgeführt hatte, sie hätten einen guten Härtegrad, und von denen der Vorstand Dr. Schmidt sagte, sie seien starke Indikatoren für die Marktentwicklung, die als aktueller Wochenbericht zum 21.05.2008 vom Vorstandsmitglied Dr. Hanisch öffentlich im Untersuchungsausschuss genannt wurden und die von seinem Kollegen Schmid als belastbar eingestuft wurden, suchte Huber nur Ausflüchte: „der Begriff ‚belastbare Zahl‘ der ist letztlich aus dem Bilanzbereich abgeleitet. Das sind die geprüften, testierten Zahlen. Das sind die belastbaren Zahlen. Das kann ja jeder so und so auslegen“¹¹⁶.

Prof. Dr. Faltlhauser führte am 03.06.2008 im Untersuchungsausschuss, obwohl der Abschluss des Jahres 2007 bereits testiert war, aus: „Belastbare Zahlen, von denen Huber ja immer nur geredet hat, gibt es eigentlich bis heute nicht. Es gibt nur Abschätzungen, und das hat die ganze Sache auch meiner Ansicht nach so unsicher gemacht“¹¹⁷.

Aus all diesen Aussagen ist ersichtlich, dass es sehr unterschiedliche Auslegungen zu dem Begriff der Belastbarkeit der Zahlen gibt. In der Schlussfolgerung müssen Zahlen, die ausreichend belastbar für eine Veröffentlichung sind, nicht zwingend testiert sein, sonst könnten die Halbjahres- und Quartalsberichte nicht veröffentlicht werden, und sonst hätte die Landesbank am 13.02.2008 nicht mit ihrer Meldung an die Presse gehen können.

¹¹² Dr. Schmidt (5/140)

¹¹³ Dr. Hanisch (5/165)

¹¹⁴ Schmid (8/17)

¹¹⁵ Huber (8/123f)

¹¹⁶ Huber (8/154)

¹¹⁷ Prof. Dr. Faltlhauser (6/164)

Am 12.02.2008 wurden von der Landesbank innerhalb weniger Stunden (zwischen 10.30 und 16 Uhr) Zahlen erstellt¹¹⁸, die ausreichend belastbar für eine Veröffentlichung waren. Eine derartige Zusammenstellung hätte Finanzminister Huber zu jedem Zeitpunkt verlangen können und den Auskunftsverlangen der Opposition jeweils wahrheitsgemäß nachkommen können.

Finanzminister Huber hat sich jedoch hinter dem Begriff der Belastbarkeit der Zahlen verschanzt, um die vom Parlament erfragten Informationen mit Rücksicht auf die „Kommunikationsstrategie“ der Landesbank zu verschweigen. Huber hat sich der Vertuschungsstrategie der Bank untergeordnet, statt seiner Kontrollfunktion im Verwaltungsrat und seiner Auskunftspflicht gegenüber dem Parlament nachzukommen.

Selbst Ministerpräsident Beckstein sagte im Bezug auf die Auskunftspflicht aus, dass eine Regelung des Vorstandes der Landesbank nicht das Verhältnis zwischen der Staatsregierung und dem Parlament binden könne¹¹⁹. Mit den Wochenberichten und dem vorläufigen Abschluss 2007 lagen spätestens am 12.02.2008 ausreichend aussagekräftige Zahlen vor.

f. Unterschiedliche Informationspolitik der Finanzminister

In der Verwaltungsratssitzung vom 24.07.2007 wurden die Verwaltungsräte vom Vorstand über die Finanzkrise an den US-Finanzmärkten und die Auswirkungen auf das ABS-Geschäft der BayernLB informiert. Die Tranchen der im Bestand der ASP New York befindlichen Papiere seien von den Rating-Maßnahmen, also den Abstufungen, nicht betroffen gewesen, dennoch hätten erhebliche Marktwertverluste dieser Tranchen stattgefunden.¹²⁰ Der Vorstand berichtete, dass der Abschreibungsbedarf nach HGB zum 20.07.2007 bei - 98,9 Mio. USD lag¹²¹.

Nur wenige Tage später, mit Schreiben vom 07.08.2007, teilte der Vorstand Finanzminister Faltlhauser mit Abschrift an Dr. Naser mit, dass es zwischenzeitlich „zu weiteren krisenhaften Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten“ gekommen sei und der Abschreibungsbedarf nach HGB nicht mehr nur bei -98,9 Mio. USD, sondern zum 03.08.2007 ca. - 191,5 Mio. Euro betrage, zuzüglich Marktwertverlusten von derzeit -36,5 Mio. Euro¹²².

Wegen dieser Verdoppelung des Abschreibungsbedarfs innerhalb weniger Tage verlangte Staatsminister Faltlhauser eine Sondersitzung des Verwaltungsrats noch im August¹²³, die am 29.08.2007 stattfand. Hier hatte Minister Faltlhauser nachgefragt, aus welcher Motivation heraus in ABS investiert worden sei, was darauf hindeutet, dass Sinn und Zweck des

¹¹⁸ Dr. Hanisch (5/168)

¹¹⁹ Dr. Beckstein (9/64)

¹²⁰ Niederschrift der 60. VR-Sitzung vom 24.07.2007, Band 19, S. 53

¹²¹ Tischvorlage und Niederschrift zur 60. VR-Sitzung vom 24.07.2007, Band 19, S. 54, 59

¹²² Brief der BayernLB vom 07.08.2007, Band 11, S. 1f

¹²³ Brief Prof. Faltlhauser vom 08.08.2007, Band 11, S. 13

Engagements in die ABS-Papiere bislang im Verwaltungsrat nie debattiert worden war.¹²⁴

Zum 17.08.2007 lagen die Marktwertverluste bereits bei rund 518 Mio. Euro¹²⁵.

Am 10.09.2007 führte Staatsminister Faltlhauser ein vertrauliches Informationsgespräch mit dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses und den haushaltspolitischen Sprechern von SPD und GRÜNEN zur Subprime-/ABS-Krise. Nach dem Inhalt seines Sprechzettels versuchte er den Sachverhalt zu beschwichtigen. Das ABS-Geschäft sei "typisches Landesbankengeschäft, wo sich die Landesbanken auch entsprechendes Know-how aufgebaut haben". Die BayernLB hätte sich nicht auf externe Ratings verlassen, sondern eigene Bewertungen vorgenommen. Alle ABS-Positionen seien vor Ankauf einer detaillierten Analyse unterzogen und nach dem Kauf laufend überwacht worden. Es handle sich nur um einen vorübergehenden Abschreibungsbedarf und die Bank hätte keine größeren Probleme, wenn die Papiere bis zur Endfälligkeit gehalten würden und sich der Markt nicht grundlegend weiter verschlechtere¹²⁶.

Aus den Akten und diversen Sachverständigen- und Zeugenaussagen ist allerdings deutlich geworden, dass die BayernLB nicht über das nötige Know-how verfügte und dass die ABS-Papiere erst gekauft und dann erst vom Risk Office überprüft wurden¹²⁷. Außerdem war zu diesem Zeitpunkt die weitere grundlegende Marktverschlechterung deutlich erkennbar.

Der Sprechzettel enthält keine Zahlen. Nach Aussage des Zeugen Faltlhauser habe er seinen Gesprächspartnern die Zahlen, die er aus der Verwaltungsratssitzung vom 29.08.2007 kannte, genannt und sie um Verschwiegenheit gebeten¹²⁸.

Wie aussagekräftig Faltlhausers Ausführungen gegenüber den drei Abgeordneten tatsächlich waren, lässt sich im Nachhinein nicht mehr klären. Festzustellen ist jedoch, dass vom damaligen Finanzminister wenigstens ein Weg gesucht wurde, Informationen über die Auswirkungen der Krise auf die Landesbank und die finanziellen Einbrüche an die zuständigen Abgeordneten weiter zu geben.

Vom neuen Finanzminister Huber, der sein Amt am 16.10.2007 antrat, gab es keine derartigen Vorstöße, das Parlament oder die haushaltspolitischen Sprecher der Fraktionen zumindest vertraulich über die dramatische Entwicklung bei der Landesbank zu informieren.

¹²⁴ Niederschrift der 61. VR-Sitzung vom 29.08.2007, Band 19, S. 60

¹²⁵ Vermerk des StMI zur VR-Sitzung am 29.08.2007, Band 19, S. 68

¹²⁶ Sprechzettel vom 10.09.2007, Band 9, S. 13ff

¹²⁷ Band 11, S 246, Antwort der Bank an Dr. Naser

¹²⁸ Prof. Dr. Faltlhauser (6/168)

2. *Welche Festlegungen wurden von Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB wann und auf wessen Initiative zu Zeitpunkt und Umfang der Veröffentlichung von Geschäftszahlen der BayernLB für das Geschäftsjahr 2007 getroffen?*

Kommunikationsstrategie – Festlegung und Wechsel

Nach übereinstimmenden Aussagen der Zeugen folgten der Vorstand und der Verwaltungsrat der BayernLB seit März 2007 über Monate der Devise, keine Hinweise auf die entstandene Krise im Zusammenhang mit dem BayernLB-Engagement in US-Supprime-Papieren/ABS an die Öffentlichkeit zu geben. Diese Entscheidung sollte nach Ansicht des Vorstandes und des Verwaltungsrates „unnötige Spekulationen der Märkte“ vermeiden.

Die Einberufung einer Sondersitzung des Verwaltungsrats auf Drängen des ehemaligen Finanzminister Faltlhauser für den 29.08.2007 macht zwar deutlich, dass zumindest dieser einen „dringenden Erklärungsbedarf“ sah, nachdem sich der Abschreibungsbedarf zwischen dem 24.07.2007 und dem 07.08.2007 „bereits mehr als verdoppelt“ hatte¹²⁹. Im weiteren Verlauf der sich zuspitzenden Krise, deren Größenordnung ausweislich der Wochenberichte sämtlichen staatlichen Vertretern im Verwaltungsrat bekannt war, hielten Vorstand und Verwaltungsrat dennoch an ihrer bisherigen Kommunikationsstrategie fest.

Der Zeuge Joachim Herrmann, der erst seit 16.10.2007 Mitglied im Verwaltungsrat ist, sagte aus, ihm sei sehr schnell mitgeteilt worden, „dass die Landesbank grundsätzlich erst mit dem testierten Jahresabschluss insgesamt an die Öffentlichkeit gegangen ist“¹³⁰, obwohl es andere Unternehmen gäbe, „die schon sehr schnell nach der Jahreswende mal vorläufige Zahlen veröffentlichen“.

Der Zeuge Herrmann wies darauf hin, der Verwaltungsrat habe zwar zur Kenntnis genommen, dass es gerade wegen der Umstellung des Bilanzierungsverfahrens im Jahr 2008 länger dauern werde, bis die testierten Zahlen vorliegen könnten. In diesem Zusammenhang sei aber darüber debattiert worden, dass man bei anderen Banken ja habe beobachten müssen, welche Probleme sich aus Medienspekulationen ergeben könnten. Man habe hier (Anmerkung: vermutlich in der Sitzung des Verwaltungsrats vom 22.01.2008) ja sogar die Frage aufgeworfen, was denn passiert, „wenn über uns dann auch so spekuliert wird? Kann man das dann auf Dauer noch so tatsächlich nur auf den April verweisen?“ In diesem Zusammenhang sei dann auch darüber gesprochen worden, dass in einem solchen Fall, „wenn die Spekulationen mit den vom Vorstand sozusagen dargestellten Realitäten nicht in Einklang stünden“, anders reagiert werden müsse.

Obwohl die staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat demnach zumindest ansatzweise die Problematik im Zusammenhang mit mangelnder Information der Öffentlichkeit im Januar 2008 erkannten, beugten sie sich weiterhin der Schweigestrategie, die vom Vorstand ausgegeben wurde.

In diesem Zusammenhang hat die Beweisaufnahme nach Überzeugung der

¹²⁹ Band 11, S. 12f.

¹³⁰ Herrmann (8/99)

Oppositionsvertreter im Untersuchungsausschuss ein deutliches Bild über mangelnde Vorbereitung und Detailkenntnisse der staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat ergeben.

Insbesondere die Fachabteilung des Staatministeriums des Innern kritisierte die kurzfristige Unterrichtung des Verwaltungsrats durch Tischvorlagen u.a. für eine Sitzung am 04.12.2007 als problematisch angesichts der gravierenden Entwicklung der Bilanz- und Erfolgssituation¹³¹.

Auch der Zeuge Georg Schmid hat dieses Vorgehen der Information über Tischvorlagen bestätigt und ausgesagt, er habe hieran Kritik geäußert¹³².

Ebenso wurden noch in den Verwaltungsratssitzungen vom 11.01.2008 und 22.01.2008 Ausführungen der Vorstände zu so wesentlichen Tagesordnungspunkten wie „Information zu Special Investment Vehicles und ABCP-Programmen“ und zu Fragen neuer Erkenntnisse hinsichtlich der Auswirkungen der US-Subprime-Krise auf die BayernLB laut Protokoll „ohne Wortmeldung zur Kenntnis“ genommen¹³³.

Auch die Aussagen maßgeblicher Zeugen aus dem Verwaltungsrat sprechen hier eine deutliche Sprache.

Der Zeuge Hermann z.B. bestätigte, dass man tatsächlich in den Sitzungen des Verwaltungsrats keinen Anlass gehabt hätte, „sich da noch allzu sehr drüber aufzuhalten“, da es klar gewesen sei, dass „solche Papiere natürlich nicht mehr gekauft wurden“ und es keine Möglichkeit gab, diese Papiere zu verkaufen¹³⁴.

Im Ergebnis hat die Arbeit des Untersuchungsausschusses daher nach Überzeugung der Oppositionsvertreter vor allem Eines deutlich gemacht: Die staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat ordneten sich der Kommunikationsstrategie des Vorstandes der BayernLB unter. Damit entschied der Vorstand der BayernLB, ob und welche Informationen gegenüber dem Parlament gegeben wurden.

Begründet wurde dies vor allem mit einer nebulösen und zum Teil widersprüchlichen Definition des Begriffs der „Belastbarkeit“ von Zahlen (vgl. hierzu zu Frage Ziff. 1.).

Tatsächlich führte genau diese Haltung schließlich zu der sich dann ab Februar 2008 deutlich abzeichnenden Vertrauenskrise.

Hierbei war das Interesse des Bankenvorstands an Wahrung der Ruhe innerhalb der Bankenkreise mit der dieser Taktik entgegenstehenden Verpflichtung der staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat, das Parlament zu informieren und gegenüber dem berechtigten Informationsanspruch der Öffentlichkeit abzuwägen.

Diese aus rechtsstaatlicher und demokratischer Sicht wesentliche Verpflichtung der staatlichen Eigentümerversreter zu eindeutiger und umfassender Information des Bayerischen Landtags spielte hierbei eine sehr untergeordnete Rolle, das hat die Aussage des Zeugen Huber belegt (vgl. hierzu zu Frage Ziff. 3).

¹³¹ Band 17, S. 92ff

¹³² Schmid (8/2)

¹³³ Band 14, S. 1f und 12ff

¹³⁴ Herrmann (8/98)

Tatsächlich setzte sich der Vorstand mit der von ihm präferierten Strategie des Schweigens bis zum 12.02.2007, dem Tag der Presseveröffentlichung in der Leipziger Volkszeitung durch.

Die Zeugeneinvernahmen und die Aktenlage haben aus Sicht der Oppositionsvertreter im Untersuchungsausschuss ein eindeutiges Bild zu Grund, Ablauf und Folgen des Wechsels in der Kommunikation ergeben. Wesentlicher äußerer Anlass war eine Veröffentlichung in der Leipziger Volkszeitung am 12.02.2008, in der über ein „Krisenrisiko der BayernLB bei bis zu 2,5 Milliarden Euro“ berichtet wurde.

In einer turnusmäßige stattfindenden Vorstandssitzung am 12.02.2008 entschieden die dort anwesenden Mitglieder des Vorstands, die bisher verfolgte Strategie aufgrund der in den Medien veröffentlichten Zahlen zu ändern. Der Zeuge Dr. Kemmer hat geschildert, dass man zu diesem Zeitpunkt gesagt habe „nein, wir müssen vorher raus“¹³⁵. Er selber sei daraufhin aus der Sitzung vormittags zu seinen Mitarbeitern gegangen mit dem Hinweis „wir brauchen jetzt Zahlen, wie schaut’s denn aus“. Über den weiteren Verlauf dieses 12.02.2008, insbesondere über die diversen Informationsflüsse bzgl. der Änderung in der Kommunikationsstrategie von Vorstand und Verwaltungsrat haben ungewöhnlich viele Zeugen ungewöhnlich selektive Gedächtnislücken vor dem Untersuchungsausschuss gezeigt (vgl. hierzu zu Frage Ziff. 3.).

¹³⁵ Dr. Kemmer (4/9)

3. *Informierte Staatsminister Huber im Hinblick auf Verluste, Abschreibungen, Wertberichtigungsbedarf und drohende Inanspruchnahme aus Patronatserklärungen bzw. Bürgschaften der BayernLB für das Geschäftsjahr 2007 das Bayerische Parlament in den Sitzungen des Plenums am 11. Dezember 2007, 30. Januar 2008 und 14. Februar 2008 und in den Sitzungen des Haushalts-Ausschusses am 12. und 21. Februar 2008 seinem jeweiligen Kenntnis- und Wissensstand entsprechend, wenn nein, an welchen Informationen und Erkenntnissen ließ er das Bayerische Parlament ggf. nicht teilhaben, ggf. aus welchen Gründen?*

a. Folgende Informationen gab Erwin Huber in den genannten Sitzungen:

11.12.2007 bei der Ministerbefragung im Parlament¹³⁶

Nach Aussage des Finanzministers sei es unklar gewesen, in welchem Ausmaß aufgrund der US-Finanzmarktkrise Wertberichtigungen vorgenommen werden müssten, so dass eine vertiefte Bewertung erst mit Ablauf des Geschäftsjahres 2007 möglich werde. Zu den Spekulationen über einen Milliardenverlust gab sich Huber unwissend.

Vor dem Hintergrund der US-Finanzmarktkrise verfolge die Bank die Strategie, die fraglichen Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten, so dass sich daraus andere Bewertungen ergäben, als wenn die Bank die Papiere jetzt abstoßen würde.

Huber betonte, dass Konsequenzen für die Liquidität und die Dividendenausschüttung der Landesbank nicht drohten.

Zitate des Finanzministers:

„Die Liquidität der Landesbank ist in keiner Weise gefährdet.“

„Ich darf darauf hinweisen, dass in Pressemeldungen der letzten Tage von horrenden Verlusten in Milliardenhöhe auf privatem Sektor die Rede ist (...). Ich habe dazu keine amtlichen Unterlagen, ich kann nur auf diese öffentlichen Unterlagen verweisen.“

„Derzeit ist nicht überschaubar, in welchem Umfang für das Jahr 2007 Wertberichtigungen vorgenommen werden müssen. Nach den letzten Informationen des Vorstands der Landesbank ist aber eines deutlich geworden: Die Dividendenausschüttung für das Jahr 2007 ist nicht gefährdet, sodass sich daraus für den Staatshaushalt keine Konsequenz ergibt.“

Es ist natürlich so, dass der Markt für diese Papiere insgesamt weltweit zusammengebrochen ist, wovon sicherlich die Geschäftsstrategie abhängt. Heute diese Papiere auf den Markt zu werfen, würde vermutlich erhebliche Verluste mit sich bringen. Wenn man aber die Strategie verfolgt, sie bis zur Endfälligkeit zu halten, ergeben sich andere Bewertungen.“

¹³⁶ Protokoll der 111. Sitzung, Drucksache 15/111, S. 8090ff

„Die Zahl, die Sie [Abg. Mütze] im Zusammenhang mit dem Wertberichtigungsbedarf von 1 Milliarde genannt haben, kann ich vor diesem Hintergrund nicht bestätigen.“

Der Staatsminister erklärte also einerseits, dass die Dividendenausschüttung erfolgen könne, was eine relativ genaue Einschätzung der Zahlen voraussetzte, erläuterte aber andererseits, dass er zu den Spekulationen über den Wertberichtigungsbedarf der Bank keine Angaben machen könne, obwohl er bis zu diesem Zeitpunkt mehrfach in den Verwaltungsratssitzungen der BayernLB auf die schwierige Lage der Bank hingewiesen wurde, in denen er Zahlen mit Schätzungen zu den drohenden Belastungen der Bank erhielt. Der Staatsminister spielte bei der Befragung den Ahnungslosen, der vorgab, über das wahre Ausmaß des finanziellen Fiaskos bei der BayernLB keine Kenntnisse gehabt zu haben.

Zu den drohenden Zahlungsausfällen aus dem ABS-Engagement machte Staatsminister Huber in dieser Sitzung ebenfalls keine Angaben, obwohl er auch hiervon nachweislich Kenntnisse hatte.

30.01.2008 im Plenum des Bayerischen Landtags¹³⁷

Finanzminister Huber sagte, dass die Bewertung der ABS-Papiere derzeit vorgenommen werde und diese Zahlen erst im April genannt werden könnten. Er verkündete, dass die bereits genannten Verluste der BayernLB knapp unter 100 Millionen Euro betragen würden. Der Finanzminister ließ zudem anklingen, dass weitere Belastungen erwartet würden. Die Bank werde für das Geschäftsjahr 2007 einen Gewinn erwirtschaften und eine Dividendenausschüttung sei auch gewährleistet. Eine Gefährdung der Liquidität der Bank bestehe nicht.

Zitate des Finanzministers:

„Er [der Vorstand] wird den Jahresabschluss nach den neuen internationalen Bewertungsregeln erstellen, den Jahresabschluss mit den Wirtschaftsprüfern abstimmen, und dann werden die Zahlen vorgelegt. Ich kann eine solche Zahl nicht nennen, weil sie nicht feststeht.“

„Ich habe gesagt, ich vermute, dass die 100 Millionen nicht das Letzte seien, und das ist auch realistisch. Aber die Zahl wird erst im Zusammenhang mit der Bilanz des Jahres 2007 ermittelt und dann vorgelegt. (...) Sie [die Abgeordneten] haben jedes Recht auf Information. Aber eine Zahl, die nicht feststeht, kann ich nicht mitteilen.“

„Ich sage Ihnen nach bestem Wissen und Gewissen alles, was ich weiß und was jetzt feststeht. (...) Erstens nach den vorläufigen Zahlen ist der Gewinn so hoch, dass die Dividende bezahlt werden kann. Zweitens: Die Risiken für eine mögliche Vorsorge bewegen sich in einem Rahmen, der in keiner Weise die Liquidität

¹³⁷ Protokoll der 114. Sitzung, Drucksache 15/114, S. 8289ff

und den Bestand der Bank gefährdet. Da ist überhaupt kein Vergleich mit Sachsen-LB und West-LB gegeben.“

„Kein Mensch will etwas verschleiern. Ich wäre doch verrückt. Warum sollte ich überhaupt irgendetwas verschleiern? Welches Motiv sollte ich überhaupt haben? – Es gibt keines. Ich bin nicht der Vorstand. Ich bin darauf angewiesen, was der Vorstand im Verwaltungsrat an Zahlen vorlegt.“

Trotz massiver Zweifel der Opposition an den Verlautbarungen des Finanzminister Huber deutete dieser in der Sitzung nur vorsichtig an, dass mit der Nennung von 100 Mio. Euro Zahlungsausfälle nicht alle Probleme der BayernLB behoben seien. Angesichts drohender Wertminderungen in Milliardenhöhe verheimlichte der Finanzminister weiterhin das wahre Ausmaß des Debakels der BayernLB, obwohl Huber wöchentlich über die zu erwartenden Wertberichtigungen informiert wurde.

Der Finanzminister heizte mit seinen unklaren Aussagen die Spekulationen weiter an.

Der Finanzminister Huber versprach in derselben Sitzung alles, was er wisse und was jetzt feststehe, zu nennen. Er führt in diesem Zusammenhang aus, dass es vorläufige Zahlen gebe, die belegten, dass der Gewinn so hoch sei, dass die Dividende bezahlt werden könne. Er erwähnte in diesem Zusammenhang allerdings nicht, dass es zudem vorläufige Zahlen gab, die einen erheblichen Wertberichtigungsbedarf nach sich zogen. Nimmt man Finanzminister Huber beim Wort, muss man feststellen, dass er eben nicht alles sagte, was er wusste. Der Finanzminister zeichnete, obwohl er bestens über die Schwierigkeiten der Bank informiert war, mit seinen Ausführungen absichtlich ein Zerrbild, indem er positive vorläufige Zahlen nannte, aber vorläufige negative Zahlen außer Acht ließ.

12.02.2008 im Haushaltsausschuss¹³⁸

Huber wies Zahlen über den Wertberichtigungsbedarf in Milliardenhöhe als Spekulation zurück. Er verkündete keine neuen Zahlen und verwies auf zwei mögliche Methoden, Zahlen zu veröffentlichen.

Zitate des Finanzministers:

„Es geistern jetzt Zahlen über einen hohen Wertberichtigungsbedarf bei der bayerischen Landesbank umher. Ich kann weder den Informanten noch die Quelle bestätigen. Ich stelle fest, das ist Spekulation. Es gibt keine festgestellte belastbare Zahl über den Wertberichtigungsbedarf. Weder die Bank noch der Vorstand noch sonst ein Gremium hat solch eine Zahl bisher festgestellt. Und ich möchte mich auch nicht an entsprechenden Spekulationen beteiligen.“

¹³⁸ Wortprotokoll des 194. Haushaltsausschusses vom 12.02.2008, Band 25

„Seit diesem 30. Januar sind keine neuen Erkenntnisse und Tatsachen eingetreten, die einen weiteren Bericht rechtfertigen würden, aber ich habe die aktuellen Spekulationen zum Anlass genommen, diese jetzige Situation auch im Haushaltsausschuss darzustellen.“

„Es gibt prinzipiell zwei Methoden – unter anderem -, sich einer solchen Zahl zu nähern: Das ist einmal eine pauschale vorläufige Schätzung. Das machen derzeit sehr viele. Oder, zweitens, eine detaillierte, auf die jeweilige Anlage abgestellte Prüfung des Ausfallrisikos. Der Vorstand hat sich für diese zweite Methode entschieden und hat deshalb bisher eine vorläufige geschätzte Zahl nicht genannt.“

Der Finanzminister gab an, dass es keine neuen Erkenntnisse gebe, die einen Bericht rechtfertigen würden. Er lies auch diese Chance verstreichen, dem Haushaltsausschuss seine Kenntnisse offenzulegen. Staatsminister Huber wiederholte vor den Mitgliedern des Haushaltsausschusses nur schon bekannte Aussagen.

Im Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags zur BayernLB gab Minister Huber am 06.06.2008 an, dass „die gesamte Finanzwelt wie von einem Tsunami davon betroffen war“¹³⁹. Trotzdem versagte er dem Haushaltsausschuss noch zu diesem späten Zeitpunkt nähere Auskünfte.

Die Aussage, dass der Vorstand der Bank sich für die zweite Methode entschieden habe, ist so nicht richtig. In Wirklichkeit hatte die Bank sowohl pauschale vorläufige Schätzungen vorgenommen, die dem Verwaltungsrat der Bank vorgelegt wurden, als auch parallel dazu an einer detaillierten Prüfung des Ergebnisses gearbeitet.

14.02.2008 im Plenum des Bayerischen Landtags¹⁴⁰

Finanzminister Huber verkündete im Landtag die Zahlen, die die BayernLB am 13. Februar veröffentlicht hatte. Hierbei ging er von Belastungen im Wert von 1,9 Mrd. Euro aus.

Finanzminister Huber erläuterte, dass die Kommunikationsstrategie ohne sein Wissen geändert worden sei.

Zitate des Finanzministers:

*„Der Vorsitzende des Verwaltungsrates Dr. Naser, Präsident des Sparkassenverbandes, und ich haben daraufhin gemeinsam sofort eine Sondersitzung des Verwaltungsrats zur umfassenden Information der Anteilseigner durch den Vorstand einberufen. Diese Sondersitzung hat gestern um 13.00 Uhr stattgefunden. In dieser Sitzung habe ich, wie alle anderen Mitglieder des Verwaltungsrates auch, **erstmalig die Zahlen zum Jahresabschluss** gehört, die ich Ihnen jetzt vortragen werde. (...). **Ich kann am Dienstag nicht Zahlen nennen, die ich erst am Mittwoch erfahre** (...).“*

¹³⁹ Huber (8/131)

¹⁴⁰ Protokoll der 115. Sitzung, Drucksache 15/115, S. 8330ff

„Der Vorwurf einer Informationsverweigerung geht absolut ins Leere.“

„Der Gewinnrückgang ist schmerzlich; da gibt es nichts zu beschönigen. Aber von einer Krise der Landesbank in Bayern kann keine Rede sein. Anders als zahlreiche andere Banken schreibt die BayernLB weiterhin schwarze Zahlen und erzielt einen ordentlichen Gewinn.“

„Es ist daher völlig unsinnig zu behaupten, die Steuerzahler in Bayern würden belastet oder die Menschen müssten aufgrund der Situation der Bank leiden, weil zum Beispiel einige Kindergärten weniger gebaut werden könnten. Derartige Behauptungen sind absolut unsinnig, meine Damen und Herren.“

Staatsminister Huber erklärte zweimal, dass er erst am Mittwoch den 13.02.2008 von den Zahlen zum Jahresbericht erfahren habe. Auf Anfrage der SPD-Fraktion erläuterte Huber jedoch am 21.02.2008, dass er bereits am Dienstagnachmittag, den 12.02.2008, unmittelbar nach der Haushaltssitzung einen Entwurf der Pressemitteilung und den dazugehörigen Zahlen erhalten habe. Der Finanzminister hat also im Landtag zweimal hintereinander gelogen, als er verkündete erst am Mittwoch von den Zahlen erfahren zu haben. Dies zeigt, wie genau es der Finanzminister mit der Wahrheit nimmt.

21.02.2008 im Haushaltsausschuss

Der Finanzminister erklärte, dass er seit Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 von Seiten der Banken wöchentlich und umfassend informiert worden sei.

Zitate des Finanzministers:

„Der Vorstand teilte mit, dass er es in Änderung seiner Informationsstrategie für verantwortbar halte, auf Basis seines gegenwärtigen Kenntnisstandes nunmehr vorläufige Zahlen bekannt zu geben.“

„Seit Ausbruch der Krise im Sommer 2007 wurde der Verwaltungsrat vom Vorstand der BayernLB regelmäßig über die US-Subprimekrise und die dadurch ausgelöste weltweite Vertrauens- und Liquiditätskrise der Finanzmärkte unterrichtet. Dies umfasste Informationen über die Größenordnung des ABS-Engagements sowie die geänderte Risikosituation und die Märkte. (...)

Darüber hinaus wurden der Verwaltungsratsvorsitzende und ich im Rahmen der wöchentlichen Berichterstattung über das ABS-Portfolio, über die geänderte Risikosituation und Auswirkungen von Marktwertschwanken unterrichtet. Dabei handelte es sich jedoch nach Angaben der Bank um vorläufige, darüber hinaus unvollständige und sich laufend veränderte Momentaufnahmen. So haben sich z.B. alleine zwischen den Berichten vom 04.12.2007 und 06.02.2008 Differenzen in Höhe von fast einer halben Milliarde Euro ergeben.“

Die bisherige öffentliche Verharmlosung der Probleme der Landesbank steht zweifellos im starken Kontrast zu den Maßnahmen, die intern ergriffen wurden.

b. Ablauf des 12.02.2008

Vom Untersuchungsausschuss war zu prüfen, inwieweit es am 12.02.2008 zwischen dem Finanzminister bzw. dem Finanzministerium und der Landesbank Kontakte oder Informationsaustausch gab, denn an diesem Tag tagte der Vorstand der Landesbank und beschloss gegen 10.00 Uhr, die aktuellen Zahlen nun doch zu veröffentlichen.

Am 12.02.2008 gab Staatsminister Huber gegen 15.00 Uhr einen Bericht vor dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags. Er hielt an der Version fehlender Zahlen zur Risikoentwicklung des ABS-Subprime-Engagements der BayernLB fest. Bedeutsam ist diese Aussage des Ministers, weil am selben Tag von Seiten des Vorstands der BayernLB wie unter Frage Ziff. 2 dargestellt eine komplette Änderung der Kommunikationsstrategie vollzogen wurde. Bedeutsam ist dieser Auftritt des Ministers vor allem auch, weil in den Tagen zuvor in den Medien und am 12.02.2008 in der Leipziger Volkszeitung mit 2,5 Mrd. Euro erstmals Zahlen über einen Wertberichtigungsbedarf der Landesbank genannt wurden, die ein weit größeres Ausmaß der Landesbank-Krise als bisher angenommen vermuten ließen. Die Haushaltsausschuss-Mitglieder hätten deshalb eine dementsprechende Aufklärung erwarten können, zumal sich einschlägige Medienberichte über andere Banken in den Tagen und Wochen vorher meist als ziemlich zutreffend erwiesen hatten.

Der Untersuchungsausschuss konnte nicht völlig abschließend klären, ob Staatsminister Huber von der veränderten Informationsstrategie des Bankenvorstands Kenntnis hatte, während er dem Haushaltsausschuss berichtete und ob der Vorstand der BayernLB wusste, dass Huber an diesen Nachmittag auf der Basis der bisherigen Linie, keine Zahlen herauszugeben, in den Ausschuss gehen wollte.

Erst die Aussage des Zeugen Haumer, Leiter des für die Landesbank zuständigen Referats im StMF, führte zu der Information, dass am Vormittag des 12.02.2008 jeweils mindestens ein Kontakt zwischen den Pressestellen des Finanzministeriums und der BayernLB und zwischen seinem Referat 51, ORRin Wild, und dem Vorstandsbüro der BayernLB stattfand¹⁴¹.

Nach seiner – lückenhaften – Erinnerung, habe es von Seiten der BayernLB sogar „noch einmal eine Nachfrage, wann genau die Sitzung beginnt“ gegeben. Obwohl der Zeuge nach eigener Aussage an diesen Kontaktgesprächen nicht teilgenommen hat, wusste er, dass „in all den Gesprächen keine Rede davon“ gewesen sei, dass die Bank von ihrer bisherigen Kommunikationslinie abweichen werde.

Weniger präzise war seine Erinnerung zur Frage, wie und vor allem durch wen er Kenntnis darüber erhielt, dass der Minister an diesem Tag im Haushaltsausschuss berichten werde. Nach mehrfachen Nachfragen glaubte er sich zu erinnern, dass er mit der Pressesprecherin des StMF, der Zeugin Steiner oder mit seinem Abteilungsleiter, dem Zeugen Bodensteiner,

¹⁴¹ Haumer (6/123)

telefoniert habe¹⁴².

Mit beiden, so seine Erinnerung, telefonierte der Zeuge Haumer gegen Mittag des 12.02.2008 während seiner Fortbildung am Tegernsee, da er zu diesem Zeitpunkt aus einem Radiobeitrag Kenntnis über den Bericht der Leipziger Volkszeitung erhalten habe. Darüber hinaus war ihm nichts Weiteres zum Inhalt dieser Telefonate erinnerlich. Ebenso wenig konnte er sich „konkret“ erinnern, ob angesichts der Medienmeldungen über die Brisanz des Themas, zu dem der Minister im Haushaltsausschuss sprechen wollte, geredet worden sei.

Selbst die Frage an den Zeugen Haumer, wer von den sechs Referatsmitarbeitern Kenntnis darüber haben könne, durch wen die Vorbereitung dieser für den Minister durchaus wesentlichen Sitzung des Haushaltsausschusses am 12.02.2008 tatsächlich erfolgte, konnte vom Zeugen nicht beantwortet werden. Er verwies diesbezüglich an Abteilungsleiter Bodensteiner¹⁴³.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt, zu dem deutlich wurde, dass der Ablauf des 12.02.2008 für den Untersuchungsausschuss klärungsbedürftig war, hätte der Ministeriumsvertreter für Aufklärung sorgen können und müssen. Damit hätte die Staatsregierung zeigen können, dass sie ebenfalls an der Aufklärung interessiert ist und der Untersuchungsausschuss hätte die Vorgänge nicht mühsam durch die Einvernahme von elf zusätzlichen Zeugen recherchieren müssen.

Dr. Eismann hatte als Vertreter des StMF seit Beginn des Untersuchungsausschusses an jeder nichtöffentlichen und öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses teilgenommen und war im Detail über die den Kernpunkt des Untersuchungsauftrags betreffende Frage zur „Kenntnis des Ministers Huber“ am 12.02.2008 und die diesbezüglichen Aufklärungsbemühungen des Untersuchungsausschusses informiert. Während der Befragung des Zeugen Haumer und bei dessen hierbei zutage tretenden starken Erinnerungslücken, insbesondere zum Ablauf des 12.02.2008 bzgl. der Vorbereitung der Sitzung im Haushaltsausschuss, fühlte sich Dr. Eismann allerdings nicht verpflichtet, von sich aus zur Aufklärung des Sachverhalts beizutragen, obwohl er selbst in den Vorgang involviert gewesen war. Dr. Eismann wurde an diesem Tag mit der Erstellung des Sprechzettels für den Minister, also mit der inhaltlichen Vorbereitung dessen, was dem Haushaltsausschuss über die Lage der Landesbank mitgeteilt werden sollte, beauftragt, was er erst auf hartnäckige Nachfragen hin einräumte.

Das Recht auf Teilnahme von Vertretern der Staatsregierung auch an nicht öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses ergibt sich aus Art. 24 Abs. 2 Bayerische Verfassung. Hier mag es ohne Zweifel sinnvoll und erforderlich sein, dass die von den jeweiligen Ministerien entsandten Vertreter über grundsätzliche Sachkenntnis zur untersuchten Materie verfügen. Die Oppositionsvertreter sind der festen Überzeugung, dass die Entsendung eines Ministeriumsvertreters, der selber aktiv und ggf. nicht unmaßgeblich mit dem zu untersuchenden Geschehen im Detail befasst war, schärfstens kollidiert mit einer vertrauensvollen und offenen Aufklärungsarbeit in einem

¹⁴² Haumer (6/155)

¹⁴³ Haumer (6/139)

parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Im Ergebnis steht der Verdacht im Raum, dass einzelne von den Ministerien entsandte Vertreter eher zur Verhinderung der Aufklärung als zur Offenlegung des Untersuchungsgegenstandes beitragen könnten.

Auch der schließlich vernommene Zeuge Dr. Eismann konnte aufgrund ähnlicher Erinnerungslücken wie sein Referatsleiter nur bedingt zur Aufklärung beitragen. Er kam am 12.02.2008 gegen Mittag an seinen Arbeitsplatz im StMF und erhielt die „Anforderung, eine Vorbereitung zu erstellen, weil der Minister um 15.00 Uhr in den Haushaltsausschuss gehen wird, um zur Situation der Landesbank zu berichten“¹⁴⁴.

Bei der Erstellung dieser Sprechvorlage habe er „konkret nicht eigens irgendwelche Informationen“ von der BayernLB erhalten. Leider konnte der Zeuge sich auch nicht „konkret“ daran erinnern, wie die vom Minister anzusprechenden Themen als Vorgabe für die vorzubereitende Unterlage „umrissen“ waren.

Es sei u.a. von ihm keine Nachfrage bei der BayernLB erfolgt, da die Referatsmitarbeiterin Frau Wild ja an diesem Vormittag „Kontakt zur BayernLB gehabt haben könnte“. Dem Zeugen war aber „der Inhalt dieses Kontaktes nicht mehr geläufig“, wengleich es „Kommunikation“ hierüber zwischen ihm und der Zeugin Wild gegeben habe. Hierbei wiederum vermutete der Zeuge allerdings, dass es im Rahmen dieser „Kommunikation“ keine neuen Informationen zur aktuellen Situation der BayernLB gegeben habe, die hätten verarbeitet werden müssen. Im weiteren Verlauf der Befragung musste der Zeuge Dr. Eismann einräumen, dass ihm „nicht mehr präsent“ sei, ob irgendwelche neuen Informationen insbesondere bzgl. etwaiger neuerer Zahlen ausgetauscht worden seien, da alles „so schnell“ gegangen sei.

Der Zeuge Kulmburg, Leiter der Pressestelle der BayernLB, konnte sich nicht erinnern, ob er am 12.02.2008 Kontakte zum StMF gehabt habe, wollte es aber auch nicht ausschließen und sah sich außerstande, sich hierzu konkret zu äußern.

In die Sitzung des Vorstands, die um 9.00 Uhr wie jeden Dienstag begonnen habe, sei der Zeuge Kulmburg ca. gegen 15.00 Uhr vom damaligen Vorstandsvorsitzenden Schmidt gerufen worden. Dort sei dem Zeugen eröffnet worden, dass der „Vorstand beschlossen habe, entgegen der bisherigen Aussage und der bisherigen Kommunikationspraxis vorläufige Zahlen zu publizieren“¹⁴⁵. Diese Zahlen hätten zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht vorgelegen.

Kurze Zeit später, nämlich gegen 16.00 Uhr, habe er dann die ersten Zahlen mit dem Entwurf der Pressemitteilung erhalten. Auf Nachfrage teilte der Zeuge mit, dass der Vorstandsvorsitzende der BayernLB höchstpersönlich für die Kommunikationspolitik gegenüber den Eigentümern der BayernLB zuständig sei. Auch der Entwurf der Pressemitteilung, der dem Zeugen Kulmburg gegen 16.00 Uhr vom Vorstand zugeing, wurde nicht von ihm, sondern vom Financial Office der Bank erstellt und nach seiner sicheren Erinnerung nicht von der Pressestelle, sondern vom Vorstandssekretariat direkt an das StMF geleitet, am 12.02.2008 ebenfalls gegen 16.00 Uhr.

¹⁴⁴ Dr. Eismann (6/212)

¹⁴⁵ Kulmburg (7/4)

Die Zeugin Steiner, Pressesprecherin im StMF, war die einzige der Zeugen zu diesem Untersuchungskomplex, die ohne auffällige Erinnerungslücken zur Aufklärung der Fragen beitragen konnte.

Sofort nach der Pressesicht bzgl. des Berichts in der Leipziger Volkszeitung am 12.02.2008, spätestens gegen 10.00 Uhr, habe sie im Zimmer des Abteilungsleiters Bodensteiner den Pressesprecher der BayernLB, den Zeugen Kulmburg, angerufen und ausdrücklich nachgefragt, „wie die Bank mit dieser Meldung umgehen“ werde¹⁴⁶.

Der Zeuge Kulmburg habe ihr erklärt, die Bank werde vor Vorlage der Jahresbilanz Ende April keinen neuen Sachstand mitteilen. Dies sei in einer Agenturmeldung der ddp Bayern um 10.31 dann auch so bestätigt worden. Gegen Mittag habe Minister Huber die Zeugin dann telefonisch gebeten, die Presse zu verständigen, da er an diesem Tag im Haushaltsausschuss zum Thema „Sorge um die Spekulationen“ berichten wolle. Während sie die erforderliche Presseeinladung verfasst habe, habe sie einen Anruf vom Pressemitarbeiter der BayernLB, dem Zeugen Lamminger, erhalten. Aus diesem Telefonat habe sie eindeutig schließen können, dass der Zeuge Lamminger Kenntnis von der Absicht des Ministers hatte und nur noch das „Wann, wie und wo“ erfahren wollte. Die Zeugin habe sich zwar gewundert, woher der Zeuge Lamminger die Information über die Planung des Ministers gehabt habe, hierzu aber nicht nachgefragt.

Während der Rede des Ministers im Haushaltsausschuss, ca. gegen 15.30 Uhr, habe die Zeugin Steiner einen Anruf von Dr. Haas, Bereichsleiter Konzernentwicklung/Vorstandsstab bei der BayernLB erhalten. Hierbei sei sie informiert worden, dass die Bank an einer Presseerklärung arbeite, die dem Minister zur Abstimmung vorgelegt werden solle. Sie habe in diesem Telefonat dargestellt, wie sich der Minister zeitgleich im Haushaltsausschuss „positioniert“ habe, „keine festgestellten belastbaren Zahlen, Zahlenveröffentlichung Ende April“. Über den Inhalt der von der BayernLB angekündigten Pressemitteilung sei nicht gesprochen worden. Kurz vor 16.00 Uhr habe die Zeugin Steiner im Vorraum des Sitzungssaales im Landtag die diesbezügliche Pressemitteilung von der Bank, von Dr. Haas erhalten, mit der Bitte des damaligen Vorstandsvorsitzenden Schmidt, der Minister möge zustimmen.

Die Aussage der Zeugin Wild bestätigte, ca. gegen 10.30 Uhr eine Nachricht von der Zeugin Steiner erhalten zu haben, wonach die BayernLB erklärt habe, keinen neuen Sachstand mitteilen zu können¹⁴⁷. Um die Mittagszeit habe sie dann die Information erhalten, dass der Minister im Haushaltsausschuss zur BayernLB berichten werde.

Ebenfalls zur Mittagszeit habe sie einen Anruf aus dem Vorstandssekretariat der BayernLB, von der Zeugin Kreithmeier, erhalten. Die Zeugin Wild habe anlässlich dieses Telefonats über die Pläne des Ministers informiert¹⁴⁸.

Zusammen mit Dr. Eismann habe Frau Wild dann den Entwurf eines Sprechzettels für den Minister erstellt. Im Rahmen dieser Arbeit habe sich der

¹⁴⁶ Steiner (7/26)

¹⁴⁷ Wild (7/48)

¹⁴⁸ Wild (7/50)

Zeugin dann die Frage gestellt, „wann denn die Landesbank in der Vergangenheit jeweils ihre Bilanzpressekonferenzen gehalten hatte, in deren Rahmen sie die Bilanz- und Ergebniszahlen des abgelaufenen Kalenderjahres jeweils veröffentlicht hat“¹⁴⁹.

Erneut habe sie, „auf jeden Fall vor der Sitzung des Haushaltsausschusses“, zur Klärung dieser Frage mit einer Mitarbeiterin aus dem Bereich Vorstandsstab telefoniert, nach einer diesbezüglichen Übersicht gefragt und in diesem Zusammenhang die anstehende Sitzung im Landtag erwähnt. Hierzu habe sie die Auskunft bekommen, dass eine derartige Übersicht nicht existiere. An den Namen dieser Mitarbeiterin im Vorstandsstab der BayernLB konnte sich die Zeugin nicht erinnern¹⁵⁰.

Deutlich hat die Zeugin ausgesagt, dass die Federführung für das Erstellen des Sprechzettels bei Dr. Eismann gelegen habe¹⁵¹.

Aus der Überschrift des Sprechzettels: „zum Dringlichkeitsantrag von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN“ ergibt sich, dass dieser im Hinblick auf den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN vom 12.02.2008 von Dr. Eismann für Finanzminister Huber erstellt wurde. Eine erste Antragsfassung wurde am frühen Vormittag an das Landtagsamt geschickt, die korrigierte Fassung ging dort um 12.00 Uhr ein. Mit dem Antrag sollte der Finanzminister aufgefordert werden, im Hinblick auf die aktuelle Presseberichterstattung, nach der bei der BayernLB ein Abschreibungsbedarf von 2,5 Mrd. Euro drohte, in der Sitzung vom 12.02.2008 Bericht zu erstatten. Nachdem üblicherweise derartige Anträge umgehend an das zuständige Ministerium weitergeleitet werden, ist davon auszugehen, dass der Antrag im Laufe des Vormittags im Finanzministerium bekannt wurde. Zu diesem Zeitpunkt hat sich Finanzminister Huber entschlossen in den Haushaltsausschuss zu gehen. Die Darstellung Hubers, die Berichterstattung in der Leipziger Volkszeitung sei hierfür ausschlaggebend gewesen und er hätte sich alleine auf eigene Initiative entschlossen, in den Ausschuss zu gehen¹⁵², ist deshalb nicht nachzuvollziehen. Vielmehr ist es nahe liegend, dass Minister Huber dem Dringlichkeitsantrag zuvor kommen wollte - die Presseberichterstattung mag ein zusätzlicher Grund gewesen sein.

Schließlich wurde aufgrund der Aussage der Zeugin Steiner der Pressemitarbeiter der BayernLB Lamminger vernommen. Auch im Hinblick auf das Verhalten dieses Zeugen stellen die Oppositionsvertreter fest, dass dieser zur Aufklärung des zu untersuchenden Sachverhalts nur sehr zurückhaltend beigetragen hat.

Nur durch die Zeugin Frau Steiner erhielt der Untersuchungsausschuss Kenntnis darüber, dass auch Herr Lamminger mit großer Wahrscheinlichkeit, so zumindest die Aussage der Zeugin Steiner, am 12.02.2008 schon gegen Mittag Kenntnis davon hatte, dass der Minister an diesem Tag im Haushaltsausschuss berichten werde.

Derselbe Zeuge Lamminger nahm an sämtlichen öffentlichen Sitzungen des Untersuchungsausschusses auf den Plätzen zwischen den CSU-Vertretern im

¹⁴⁹ Wild (7/50)

¹⁵⁰ Wild (7/56)

¹⁵¹ Wild (7/62)

¹⁵² Huber (8/126)

Ausschuss und den Regierungsvertretern teil und fühlte sich nicht bemüßigt, von sich aus zur Aufklärung der Vorgänge am 12.02.2008 beizutragen. Er machte sich nach eigener Aussage Stichworte über die Zeugenaussagen zumindest der Vorstandsmitglieder der BayernLB und „betreute“ diese Zeugen vor ihrer jeweiligen Aussage im Untersuchungsausschuss. Auf Anraten des Justizars der BayernLB habe er allerdings die von ihm notierten Aussagen nicht an andere zu vernehmende Zeugen, sondern nur an seine Vorgesetzten in der Pressestelle der BayernLB weitergegeben¹⁵³.

Welchen tieferen Sinn das Fertigen von Stichworten aus Zeugenvernehmungen der Landesbank-Vorstandsmitglieder haben sollte, wenn nicht den, diese Stichworte an weitere Zeugen aus demselben Bereich weiterzugeben, erschließt sich aus Sicht der Oppositionsvertreter nicht. Weitere Aufklärung konnte hierzu durch den Untersuchungsausschuss aber nicht erzielt werden.

Bemerkenswerterweise konnte sich der Zeuge Lamminger überhaupt nicht an das Telefonat mit der Zeugin Steiner erinnern¹⁵⁴. Ebenso wenig wusste er, woher er Kenntnis über den bevorstehenden Bericht und Besuch des Ministers im Haushaltsausschuss hatte. Eigentlich konnte er auch nicht mehr sagen, ob er überhaupt von diesem Besuch Kenntnis hatte, wollte aber nicht in Abrede stellen, dass die Aussage und Erinnerung der Zeugin Steiner wohl den Tatsachen entsprechen könnte.

„Wenn ich der Aussage von der Frau Steiner, was ich selbstverständlich tue, Glauben schenke, dann werde ich das gewusst haben oder zumindest vermutet haben, weil ich nachgefragt habe offensichtlich.... Nach meiner eigenen Erinnerung kann ich mich nicht mehr daran erinnern, dass ich bei der Frau Steiner nachgefragt habe und dass mir bekannt war oder ich vermutet habe, dass der Herr Staatsminister ausgesagt hat oder aussagen würde oder eine Stellungnahme abgeben würde“¹⁵⁵.

Ebenfalls nicht erinnern konnte sich der Zeuge Lamminger, wann er am 12.02.2008 von der im Vorstand veränderten Kommunikationsstrategie erfuhr¹⁵⁶.

Auch während der Vernehmung des jetzigen Vorstandsvorsitzenden der BayernLB, Dr. Kemmer, vor dem Untersuchungsausschuss, der ebenfalls vom Zeugen Lamminger „betreut“ wurde, sei die Erinnerung des Zeugen Lamminger nicht aufgefrischt worden. Dr. Kemmer hat in diesem Zusammenhang ausgesagt, dass am 12.02.2008 seines Wissens keinerlei Kontakt zwischen dem Ministerium und der Bank bestanden habe¹⁵⁷.

Der aufgrund der Erinnerungslücken des Zeugen Lamminger zusätzlich zu vernehmende Teamleiter Priwitzer hatte bedauerlicherweise ein ähnliches Problem. Auf die Frage, ob und ggf. ab wann der Zeuge Priwitzer Kenntnis über den bevorstehenden Bericht des Ministers im Haushaltsausschuss gehabt habe, sagte er aus: „Auch wenn ich jetzt Gefahr laufe, dass Sie den Eindruck gewinnen, dass ein Einstellungskriterium bei der Pressestelle der

¹⁵³ Lamminger (7/73)

¹⁵⁴ Lamminger (7/68)

¹⁵⁵ Lamminger (7/69)

¹⁵⁶ Lamminger (7/70)

¹⁵⁷ Dr. Kemmer (4/104)

BayernLB Amnesie ist: Ich weiß es schlicht und einfach nicht...¹⁵⁸. Der Zeuge nahm zu dieser Frage an, „er werde es gewusst haben“, weil alles andere „unrealistisch“ wäre¹⁵⁹. Eine konkrete, definitive Aussage konnte der Zeuge hierzu nicht machen!

Der Zeuge Rossmeisl, Büroleiter von Staatsminister Huber, hat in diesem Zusammenhang ausgesagt, dass es in der Besprechung mit dem Minister, am 12.02.2008 in Vorbereitung des Berichts im Haushaltsausschuss „so transportiert wurde, dass es letztlich die Landesbank weiß, dass er jetzt in den Ausschuss geht“¹⁶⁰.

Zuständig für die Kommunikation zwischen dem Landesbank-Vorstand und den Anteilseignern Sparkassen und Freistaat Bayern war nach Aussage des Zeugen Priwitzer die Zeugin Kreithmeier - dieselbe Mitarbeiterin, die telefonisch am Vormittag des 12.02.2008 aus dem StMF den Hinweis über den bevorstehenden Bericht des Ministers erhielt und die im Rahmen dieses Telefonats die Mitteilung machte, dass sich an der bisher vertretenen Kommunikationsstrategie der Bank nichts geändert habe¹⁶¹.

Die Zeugin Kreithmeier, Teamleiterin im Team Gremien, Rating und Geschäftsbericht in der BayernLB als Teil des Vorstandsstabs¹⁶² hat bestätigt, „irgendwann gegen Mittag“ des 12.02.2008 über die Zeugin Wild Kenntnis vom bevorstehenden Bericht des Ministers im Haushaltsausschuss bekommen zu haben. Diese Information habe die Zeugin Kreithmeier ca. eine halbe Stunde später an ihren Bereichsleiter Dr. Haas weitergegeben.

Der daraufhin vernommene Zeuge Dr. Haas, Bereichsleiter der BayernLB für Vorstandsangelegenheiten hat diese Aussage zwar ebenfalls bestätigt¹⁶³, wobei unklar bleibt, aus welchen Gründen er die Kenntnis über die Planung des Ministers nicht in die zu diesem Zeitpunkt laufende Sitzung des Vorstands als Information hinein gegeben haben will.

Schwer vorstellbar ist aus Sicht der Oppositionsvertreter in diesem Zusammenhang die Aussage des Bereichsleiters für Vorstandsangelegenheiten Dr. Haas, dass er – trotz Kenntnis der brisanten Situation an diesem Tag – keine Kenntnis darüber gehabt haben will, dass der Vorstand exakt zu diesem Zeitpunkt mit diversen Mitarbeitern aus dem Vorstandsstab die völlige Abkehr von der bisher vertretenen Kommunikationslinie vorbereitete.

Nach Angaben des Zeugen Dr. Haas habe dieser erst gegen 15.00 Uhr in der Sitzung des Vorstands erfahren, dass dieser sich „dazu entschieden hat, eine Presseveröffentlichung vorzunehmen über den Stand der Ergebnissituation der BayernLB nach International Financial Reporting Standards“¹⁶⁴. Erst dann

¹⁵⁸ Priwitzer (7/108)

¹⁵⁹ Priwitzer (7/119)

¹⁶⁰ Rossmeisl (7/129)

¹⁶¹ Priwitzer (7/116)

¹⁶² Kreithmeier (7/149f)

¹⁶³ Dr. Haas (7/160)

¹⁶⁴ Dr. Haas (7/160)

sei er gebeten worden, mit dem StMF zu dieser Frage Kontakt aufzunehmen, was er dann gegenüber der Zeugin Steiner auch tat.

Völlig unklar bleibt die Frage, warum etliche Zeugen aus dem Bereich der Landesbank und des StMF ebenso zahlreiche wie sehr ähnliche Erinnerungslücken zur Frage aufwiesen, ab wann und durch wen sie am 12.02.2008 die Information über die beabsichtigte Vorgehensweise des Ministers erhielten.

Zumindest ein deutlicher Widerspruch ergibt sich aus der Schilderung der diversen Zeugen zum Ablauf des Vormittags:

Soweit der Zeuge Dr. Kemmer den Vormittag des 12.02.2008 schildert, hatte er aus der Vorstandssitzung heraus mehrfach Kontakt mit „seinen Leuten“ im Vorstandsstab, um möglichst schnell Zahlen zusammenstellen zu lassen, die an diesem 12.02.2008 hätten veröffentlicht werden sollen und können.

Gleichzeitig fanden die ohne Zweifel erfolgten Kontakte einschließlich der Mitteilung über den bevorstehenden Bericht des Ministers zwischen dem StMF und Mitarbeitern des Vorstandsstabes statt!

Es fällt den Oppositionsvertretern daher schwer, sich der Version, die die hierzu befragten Zeugen zu vertreten versuchten, anzuschließen.

Hiernach arbeitete ein Teil der BayernLB-Vorstands-Mitarbeiter am Vormittag des 12.02.2008 unter starkem zeitlichen Druck daran, Zahlen zu erstellen – ein Vorgehen in deutlicher Abweichung der über Monate verfolgten Zielsetzung, testierte Bilanzzahlen erst im April 2008 zu veröffentlichen.

Gleichzeitig, zumindest aber ebenfalls am Vormittag des 12.02.2008, erhielten mindestens zwei Mitarbeiter eben dieses Vorstandsstabes Kenntnis darüber, dass der Minister am selben Tag – außerplanmäßig - im Haushaltsausschuss berichten werde und dass das StMF davon ausging, die bisherige Kommunikationsstrategie werde beibehalten.

Kaum vorstellbar erscheint es im Ablauf eines Vorstandsstabes, dass innerhalb dieses Szenarios keinerlei Informationsaustausch stattgefunden haben soll!

Hätte der Untersuchungsausschuss vor der Aussage des Zeugen Dr. Kemmer Kenntnis über diese Kontakte zwischen dem StMF und der Vorstandsebene der BayernLB erhalten, hätte dieser deutliche Widerspruch im Rahmen der Vernehmung des Dr. Kemmer aufgeklärt werden können!

Tatsache ist hierbei, dass der Zeuge Dr. Eismann, als Vertreter des StMF in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses, eindeutig Kenntnis davon hatte, dass diese Frage eines etwaigen Kontakts zwischen Bank und Ministerium durchaus von wesentlicher Bedeutung für die Ereignisse des 12.02.2008 war.

Hätte der Untersuchungsausschuss früher Kenntnis von diesem Umstand gehabt, so hätte frühzeitig die Bitte an das StMF gehen können, diesen Ministeriumsmitarbeiter bis zum Abschluss seiner Vernehmung als Zeuge nicht mehr in die Sitzungen zu entsenden! Hierdurch hätte sichergestellt werden können, dass Dr. Eismann seine Zeugenaussage unbeeinflusst durch vorherige Zeugenaussagen und durch nicht öffentliche Überlegungen des Untersuchungsausschusses hätte ablegen können.

Tatsache ist auch, dass der Zeuge Dr. Eismann, als Vertreter des StMF in den Sitzungen des Untersuchungsausschusses, während dieser Sitzungen

aufgrund seiner Teilnahme an der Vorbereitung des Ministerberichts eindeutig Kenntnis davon hatte, dass es diesbezügliche Kontakte am Vormittag des 12.02.2008 gegeben hat.

Tatsache ist nach Überzeugung der Oppositionsvertreter auch, dass Dr. Eismann, als Vertreter des StMF, in dieser Frage nicht von sich aus und vor allem nicht rechtzeitig an der Aufklärung des Untersuchungsgegenstandes mitgewirkt hat.

Nimmt man den teilweise durch sehr selektive Erinnerungslücken der Zeugen geprägten Ablauf des 12.02.2008 als wahr an, so lässt dies nur ein Ergebnis im Zusammenhang mit der veränderten Kommunikationsstrategie des Vorstands der BayernLB zu:

Der Vorstand der BayernLB verfolgte seine Strategie ebenso wie die abrupte Veränderung dieser Strategie am 12.02.2008 ohne Rücksicht auf eine gleichzeitige, geschweige denn vorzeitige Einbeziehung des zuständigen Staatsministers!

c. Keine wahrheitsgemäße Information des Parlaments durch Staatsminister Huber

Obwohl er seit spätestens August 2007 durch Wochenberichte detailliert über die Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen und Risikoentwicklung bezüglich des ABS-Portfolios informiert war¹⁶⁵, hielt Staatsminister Huber an der vom Vorstand zunächst erzwungenen Darstellung einer beschönigenden Situation bei der BayernLB fest.

Schon zum Zeitpunkt der Amtsübernahme durch Staatsminister Huber am 16.10.2007 war bekannt, dass sich aufgrund der aktuellen Entwicklungen auf den US-Finanzmärkten insbesondere seit Juli 2007 die Zahlen für die BayernLB in immer drastischerer Höhe verschlechtert hatten. Dies führte zur Einberufung einer Verwaltungsrat-Sondersitzung durch den damaligen Staatsminister Prof. Faltlhauser am 29.08.2007 und im September 2007 zumindest zu einer diesbezüglichen nicht öffentlichen Information durch den damaligen Staatsminister für Finanzen gegenüber den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen im Bayerischen Landtag¹⁶⁶.

Mitte Oktober dagegen ergaben die Wochenberichte eine weitere deutliche Verschlechterung, so dass zwar die Spitze der Krise noch nicht zu beziffern gewesen wäre, durchaus aber die Tatsache, dass für die BayernLB eine erhebliche Krise vorlag sowie deren Tendenz nach oben.

Der Zeuge Faltlhauser hatte nach eigener Aussage schon ab August 2007 die Erkenntnis, dass „die Landesbank da nicht ungeschoren vorbeikommen“ würde und es „möglichweise problematisch werden“ würde¹⁶⁷. Der damalige Finanzvorstand Gribkowsky habe insofern sehr flott aber als guter Kenner der Materie formuliert „da ist vielleicht eine halbe Billion oder eine ganze Billion an Miesen da, aber kein Mensch weiß, wer sie hat.“

Unklar ist geblieben, warum Staatsminister Huber nicht ebenso wie sein

¹⁶⁵ Dr. Kemmer (4/68)

¹⁶⁶ Prof. Faltlhauser (6/168)

¹⁶⁷ Prof. Faltlhauser (6/172)

Vorgänger im Amt zumindest zu internen Informationen gegenüber den Oppositionsvertretern des Landtags bereit und in der Lage war.

Auch nach der Verwaltungsratssitzung vom 04.12.2007, in der von beteiligten Verwaltungsratsmitgliedern Zweifel an der Schweige-Strategie des Vorstands geäußert wurden¹⁶⁸, hätte Staatsminister Huber seiner Verpflichtung zur umfassenderen Information des Parlaments nachkommen können und müssen.

In dieser Sitzung bat sogar der Vorsitzende des Verwaltungsrats, der Zeuge Dr. Naser, darum, „frühzeitig einen Kommunikationsvorschlag für den Fall zu erarbeiten, dass in der Presse über Bewertungsanpassungen bei der BayernLB berichtet wird.“ Staatsminister Huber setzte sich allerdings auch anlässlich dieser Diskussion im Verwaltungsrat nicht durch.

Die damals geführte Diskussion lässt ausweislich des Protokolls erahnen, dass schon im Dezember zumindest einigen Mitgliedern des Verwaltungsrats ansatzweise klar war, was bei mangelhafter Kommunikation passieren würde. Fast hellseherisch wurde hier das - am 12.02.2008 tatsächlich eingetretene - Szenario gezeichnet, dass durch Medienveröffentlichungen die Schweigestrategie des Vorstands nicht mehr haltbar sein könnte.

Soweit das Protokoll Auskunft über die Haltung des zuständigen Staatsministers gibt, strengte dieser nur Überlegungen an, „die kumulierten Erträge aus dem Investmentportfolio dazustellen, um damit die derzeitigen Bewertungsverluste zu relativieren“¹⁶⁹. In diesem Sinne erfolgte dann von Seiten des zuständigen Staatsministers Huber weiterhin eine „relativierte“ Darstellung, statt einer klaren Information der ihm bekannten Bewertungsverluste!

In der Sitzung des Verwaltungsrats am 22.01.2008 erhielt der Verwaltungsrat detaillierte Kenntnis über die vorläufigen Zahlen der „Bilanz- und Erfolgssituation per 31.12.2007. Hierbei handelte es sich um einen vorläufigen Konzernabschluss nach HGB, „dessen Adressaten lediglich der Verwaltungsrat und der Vorstand der BayernLB“ waren. Zu diesen vorläufigen Zahlen wurde von Dr. Kemmer ausgeführt, dass deren „Härtegrad“ gut gewesen sei¹⁷⁰!

Festzuhalten ist, dass Staatsminister Huber in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 12.02.2008 aus Sicht der Oppositionsvertreter wie oben dargestellt nicht umfassend und nicht wahrheitsgemäß zur aktuellen Situation der BayernLB berichtete.

Staatsminister Huber überbrachte im Ergebnis die Information, dass Zahlen aus objektiven Gründen – nämlich wegen einer von anderen Banken abweichenden Bewertungs-Methode! – schlicht nicht vorlägen.

Seine vor dem Haushaltsausschuss gegebene Information steht in einem krassen und diametralen Gegensatz zu seinem damaligen Kenntnisstand und zu dem tatsächlichen Sachverhalt. Er kannte den Wertberichtigungsbedarf von 1,9 Milliarden Euro (den die Bank tags darauf bekannt gab) allein schon aus den Wochenberichten. Die Güte und Qualität dieser Zahlen ergab weit mehr

¹⁶⁸ Niederschrift der 65. VR-Sitzung vom 04.12.2007, Band 13, S. 227ff

¹⁶⁹ Niederschrift der 65. VR-Sitzung vom 04.12.2007, Band 13, S. 227ff

¹⁷⁰ Niederschrift der 67. VR-Sitzung vom 22.01.2008, Band 14, S. 12ff

als „vorläufig geschätzte Zahlen“, von denen Finanzminister Huber behauptete, es gebe sie schlicht nicht. Sein Hinweis auf eine angeblich andere Bewertungsmethode in der Bank war ersichtlich ein Ablenkungsmanöver, um die Verschleierung des wahren Ausmaßes der Krise irgendwie in einem rechtfertigenden Licht erscheinen zu lassen.

d. Verpflichtung zur Information des Parlaments, Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes zum Auskunftsrecht

Eindeutig wäre Staatsminister Huber verpflichtet gewesen, die letztlich auf Wunsch des Vorstands der BayernLB erzwungene „Kommunikationsstrategie“ (wegen noch nicht vorliegender testierter Zahlen des Jahresabschlusses 2007 keine klaren Informationen über Einzelheiten und Ausmaß der Risikoentwicklung für die BayernLB zu geben) zu durchbrechen. Bei der Abwägung dieser unterschiedlichen Spannungsfelder kam er, aus Sicht der Oppositionsvertreter zu Unrecht, dem berechtigten Informationsanspruch des Parlaments nicht ansatzweise umfassend und insbesondere nicht seinem tatsächlichen Wissen entsprechend nach.

Die Verpflichtung zu vollständiger und wahrheitsgemäßer Auskunft ergibt sich aus den Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes zum Auskunftsrecht des Parlaments aus den Jahren 2001 und 2006¹⁷¹, die von der GRÜNEN-Fraktion erstritten worden sind.

Hiernach sind die diesbezüglichen Informationsrechte der Abgeordneten verfassungsrechtlich geschützt. Dies ist notwendige Voraussetzung für die „sachverständige Beurteilung und Entscheidung von Sachfragen“ durch die Volksvertreter.

Das Fragerecht und somit die Verpflichtung zur Auskunft gegenüber den Mitgliedern des Parlaments sind nach der Rechtsprechung des BayVerfGH höherrangiger zu gewichten, als die Interessen der Bank.

Anfragen von Abgeordneten müssen – selbstverständlich wahrheitsgemäß - beantwortet werden.

In den angeführten Entscheidungen hat der BayVerfGH für den Bereich der LfA Förderbank Bayern, einer Anstalt des öffentlichen Rechts, im Hinblick auf den Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen und bei Konkurrenz zu anderen Kreditinstituten entschieden, dass das für die demokratische Kontrolle essentielle parlamentarische Fragerecht hier als höherrangig zu bewerten ist. Auch die BayernLB ist gem. Art. 1 Abs. 1 Bayerisches Landesbankgesetz eine Anstalt des öffentlichen Rechts.

Auch hier gilt, dass Rücksichten auf Bankeninteressen nicht über den Auskunftsanspruch des Parlaments gestellt werden dürfen.

Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hierzu:

„.... Angesichts der Verankerung des Fragerechts und damit auch der Antwortpflicht der Staatsregierung in der Verfassung selbst besteht nur ein

¹⁷¹ Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 17. Juli 2001, Aktenzeichen: Vf. 56-IVa-00 und Entscheidung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 26. Juli 2006, Aktenzeichen: Vf. 11-IVa-05

enger Entscheidungsspielraum über das „Ob“ einer Antwort; die Ablehnung, eine Frage überhaupt (materiell) zu beantworten, muss danach die Ausnahme sein. Dabei sind die Gründe für die Ablehnung anzugeben, damit diese nachvollziehbar wird und damit es dem anfragenden Abgeordneten möglich ist, gegebenenfalls in eine politische Auseinandersetzung über die Ablehnung einzutreten.....

Die Staatsregierung muss den wesentlichen Inhalt der Frage aufzugreifen und den Kern des Informationsverlangens befriedigen. Die Antwort muss selbstverständlich wahrheitsgemäß sein....

Aus dem in Art.13 Abs. 2 BV begründeten Status eines Parlamentsabgeordneten sowie allgemein aus den Aufgaben, die einem Parlament im demokratischen Rechtsstaat zukommen, nämlich besonders der Mitwirkung an der Gesetzgebung und der Ausübung der Kontrolle über die Exekutive, folgt, dass ein Abgeordneter ein Recht auf Beantwortung seiner an die Staatsregierung gerichteten Fragen hat....

Aus dem in Art. 13 Abs. 2 Satz 1 BV gewährleisteten Status erwächst dem Abgeordneten ein Recht darauf, dass ihm von der Seite der Exekutive grundsätzlich diejenigen Informationen nicht vorenthalten werden, die ihm die Erfüllung seiner Aufgaben als Vertreter des Volkes im Parlament ermöglichen, nämlich die sachverständige Beurteilung und Entscheidung von Sachfragen....“

Demnach war Staatsminister Huber verpflichtet, entgegen der Schweigestrategie des BayernLB-Vorstandes und unter Zurückstellung etwaiger „bilanzbegrifflicher Spitzfindigkeiten“¹⁷² auch über nicht testierte, gleichwohl aber über Monate verlässlich festgestellte Zahlen aus den Wochenberichten zumindest in ihrer Größenordnung und deutlichen Tendenz zu berichten, um den Abgeordneten ein inhaltlich umfassendes Bild zur Situation zu vermitteln.

Stattdessen machte Staatsminister Huber in seinen Berichten vor dem Plenum und dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags nebulöse Angaben, die nicht ansatzweise auf das Ausmaß der Risikoentwicklung hinwiesen. Die auf den Begriff der noch nicht vorliegenden „belastbaren Zahlen“ im Sinne testierter Jahresabschlusszahlen vorgenommene Reduzierung seiner Auskünfte im Parlament führte am Wesentlichen vorbei und erzeugte durch Verschweigen der Erkenntnisse aus den Wochenberichten einen irreführenden Eindruck.

Ein Informationsanspruch des Parlaments kann nur dann zielführend im Sinne der Rechtsprechung des BayVerfGH sein, wenn hiervon im vorliegenden Fall auch Zahlen, Tendenzen und Größenordnungen umfasst sind. Untergeordnet ist hier die Frage, ob derartige Zahlen schon abschließend von Wirtschaftsprüfern festgestellt wurden, solange diese für die sachgerechte Beurteilung der Sachlage durch die Parlamentsmitglieder notwendig und sinnvoll sind.

Die von Staatsminister Huber vor dem Parlament im Haushaltsausschuss am 12.02.2008 in Zusammenhang mit der Veröffentlichung in der Leipziger Volkszeitung und dem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN-Fraktion, den Minister vor den Ausschuss zu zitieren getätigte Auskunft „die in den Raum gestellten Zahlen betreffend einen Wertberichtigungsbedarf könnten nicht

¹⁷² Brief Dr. Naser an Dr. Kemmer vom 28.02.2008, Band 9, S. 42

bestätigt werden; es handle sich um Spekulation¹⁷³ war nach obigen Ausführungen objektiv falsch. Ausweislich des Wochenberichts, der dem Staatsminister am 06.02.2008 zugesandt wurde¹⁷⁴, betrug zum 31.12.2007 der Verlust der Bank 557,4 Mio. Euro und die Wertberichtigungen, die über die Neubewertungsrücklage gebucht wurden, 1.334,7 Mio. Euro. Diese Zahlen waren dem Staatsminister zu diesem Zeitpunkt somit auch bekannt.

Ebenso entsprach die Äußerung des Staatsministers im Haushaltsausschuss am 12.02.2008 „eine Zahl, die nicht feststehe, könne weder mitgeteilt noch verschwiegen werden“¹⁷⁵ weder den Tatsachen noch seinem Wissenstand, da umfassendes Zahlenmaterial feststand und ihm aus diversen Wochenberichten bekannt, wenngleich dieses noch nicht testiert war. Gleichwohl, auch ohne das Testat der Wirtschaftsprüfer, lässt sich ohne Zweifel sagen, dass Staatsminister Huber am 30.01.2008 (aktueller Wochenbericht: GuV –393,4 Mio. Euro, Eigenkapital –1.433,9 Mio. Euro¹⁷⁶, sowie am 12.02.2008 (aktueller Wochenbericht: GuV –557,4 Mio. Euro, Eigenkapital –1.334,7 Mio. Euro¹⁷⁷ Kenntnis über Verluste und Wertberichtigungen hatte, die laut Jahresabschluss in Höhe von insgesamt 2,3 Mrd. Euro für 2007 dann festgestellt werden mussten!

Deutlich wird die grundsätzliche Haltung der staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat im Hinblick auf das Spannungsverhältnis zwischen der Bewahrung von Bankgeheimnissen angesichts der Konkurrenzsituation der BayernLB und dem parlamentarischen, verfassungsrechtlich garantierten Auskunftsanspruch in der Niederschrift der 69. (Sonder-) Sitzung des Verwaltungsrats am 19.02.2008¹⁷⁸:

Hier berichtete der ehemalige Vorstand Dr. Gribkowsky zunächst, dass nicht ausgeschlossen werden könne, „dass sich das operative Ergebnis um mehrere Millionen verringern werde, da wegen veränderter Rahmenbedingungen eine neuerliche Bewertung aller Einzelpositionen des Wertpapierportfolios notwendig sei“.

Von Seiten staatlicher Vertreter im Verwaltungsrat wurde daraufhin erklärt, dass für die Zukunft „entsprechend der operativen Zuständigkeit“ eine Veröffentlichung und Kommentierung von Bankzahlen im Weiteren nicht mehr durch die Mitglieder der Staatsregierung, sondern ausschließlich durch die Bank selbst erfolgen solle!

¹⁷³ Wortprotokoll des 194. Haushaltsausschusses vom 12.02.2008, Band 25

¹⁷⁴ Band 11, S. 218ff

¹⁷⁵ Wortprotokoll des 194. Haushaltsausschusses vom 12.02.2008, Band 25

¹⁷⁶ Band 11, S. 199

¹⁷⁷ Band 11, S. 221

¹⁷⁸ Band 14, S. 164ff

4. *Welche Maßnahmen ergriffen ggf. Staatsminister Erwin Huber, Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein, Staatsminister Joachim Herrmann und der ehemalige Staatssekretär Georg Schmid, um ihrer Kontrollfunktion bezüglich der Geschäfte der BayernLB, hinsichtlich derer im Geschäftsjahr 2007 Verluste, Abschreibungen, Wertberichtigungsbedarf und drohende Inanspruchnahmen aus Patronatserklärungen bzw. Bürgschaften eingetreten sind, gerecht zu werden, und wie ist der aktuelle Stand der Verluste, Abschreibungen und Wertberichtigungen der BayernLB aus ihren Geschäften mit strukturierten Wertpapieren zum Zeitpunkt der Einsetzung des Untersuchungsausschusses?*

a. Ankauf der ABS-Papiere, ABS Portfolio der BayernLB

Ganz grundsätzlich in Frage stellt der Sachverständige Prof. Dr. Wenger das ABS-Engagement der BayernLB: „Natürlich hätte man sich auch fragen müssen: Warum soll sich eine deutsche Bank dort engagieren? Warum kaufen die Amerikaner die Titel nicht selbst?“¹⁷⁹.

Unter Hinweis auf die Volatilität des amerikanischen Immobilienmarktes schloss er für sich den Kauf dieser Papiere absolut aus: „Ich würde für mich persönlich nicht im Traum auf die Idee kommen, dort eine Mark zu zeichnen“¹⁸⁰.

Zeuge Prof. Dr. Faltlhauser, vom 28.09.1998 bis zum 11.10.2007 ehemaliger Bayerischer Staatsminister der Finanzen und damit im Turnus Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der BayernLB, beklagte die mangelnde Übersichtlichkeit forderungsbesicherter Wertpapiere und sprach in diesem Zusammenhang sogar von einer Fehlentwicklung: „Diese Abkürzungen: Ich brauche dieses Bundesbank-Glossar, um die ganzen – mittlerweile 30 verschiedenen – ABS-Begriffe abgreifen zu können. Das macht weltweit die ganze Übersichtlichkeit schwer. Ich habe manchmal den Eindruck, dass das manche, die das konstruiert haben, auch beabsichtigt haben. Also, das ist eine Fehlentwicklung, die ich auch der europäischen Bankenwelt einmal sagen will. Ich will nicht gescheiter sein, als die anderen Banken, aber wenn ich es nicht sage, wer soll es sonst sagen?“¹⁸¹.

Fundamentale Bedenken dieser Art kann es beim sukzessiven Aufbau des ABS-Portfolios in der Bank entweder nicht gegeben haben, oder sie wurden nicht geäußert, oder sie kamen nicht zum tragen.

Die BayernLB investiere seit 1993 in ABS, die Abwicklung von Kundengeschäften über Conduits erfolge seit 1999, das ABS-Engagement der Bank liege präzise bei 32,36 Mrd. Euro, das ABS-Engagement der Töchter bei 1,12 Mrd. Euro - das teilte Finanzminister Huber am 21.02.2008 mündlich und schriftlich vor dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags mit, als er

¹⁷⁹ Prof. Dr. Wenger (3/81)

¹⁸⁰ Prof. Dr. Wenger (3/86)

¹⁸¹ Prof. Dr. Faltlhauser (6/203)

einen Fragenkatalog des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion beantwortete.

Der Finanzminister gab in dieser Sitzung des Haushaltsausschusses auch Auskunft über die Entwicklung des Volumens des Portfolios der BayernLB. Konkret legte er unter der Überschrift „Stand ABS-Portfolio Bank weltweit in Mrd. Euro (jeweils Jahresendstände)“ die folgenden Zahlen vor:

1993	94	95	96	97	98	99	2000	01	02	03	04	05	06	07
0,2	0,3	4,3	7,4	11,2	12,4	19,2	26,5	36,4	34,5	29,4	26,0	29,1	34,0	32,4

Das Volumen erreichte seinen absoluten Höchstwert mit 36,4 Mrd. Euro im Jahr 2001, sank danach auf 26 Mrd. Euro im Jahr 2004 und erreichte im Jahr 2006 nochmals einen sehr hohen Wert mit 34,0 Mrd. Euro im Jahr 2006. Der Grundsatzbeschluss der Bank, das ABS-Portfolio auf 58 Mrd. Euro deutlich auszuweiten, wird weiter unter ausführlich dargestellt.

In seiner mündlichen und schriftlichen Erklärung vor dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags am 21.02.2008 gab Finanzminister Huber auch Erläuterungen zu den sogenannten Zweckgesellschaften oder Conduits: „Die BayernLB hat im Jahr 2007 drei ABCP-Programme (Conduits), davon zwei im Rahmen des US-Verbriefungsgeschäfts und eines im Rahmen des europäischen Verbriefungsgeschäfts gesponsert. Die Conduits wurden im Jahre 1998 und 1999 (USA) bzw. 2002 (Europa) gegründet. Ein Conduit (Giro US Funding corp) wurde zwischenzeitlich aufgelöst“¹⁸².

Ähnlich beschrieb der Zeuge Dr. Kemmer das ABS-Geschäft der Bank – Aufbau eines eigenen Portfolios und Kundentransaktionen - vor dem Untersuchungsausschuss: „Das ABS-Geschäft der BayernLB gliedert sich in zwei Teilsegmente: Erstens. Wie jede international tätige Bank hat die BayernLB aus Gründen der Portfoliodiversifizierung auch in ABS-Wertpapiere investiert. Dieses Geschäft betreibt die Bank seit 1993. Zweitens. Darüber hinaus strukturiert die BayernLB ABS-Verbriefungstransaktionen für ihre Kunden im Rahmen ihres originären Kreditgeschäftes. Diese Geschäfte betreibt die Bank seit 1998“¹⁸³.

Hinsichtlich des Volumens des ABS-Engagements bestätigt Zeuge Dr. Kemmer die Ausführungen des Finanzministers vor dem Haushaltsausschuss: „Die Investments der BayernLB-Gruppe in strukturierte Wertpapiere inklusive der Kundentransaktionen wurden auf rund 33 Milliarden Euro Ende 2007 aufgebaut. Der Peak war meines Wissens zumindest für das Subprime-Segment im Jahr 2001. Dieses entsprach einem Anteil von rund 8 % der Bilanzsumme“¹⁸⁴.

Dass die BayernLB im ABS-Geschäft umfassend tätig war, also nicht nur in forderungsbesicherte Wertpapiere in großem Umfang investierte, sondern selber Forderungen für Kunden verbriefte, konkretisierte der Zeuge Dieter

¹⁸² Anlage 1 zum 196. Haushaltsausschuss vom 21.02.2008, S. 25

¹⁸³ Dr. Kemmer (4/59)

¹⁸⁴ Dr. Kemmer (4/60)

Burgmer: „Das ABS-Geschäft beinhaltet unter anderem, dass wir für Kunden, für große DAX-Unternehmen, Forderungen angekauft haben, diese restrukturiert haben und dann über ein ABS-Wertpapier verbrieft und an den Markt gebracht haben, also kundeninduziertes Geschäft. Dass wir einen Teil dieser Anlagen dann auch selber behalten haben als eigenes Investment der Forderungen eines großen Automobilunternehmens, ist dann auch nahe liegend. Insofern ergibt sich dann ein Mix von Anlageformen, die dann insgesamt diese 30 Milliarden ausgemacht haben“¹⁸⁵.

Load the boat

In mehreren Zeugenaussagen wurde deutlich, dass das ABS-Engagement der BayernLB zumindest zu einem gewissen Teil im Zusammenhang mit dem Wegfall der Anstaltslast und der Gewährträgerhaftung für öffentlich-rechtliche Banken in Deutschland zu sehen ist. So stellt etwa der Zeuge Burgmer diesen Zusammenhang in seiner Aussage her: „Die Bank hatte einen deutlichen Liquiditätsüberschuss, der als vorbereitende Maßnahme für den Wegfall der Gewährträgerhaftung aufgebaut wurde, der zum Teil auch in solchen ABS-Papieren angelegt wurde“¹⁸⁶.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende, der Zeuge Werner Schmidt, nannte auch eine Größenordnung: „Man hat im Rahmen des Wegfalls der Haftungsgrundlagen, die Ende 2005 weggefallen sind, Liquiditätsvorsorge getroffen und musste die hereingenommene Liquidität zu den Konditionen anlegen. So ging ein kleinerer Teil, ich glaube, es waren etwa 5 oder 6 Milliarden, in diese Position hinein...“¹⁸⁷.

Anstaltslast und Gewährträgerhaftung führten in der Vergangenheit zu einer besseren Bewertung der Bonität der BayernLB und damit zu einem besseren Rating. Die Bank hatte mit Triple-A sogar das beste Rating. Sie konnte sich damit zu optimalen Bedingungen refinanzieren. Dazu Zeuge Dr. Kemmer: „Hinzu kommt, dass der Aufbau eines Investmentportfolios für den Übergang in die Zeit ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung für die BayernLB von hoher Bedeutung ist. Mit Anstaltslast und Gewährträgerhaftung konnte sich die BayernLB jederzeit auf dem Kapitalmarkt Liquidität zu günstigen Konditionen beschaffen. Diese Flexibilität wurde durch den Wegfall der staatlichen Haftung eingeschränkt“¹⁸⁸.

Im Juli 2001 wurde zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland eine Verständigung im so genannten „Beihilfestreit“ um Anstaltslast und Gewährträgerhaftung der öffentlich-rechtlichen Kreditwirtschaft erzielt. Nach einem Übergangszeitraum von vier Jahren änderten sich zum 18. Juli 2005 die Haftungsgrundlagen für Sparkassen und Landesbanken.

¹⁸⁵ Burgmer (5/121)

¹⁸⁶ Burgmer (5/115)

¹⁸⁷ Werner Schmidt (5/21)

¹⁸⁸ Dr. Kemmer (4/59f)

Die BayernLB nutzte die Zeit bis Juli 2005, Liquiditätsbevorratung zu betreiben. Das führte auch der Vorstandsvorsitzende der BayernLB aus: „Deshalb hat die BayernLB bereits frühzeitig einen strategischen Liquiditätsvorrat aufgebaut. Da der Liquiditätsvorrat nur sukzessive im Kreditgeschäft benötigt wurde, tätigte die Bank Alternativenanlagen, darunter auch Investitionen in ein ABS-Portfolio“¹⁸⁹.

Die Maßnahmen für die Liquiditätsbevorratung liefen in der Bank unter der Bezeichnung „Load the Boat“, wie Zeuge Dr. Kemmer mitteilt: „Ich erinnere noch mal an das Thema 2005: Wegfall von Anstaltslasten und Gewährträgerhaftung. Wir haben noch mal sauber emittiert auf der Passivseite. Load the boat hieß die Strategie, weil man da ja günstig noch Geld aufnehmen konnte und dann haben wir dieses Geld zur Liquiditätsvorsorge angelegt“¹⁹⁰.

Auch der Zeuge Dr. Naser, abwechselnd mit dem bayerischen Finanzminister Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates, beschrieb die Reaktion der Bank auf den zu erwartenden Verlust des Triple-A und auch das Problem, dass die zusätzliche Liquidität in irgendeiner Form auch untergebracht – „gebunkert“ - werden musste: „Bei Landesbanken kam jetzt noch zusätzlich hinzu – das ist ein zusätzliches Problem -, dass man gesagt hat, ab 2005 können wir nicht mehr Triple-A-Papiere emittieren, also wir emittieren jetzt noch einmal einen größeren Anteil Triple-A-Papiere, um die Liquidität für die kommenden Jahre vorzuhalten. Und die Vorstellung war wirklich gewesen, wenn ich jetzt ein paar Milliarden zusätzlich zu günstigen Konditionen am internationalen Kapitalmarkt aufnehme, was mache ich damit? – Ich muss diese Papiere möglichst sicher, möglichst liquide anlegen. Und wenn Sie jetzt eine Bundesanleihe dafür kaufen, dann lege ich eher drauf. Also für eine Bundesanleihe kriege ich weniger, wie ich am Kapitalmarkt finanziert habe. In die Firmenfinanzierung, wenn ich jetzt das Geld gegeben hätte: schlagartig großes Risiko. Wir hätten ja weiß der Teufel wo rund um den Erdball Firmen finanzieren können. Da haben wir uns gesagt, aha, wo bunkern wir dieses Geld sicher. Schauen wir 15 Jahre zurück. Da gibt es einen Markt, der ist absolut liquide, da verdient nicht viel, aber da verdient ein wenig was, das ist eine absolut sichere Anlage der letzten 15 Jahre, und da investieren wir nur in die besten Papiere und haben einen Teil der Liquidität auch wieder in ABS-Strukturen angelegt“¹⁹¹.

Der Zeuge Burgmer beschrieb den Vorgang wie folgt: „Also haben alle Landesbanken sich unter diesem alten Regime quasi mit Liquidität noch voll gepumpt, um sie dann anschließend nach dem Wegfall der Gewährträgerhaftung für das Neugeschäft einsetzen zu können. Insofern haben wir mehr Mittel refinanziert, als wir im aktiven Geschäft des Jahres 2003, 04, 05 brauchten, um dann im Prinzip den Zeitraum zwischen 2005 und 2015 quasi noch zu den Konditionen vor 2005 abwickeln zu können“¹⁹².

¹⁸⁹ Dr. Kemmer (4/60)

¹⁹⁰ Dr. Kemmer (4/89)

¹⁹¹ Dr. Naser (5/189)

¹⁹² Burgmer (5/117)

Die BayernLB besorgte sich also am Kreditmarkt Gelder in Milliardenhöhe, für die sie eigentlich keine Verwendung hatte. Mangels besserer Ideen flossen diese Milliarden dann in ABS-Papiere, die irrig als die zweckmäßigste Anlageform erschienen. Der Vorstandsvorsitzende der BayernLB, Zeuge Dr. Kemmer, fasste diesen Sachverhalt wie folgt zusammen: „Es gab zum Zeitpunkt der Investments keine andere derart liquide Anlageform mit höherer Rendite bei gleicher Bonitätsstufe im Rating“¹⁹³.

Zumindest Fragen zur Strategie „Load the boat“ hatte das Verwaltungsratsmitglied Karl-Ludwig Kamprath, wie er bei seiner Einvernahme darlegte: „Ich hab das also auch, wie ich da Anfang 2005 in den Verwaltungsrat reingekommen bin, praktisch als Handlung vorgefunden. Ich hab natürlich dann auch mich mal gefragt: Was ist Sinn der Veranstaltung? Das ist klar. Aber es wurde an sich befriedigend beantwortet“¹⁹⁴.

Auf die Frage, warum die Sparkassen im Gegensatz zur Landesbank nicht in ABS investiert hatten, führt der Zeuge Kamprath aus, dass die Sparkassen Geschäftsfelder für ihre liquiden Mittel hätten: „Das liegt daran, dass wir an sich ja eine ganz gute Marktstellung im Mittelstandsgeschäft haben. Das heißt, wir müssen nicht überflüssige Gelder irgendwo anlegen. Also wir haben es in unsere Kredite angelegt“¹⁹⁵.

Grundsatzbeschluss zur Ausweitung des ABS-Geschäfts auf 58 Milliarden Euro

Trotz der mangelnden Geschäftsfelder für die zusätzlich beschaffte bzw. „gebunkerte“ Liquidität beabsichtigte die BayernLB, das ABS-Portfolio über die Größenordnung von 30 Milliarden Euro hinaus auszuweiten. Zeuge Dr. Kemmer sagt dazu: „Es ist richtig, dass die BayernLB, ich glaube, im Jahr 2005 noch einmal einen Grundsatzbeschluss gefasst hat, das ABS-Portfolio auszuweiten. Das hatte unter anderem mit der Liquiditätsbevorratung zu tun, auf die ich eingegangen bin“¹⁹⁶.

Dieser Beschluss wurde dann aber nicht mehr, bzw. nicht mehr in vollem Umfang umgesetzt. Auf die konkrete Frage des Abgeordneten Schieder begründet Zeuge Dr. Naser dies mit der ABS-Krise. Abgeordneter Schieder an Zeuge Dr. Naser gerichtet: „Und es gibt ja offenbar einen Grundsatzbeschluss genau dieser Verwaltungsratssitzung vom 29.08.2007. Da ist noch einmal darauf hingewiesen worden, dass der Verwaltungsrat am 02.08.2006 der Erhöhung der Kreditlinien für den Portfolioaufbau zugestimmt hat, also Portfolioaufbau in dem Bereich. Und das war also dann Mitte 2006 oder im August 2006“¹⁹⁷. Zeuge Dr. Naser bestätigte in seiner Antwort den Beschluss: „Diesen Beschluss, den wir damals gefasst haben, der ist ja dann nicht mehr

¹⁹³ Dr. Kemmer (4/60f)

¹⁹⁴ Kamprath (6/26)

¹⁹⁵ Kamprath (6/25f)

¹⁹⁶ Dr. Kemmer (4/74)

¹⁹⁷ Schieder (4/179)

umgesetzt worden, in höherem Stil zu investieren, weil wir ja dann in 2007 die Krise gesehen haben“¹⁹⁸.

Die Zielgröße – 58 Milliarden Euro - für die Ausweitung des ABS-Portfolios nannte Zeuge Prof. Dr. Falthäuser und bemängelte gleichzeitig die fehlende Information des Verwaltungsrates: „Aufgrund meiner jetzigen Kenntnis hätte ich mir es gewünscht, dass der Vorstand den Verwaltungsrat über sein Ziel, das Portfolio auf 58 Milliarden auszudehnen, pro aktiv – wie man heute sagt – informiert hätte, weil das ja kein Pappenstiel ist, wenn man von 30 auf 58 hinaufgeht“¹⁹⁹. Dass die Bankvorstände ohne Abstimmung mit Verwaltungsrat und Eigentümer schalteten und walteten, kann man deutlicher nicht aufzeigen²⁰⁰.

Dass Entscheidungen und nachfolgende Handlungen des Vorstands zur Verdoppelung milliardenschwerer Belastungen dem Verwaltungsrat nicht auffielen, zeugt von dessen Inkompetenz oder mangelnder Kontrollfähigkeit. In dem Zielportfolio-Beschluss des Vorstands vom 25.10.2005 – zeitlich sehr nahe dem Höhepunkt der US-amerikanischen Immobilienblase – wurde fatalerweise beschlossen, das Portfolio mit deutlich risikoreicheren Papieren umzuschichten²⁰¹.

Zeuge Prof. Dr. Falthäuser gab an anderer Stelle selbst einen Hinweis darauf, warum die Bank mit Milliardenbeträgen in diesem Segment investiert hatte und sogar noch eine Ausweitung plante: „Aber wenn es so ist, dass die Margen relativ gering sind – das sind ja keine großen Margen bei diesen Papieren – einerseits und wenn die Papiere, weil sie unterlegt sind mit entsprechend weitgehenden Realwerten, dann drehen Sie schnell einmal das große Rad. Dann verdienen Sie das Geld nur mit großen Summen“²⁰².

ABS-Ankauf

Wie ein immer größerer Anteil von – besonders risikoreichen - Subprime-Papieren in das ABS-Portfolio der BayernLB gelangen konnte, erklärt der Verwaltungsratsvorsitzende Dr. Naser: „Das Problem ist Folgendes: Anfang der oder in den Neunziger- bis weit in die Zweitausenderjahre hinein gab es immer eine bestimmte Höhe US-Subprime-Segment. Und in 2005/2006 ist die Anzahl US-Subprime plötzlich so in die Höhe geschossen. Also das heißt, typische Übertreibung New Economy. Und leider Gottes, weil ja diese Papiere sich ständig rollieren, haben wir dann in den Jahren 2005/2006 auch einen

¹⁹⁸ Dr. Naser (4/180)

¹⁹⁹ Prof. Dr. Falthäuser (6/162f)

²⁰⁰ Band 43, S. 108 aus dem Sonderuntersuchungsbericht von Ernst & Young: „Die Vorstandsentscheidung zum Zielportfolio vom 25.10.2005 wurde dem Verwaltungsrat nicht zur Genehmigung vorgelegt. Hinweise auf den Ausbau des Investmentportfolios lagen dem Verwaltungsrat jedoch vor. Auf den vorhergehenden Zielportfoliobeschluss wurde in den Einzelbeschlussvorlagen immer wieder Bezug genommen.“

²⁰¹ Band 43, S. 79 aus dem Sonderprüfungsbericht von Ernst & Young

²⁰² Prof. Dr. Falthäuser (6/202f)

erheblichen Anteil Subprime, weil die Papiere ja ständig umgeschlagen worden sind, eingekauft. Und das sind die schlechtesten Jahrgänge²⁰³.

Der Zeuge präzisierte diese Aussage. Demnach hat die BayernLB ständig neue ABS-Papiere gekauft, mit ständig steigendem Subprime-Anteil – wie vom Zeugen bereits oben ausgeführt: „Die Papiere rollieren“ – das darf ich nicht sagen, sondern ständig sind Papiere fällig geworden, dann hat man wieder neue Papiere angekauft. Nicht „die Papiere rollieren“ – das ist natürlich ein falscher Ausdruck, den muss ich korrigieren. Nein, nein. Also: ABS-Papiere sind fällig geworden, und man hat neue eingekauft dann wieder²⁰⁴.

Etwa 20 bis 25 Mitarbeiter der Landesbank kauften die ABS-Papiere, die die BayernLB in ihrem Portfolio hält. Das bis Juni 2007 für Finanzmarktgeschäfte zuständige Vorstandsmitglied Dieter Burgmer führte zum praktischen Ankauf der ABS-Papiere aus: „In meinem Zuständigkeitsbereich gab es 470 Mitarbeiter, davon waren ca. 150 mit dem eigentlichen Handelsgeschäft betraut. Der Rest war mit dem Kundengeschäft betraut. Von den 150 – wie viele beschäftigten sich da mit den ABS-Geschäften? – Ich würde sagen: 20, 25²⁰⁵.

Die Händler erhielten auch Bonuszahlungen. Dem Ankauf der Papiere durch die Händler folgte nachgelagert eine Risikoprüfung durch das Risk Office. Dazu Zeuge Burgmer: „Ja, sie bekamen Bonuszahlungen wie die meisten Mitarbeiter der Bank. Wichtig ist noch: Diese Händler agierten natürlich nur im Rahmen von Kreditgenehmigungen, die wir vorher erhalten hatten. Das heißt, die durften nicht Papiere kaufen, irgend welche Papiere, sondern das war ein Zusammenspiel zwischen dem Risk Office – Sie haben heute morgen Herrn Dr. Gribkowsky dazu gehört – und dem Handelsgeschäft. Aus Sicht der Händler war die Ablehnungsquote des Dezernates von Herrn Gribkowsky immer relativ hoch, was aber ungefähr darauf hindeutet, dass die sehr dezidiert Ankaufsvorschläge geprüft haben. Es kam auch häufiger vor, dass wir wieder Wertpapiere verkaufen mussten, wenn die im Zuge der Entwicklung so gesehen wurden vom Risk Office, dass ein Verkauf opportun erschien²⁰⁶.

Risikoprüfung

Schon 2005 und 2006 kam es, wie der Zeuge Dr. Naser sagte, zu „Übertreibungen“ und „Gauereien“ auf dem Subprime-Markt in den USA. Offen blieb die Frage, warum das niemand gesehen hat, niemand außerhalb der Bank und niemand innerhalb der Bank. „Nach meiner Einschätzung ist das Problem darin, dass der US-Subprime-Markt ja eigentlich bis 2004 relativ intakt war, in 2005 und 2006 zu gewaltigen Übertreibungen geführt hat, zu teilweise Gauereien in den Vereinigten Staaten bei der Kreditvergabe und bei der Verbriefung, wo ich aber noch einmal sage: Keine amerikanische Bankenaufsicht vor der Haustüre hat das gesehen, aber das ist für mich das

²⁰³ Dr. Naser (4/180)

²⁰⁴ Dr. Naser (4/181)

²⁰⁵ Burgmer (5/117)

²⁰⁶ Burgmer (5/118)

eigentliche Problem, dass man da investiert war oder auch in diese Papiere investiert hat und dass wir nicht gesehen haben, dass wir uns immer in der Sicherheit gewogen haben, da können ja ruhig 20, 30 % ausfallen, dann sind wir immer noch sicher, und jetzt schließen wir nicht aus, dass vielleicht 40 % ausfallen. Das ist das eigentliche Problem“²⁰⁷.

Mehr als die reine Beschreibung, dass das Problem, das es ja schon in den Jahren 2005 und 2006 gab, nicht gesehen und nicht erkannt wurde, ergibt sich nicht aus der Zeugenaussage. Am Faktum des Nichterkennens änderten auch die externen Expertisen und die interne Risikoprüfung, die der Vorstandsvorsitzende explizit hervorhob, nichts: „Die BayernLB hat sich gerade nicht nur auf die Expertise der Rating-Agenturen verlassen, sondern auch eine ordnungsgemäße Bewertung und Analyse durch das hausinterne Risk Office durchgeführt“²⁰⁸.

Auch die hausinterne, nachgelagerte Risikoprüfung der BayernLB erkannte das konkrete Marktgeschehen in den USA offensichtlich nicht. „Ganereien“ sind der Bank verborgen geblieben. Verwaltungsratsvorsitzender Dr. Naser beschrieb es so: „Damals ist das Subprime-Engagement in den USA so in die Höhe geschossen, dass immer mehr Ganereien geschehen sind unter den Augen oder mit bewusster Duldung der amerikanischen Bankenaufsicht. Die Mitarbeiter haben das nicht gesehen, genauso wie Hunderte und Aberhunderte Banken auf der Welt auch nicht“²⁰⁹.

Sachverständiger Wolfhard Bauer stellte die interne Risikoprüfung so dar: „Es gab ein Verfahren, wo bestimmte ABS-Papiere, bestimmt sehr gut geratete Papiere vom Financial Markt gekauft werden konnten aus reinen Marktgesichtspunkten. Die Papiere haben einen bestimmten Wert. Die werden gekauft. Man hat dann hintendran gehängt eine Beurteilung durch das Risk Office durch die Marktfolge, die einen gewissen Zeitverzug hatte, deswegen, weil man nicht alleine aus den Marktgesichtspunkten geprüft hat. Die Marktwerte damals waren bekannt. Die hatte man. Die hatte der Financial Markt, das Risk Office. Insoweit waren die Kriterien erfüllt. Man hat gesagt, wir wollen das Ganze im Nachgang noch einmal zusätzlich prüfen aus kredittechnischer Sicht. Das heißt, wie wenn ich ein Darlehen gebe und ein Kreditverhältnis eingehe mit jemand, dazu brauche ich eine längere Zeit, weil dann sind Unterlagen teilweise in dem Moment nicht vorhanden. Wenn ich ein Wertpapier kaufe, habe ich erst einmal die Basisinformation, der Wert ist so und so hoch. Die Information, die ich im Detail dazu brauche, um das kreditmäßig zu beurteilen, die kann ich erst hinterher bekommen. Das wurde dann nachgelagert innerhalb einer maximal Achtwochenfrist. Das ist aber in der Regel auch schneller gelaufen. Und zwar unter dem Aspekt, dass man gesagt hat: Wenn ich hier aus kredittechnischer Sicht noch einmal sage, ich sehe zu hohe Risiken, hätte ich jederzeit wieder zurückfahren können und sagen können, ich kann das am Markt wieder veräußern. Das ist aus Sicht

²⁰⁷ Dr. Naser (4/181f)

²⁰⁸ Dr. Kemmer (4/69)

²⁰⁹ Dr. Naser (4/183)

von Financial Markets, von der Marktseite. Das ist eine zusätzliche nachgelagerte Genehmigung für bestimmte Papiere²¹⁰.

So intensiv dieses Verfahren auch gewesen sein mag, das konkrete Geschehen in den USA, „Gauereien“ und „Übertreibungen“ schon in den Jahren 2005 und 2006 – wie Dr. Naser ausführte – kann nicht in die Abwägung, ob die Bank Papiere kauft oder nicht, eingeflossen sein.

Ankaufstopp

Die BayernLB reagierte, nach Aussage des Zeugen Dr. Kemmer, auf die Entwicklung des Subprime-Marktes im März 2007: „Auf der Grundlage einer Portfolio-Analyse zum US-Subprime-Engagement hat der Vorstand im März 2007 ein Aussetzen der Investment-Strategie für Wertpapiere des US-Subprime-Segments beschlossen“²¹¹.

Darüber hatte der damalige Finanzminister Prof. Dr. Faltlhauser ausweislich seines Sprechzettels die haushaltspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen am 10.09.2007 informiert. Eine zeitnahe Information hatte er durch den Vorstand damals offensichtlich nicht bekommen, da er vor dem Untersuchungsausschuss aussagte: „Und umgekehrt hätte ich mir gewünscht, dass der Vorstand den Verwaltungsrat informiert hätte über den Ankaufstopp im März 07“²¹².

Komplett eingestellt wurde das Subprime-Geschäft, das ABS-Geschäft insgesamt reduziert, so der Zeuge Burgmer: „Wir haben das Neugeschäft eingestellt in diesem Teilsegment, im Subprime-Teilsegment. Wir haben darüber hinaus bereits im ersten Quartal 2007 das Ankaufsvolumen, das Neugeschäft im ABS-Titel insgesamt – nicht nur auf Subprime bezogen, sondern insgesamt – deutlich zurückgefahren aus markt-technischen Überlegungen“²¹³.

Die Krise

Zur Einordnung der Krise verwendete der Vorstandsvorsitzende der BayernLB und Zeuge Dr. Kemmer selbst das angelsächsische Wort für die Überhitzung eines Marktes: „Das ist letztlich die Frage: Deutet das hin auf ein Bubble? Gibt es Indizien, dass das ein Bubble sein könnte? – Ja, die Indizien gab es. Die sind uns natürlich auch nicht verborgen geblieben“²¹⁴.

Eine zeitliche Spezifikation nahm der Sachverständige Prof. Dr. Rudolph vor, der auf dramatische Marktänderungen bereits ab dem Jahr 2002 verwies: „Hier zeige ich Ihnen noch einmal, wie sich zwischen 2002 und 2006 der Markt

²¹⁰ Wolfhard Bauer (6/100)

²¹¹ Dr. Kemmer (4/61)

²¹² Prof. Dr. Faltlhauser (6/162f)

²¹³ Burgmer (5/114)

²¹⁴ Dr. Kemmer (4/85)

dramatisch geändert hat. Der Anteil der Primes geht stark zurück. Die Subprimes und Halb-Subprimes ... sind auch so in diese Richtung zu bringen. Der Markt hat sich in dieser Zeit enorm verschlechtert²¹⁵.

Mehrfach führte er aus, dass sich spätestens im Jahr 2006 der Subprime-Markt in den USA erkennbar in einer Krise befand.

Im Jahr 2006 reagierten laut Prof. Dr. Rudolph die Marktteilnehmer: „Es gibt eine Reaktion darauf, im Grunde genommen ab 2006 reagieren die Marktakteure und versuchen, das Kreditvolumen nicht weiter steigen zu lassen, sondern zurückzufahren, weil sie merken, dass in vielen Fällen die Schulden den Wert der beliebigen Häuser übersteigen. Jetzt gibt es auf einmal das Problem für die Betroffenen, und es gibt das Problem für die Kreditinstitute: Was ist zu tun?“²¹⁶.

Aber nicht nur die Marktteilnehmer selbst, auch die Marktbeobachter stellten dies fest, so Prof. Dr. Rudolph: „Man kann davon sprechen, dass etwa ab 2006 der Markt für nachrangige Hypotheken, also der Subprime-Markt, sich in einer Krise befindet. Dieses ist relativ früh schon festgestellt worden, nicht von allen Auguren, aber von etlichen. Im Nachhinein kann man immer auch in Deutschland Quellen ausmachen, die durchaus kritisch sind. Aber es ist gleichzeitig auch beruhigt worden“²¹⁷.

Durchaus dialektisch sind die weiteren Aussagen des Zeugen Dr. Kemmer vor dem Untersuchungsausschuss zur Einordnung und Wahrnehmung der Krise, der ja Indizien für eine „Bubble“ erkannt haben will. „Auch die in diesem Haus aufgeworfene Frage, ob die BayernLB Warnungen nicht beachtet hat, ist klar zu verneinen. Natürlich gab es Hinweise auf die Überhitzung des US-Häusermarktes“²¹⁸.

Es gab also Hinweise auf eine Überhitzung des Häusermarktes, gleichzeitig verneinte er aber die Frage, ob diese Warnungen nicht beachtet wurden.

Eine weitere Widersprüchlichkeit: Es gab – wie Dr. Kemmer sagte - Hinweise auf eine Überhitzung des Häusermarktes. Das ist ein Vorgang in der Realwirtschaft. Gleichzeitig ordnete er die Krise aber als „Vertrauenskrise“ ein: „Bei der Finanzmarktkrise handelt es sich im Wesentlichen um eine Vertrauenskrise“²¹⁹. Eine Vertrauenskrise spielt sich aber eher in der Wahrnehmung der Marktteilnehmer ab - ohne realwirtschaftliche Ursachen. Eine Überhitzung des Häusermarktes ist ein ganz realwirtschaftlicher Vorgang. Es bleibt die Frage, was für Dr. Kemmer letztlich die Ursache für die Krise ist: Mangelndes Vertrauen oder die Überhitzung des Häusermarktes in den USA?

An anderer Stelle identifizierte Dr. Kemmer doch wieder den Hypothekenmarkt als Krisenursache: „Natürlich war uns bewusst, war dem Vorstand bewusst,

²¹⁵ Prof. Dr. Rudolph (3/9)

²¹⁶ Prof. Dr. Rudolph (3/10)

²¹⁷ Prof. Dr. Rudolph (3/9)

²¹⁸ Dr. Kemmer (4/70f)

²¹⁹ Dr. Kemmer (4/67)

dass der US-Hypothekenmarkt ein bisschen ins Gerede gekommen ist. Wobei ... Immobilienmärkte sind immer zyklisch²²⁰.

„Zyklisch“ konkretisierte der Zeuge Dr. Kemmer dann mit „rauf“ und „runter“: „Meine Aussage war, dass die Frage, ob der US-Immobilienmarkt aufgeht oder runtergeht, dass die Frage ungefähr so leicht oder so schwer fundamental zu beantworten ist wie die Frage, ob der Dax aufgeht oder runtergeht“²²¹.

Das Zugeständnis, beim Erkennen der Krise „ein bisschen langsamer“ gewesen zu sein, machte Zeuge Dr. Kemmer: „Alle anderen haben den Braten rechtzeitig gerochen, und wir, weil wir halt in München a weng weiter weg sind, vielleicht insgesamt ein bisschen langsamer sind, haben das nicht spitz gekriegt und deswegen haben wir Schäden und die anderen lachen, dann, würde ich sagen, ist Ihre Frage berechtigt. – Ja, offensichtlich waren wir wirklich ein bisschen langsamer“²²².

Unverkäuflich, so der Zeuge Dr. Kemmer, seien die ABS-Papiere im August 2007 gewesen: „Zu einem zweiten Höhepunkt kam es am 09. August, an dem die Finanzmärkte faktisch zum Stillstand kamen und nur durch massive Interventionen der Zentralbanken die Liquiditätsversorgung der Banken sichergestellt werden konnte. Mit Beginn der Krise waren damit erstmalig in der Geschichte dieses Marktes strukturierte Wertpapiere unabhängig von deren Qualität praktisch unverkäuflich“²²³.

Option: Verkauf von ABS-Papieren

Ab 09.08.2007 gab es nach der Aussage von Dr. Kemmer keinen Markt mehr für den Verkauf der ABS-Papiere. Es stellt sich jedoch die Frage, wie lange die BayernLB tatsächlich noch hätte verkaufen können.

Nach den Aussagen mehrerer Sachverständiger und Zeugen gab es den Markt noch Anfang 2007, ja sogar bis Juni 2007, möglicherweise sogar noch bis Ende Juli 2007.

- Zeuge Dr. Hanisch: „Das Dritte ist, wann wäre der richtige Zeitpunkt zum Verkauf gewesen? – Wenn man sich die Entwicklung in 2007 anschaut, dann hat man beispielsweise beim ABX-Index, hat man bis zum Juli weiterhin die 100 %, im Bereich des Triple-A ABX-Indexes, und hatte eigentlich erst ab dem 30.07., als die IKB in eine Schieflage gekommen ist, und im 9. August, als die Märkte illiquide geworden sind überhaupt einen Eindruck vom Ausmaß dieser Krise. Also, das war eine schlagartige Entwicklung“²²⁴.

²²⁰ Dr. Kemmer (4/84)

²²¹ Dr. Kemmer (4/87f)

²²² Dr. Kemmer (4/87)

²²³ Dr. Kemmer (4/61)

²²⁴ Dr. Hanisch (5/170f)

- Zeuge Burgmer: „Ab wann sie illiquide waren? – Ich weiß nur, dass sie im Juni des vergangenen Jahres (Anm.: 2007) noch vollständig liquide waren und funktionierten“²²⁵.
- Sachverständiger Prof. Dr. Rudolph: „Ich denke, dass man große Teile eines solchen Portfolios in der ersten Hälfte des Jahres noch hätte verkaufen können, ohne dass das zu irgendwelchen Preisabschlägen oder sonst irgendwas ...“²²⁶.
- Sachverständiger Bauer: „Im März kann ich ja verkaufen. Im April wäre es sicher auch gegangen“²²⁷.
- Sachverständiger Prof. Dr. Wenger: „Goldman Sachs hat das gerade noch rechtzeitig hingekriegt. Die sind um die Jahreswende 2006/2007 auf die andere Marktseite gewechselt, zumindest im Trend. Die hatten natürlich große Positionen im Bestand. Die waren noch nicht im Minusbereich mit ihrem Engagement, als sie angefangen haben, zu verkaufen und short zu gehen“²²⁸.

In der Konsequenz muss festgestellt werden, dass es die BayernLB versäumt hat, im ersten Halbjahr 2007 zumindest Teile ihres ABS-Portfolios u verkaufen, obwohl dies nach Aussagen der Sachverständigen noch möglich gewesen wäre, ohne deutliche Verluste zu realisieren.

b. Öffentlicher Auftrag

Gesetzliche Regelung

Das Bayerische Landesbankgesetz definiert in Artikel 2 die Aufgaben der BayernLB. Den öffentlichen Auftrag legt das Gesetz in Absatz 1 fest. Laut Absatz 3 kann die Bank alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungen betreiben unter der Bedingung, dass sie ihren öffentlichen Auftrag beachtet.

Der Gesetzestext lautet:

„Art. 2 Aufgaben

(1) ¹ Die Bank hat insbesondere die Aufgaben einer Staatsbank sowie einer Kommunal- und Sparkassenzentralbank. ² Sie hat durch ihre Geschäftstätigkeit den Freistaat Bayern und seine kommunalen Körperschaften einschließlich der Sparkassen in der Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere der Strukturförderaufgaben, zu unterstützen.

(2) Zu den Aufgaben der Bank gehört auch die Ausgabe von Pfandbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen sowie die Begründung von Schuldbuchforderungen.

(3) ¹ Die Bank kann alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungsgeschäften betreiben sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Bank dienen. ² Die

²²⁵ Burgmer (5/123)

²²⁶ Prof. Dr. Rudolph (3/62)

²²⁷ Bauer (6/104)

²²⁸ Prof. Dr. Wenger (3/87)

*Geschäfte der Bank sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter **Beachtung ihres öffentlichen Auftrags** zu führen.*

(4) ¹ Die Bank kann zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben und Geschäfte Unternehmen oder Beteiligungen daran erwerben oder veräußern, sich an Verbänden beteiligen sowie eigene selbständige Einrichtungen errichten. ² Die Beteiligung an Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten bedarf der Zustimmung des Freistaates Bayern und des Sparkassenverbands Bayern.“

Nach dem Landesbankgesetz hat die Landesbank einen unmittelbaren öffentlichen Auftrag als Staats-, Kommunal- und Sparkassenzentralbank. Sie kann außerdem als Geschäftsbank tätig sein, allerdings vor dem Hintergrund, dass sie eine öffentlich-rechtliche Bank ist. Dies wird im Gesetzestext deutlich durch die einschränkende Formulierung, dass sie ihre Bankgeschäfte „unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags“ zu führen hat. Das bedeutet, dass im Vordergrund das Realkreditgeschäft steht und der Nutzen für die Sparkassen und die bayerische Wirtschaft. Folgende Geschäftsfelder stehen deshalb im Mittelpunkt:

- Verlässlicher Partner der Sparkassen und des Mittelstands in der Region
- Begleiter mittelständischer wie größerer Unternehmen ins Ausland
- Ausreichung von Großkrediten bzw. Konsortialkrediten zusammen mit den Sparkassen
- Bedeutender Finanzierer mit Kapitalmarkt-Know-how als Plattform für die Mittelstandsfinanzierung und Beratung der Sparkassen
- Selektive Besetzung attraktiver Segmente der realwirtschaftlichen Entwicklung.

Ein daran orientiertes Geschäftsmodell darf zukünftig nicht mehr auf Kapitalmarktgeschäft/Investment Banking basieren, das sich weitgehend losgelöst vom eigentlich Kerngeschäft bewegt. Der nicht nur marginale, sondern massive Einstieg in das ABS-Segment in der Größenordnung von zig-Milliarden als verselbständigtes und risikoreiches Unternehmen kann als die entscheidende und folgenreiche Fehlentwicklung der Bayerischen Landesbank diagnostiziert werden.

Sichtweise des Verwaltungsrates

Der Zeuge Dr. Naser, Verwaltungsratsvorsitzender der BayernLB betonte, dass die BayernLB in erster Linie eine Geschäftsbank, sogar eine „internationale Geschäftsbank“ sei mit lediglich einem „kleinen öffentlichen Auftrag“: „Jetzt glaube ich, meine Damen und Herren, sind wir an einem Punkt, wo wir an einem klassischen Punkt sind für die BayernLB. Selten sehe ich ein größeres Missverständnis in der öffentlichen Debatte, auch unter den Kommunen oft oder selbst bei Sparkassenvorständen in der Öffentlichkeit: Was ist überhaupt die BayernLB? – Wir haben immer alle in Bayern so das Gefühl, das ist unsere Bayerische Landesbank, öffentlicher Auftrag, wie es ja auch im Gesetz steht, muss dem Mittelstand, den Sparkassen helfen, Hausbank des Freistaates Bayern, und dann steht irgendwo: Darüber hinaus ist sie auch noch eine Geschäftsbank. – Steht da so im Gesetz drin. Das ist ein völlig - - Also sorry, das hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun.“

Diese Bayerische Landesbank ist eine internationale Geschäftsbank mit einem kleinen öffentlichen Auftrag noch im Freistaat Bayern, der sich schwerpunktmäßig in der Labo (Anm.: Landesbodenkreditanstalt) und der LBS konzentriert. Nehmen Sie einmal unsere 19 200 Mitarbeiter. Davon sitzen 15 000 gar nicht in Bayern. In Bayern sitzen im Bankgeschäft 3 700 Mitarbeiter, 1 000 weitere sitzen in der Labo und der LBS, der Landesbausparkasse. Also 3 700, von denen arbeiten natürlich viele aus Bayern heraus auch für ausländische Stützpunkte und alles. Das heißt, die Realität der Bank ist eine ganz andere, als sie in der Öffentlichkeit, in der öffentlichen Debatte wahrgenommen wird. Das ist eine internationale, bislang sehr erfolgreiche Geschäftsbank. So ist sie geworden; es entspricht formal dem Gesetz, heißt ja: öffentlicher Auftrag in Bayern, und darüber hinaus ist sie Geschäftsbank. Eigentlich, wenn wir die Wirklichkeit abbilden wollen, müssen wir sagen: Die Bayerische Landesbank ist eine internationale Geschäftsbank, die auch in Bayern noch einen öffentlichen Auftrag hat. So ist die Realität²²⁹.

Weiter führte der Zeuge Dr. Naser aus: „Ich sage, das Gesetz entspricht genau dem, was die Landesbank macht. Im Gesetz steht, die Landesbank hat einen öffentlichen Auftrag in Bayern“²³⁰.

In seinem Brief an Huber und Beckstein vom 31.10.2007 klingt dies allerdings etwas anders: „... wir haben doch auch heute schon längst keine bayerische Landesbank mehr, die laut Gesetz „insbesondere“ Staats- und Kommunalbank sowie Sparkassenzentralbank ist“²³¹

Er führte weiter aus und unterstrich seine Sicht der Dinge: „In der Praxis ist das „darüber hinaus Geschäftsbank“ der weitaus größere Teil, sage ich einmal. Und wenn man es jetzt nach dem Schwerpunkt sagen müsste, müsste man sagen: Die Landesbank ist eine Geschäftsbank, und sie hat auch in Bayern einen öffentlichen Auftrag. – War ein toller Versprecher“²³².

Nach der Aussage des Zeugen Karl-Ludwig Kamprath sei der öffentliche Auftrag zwar allen bewusst, trotzdem aber nicht Gegenstand des täglichen Handelns: „Ich habe ja versucht, klarzumachen, dass die Bank verschiedene Geschäftsfelder hat, und eines dieser Geschäftsfelder ist eben dieses ‘Staatsbank, öffentliche Bank, Kommunalbank’, wo dieser öffentliche Auftrag sich niederlegt ... Also, der Auftrag, der ist uns schon bewusst – allen, auch in der Landesbank natürlich –, aber er ... ist nicht der Gegenstand täglichen Handelns“²³³.

Wie es die Banker sehen

²²⁹ Dr. Naser (4/190ff)

²³⁰ Dr. Naser (4/191)

²³¹ Brief Dr. Naser vom 31.10.2007 zusätzlich zugelassene Textpassage, Band 37, S. 6

²³² Dr. Naser (4/192)

²³³ Kamprath (6/21)

Alle Banker betonten durchgängig, dass die BayernLB eine Geschäftsbank sei, die im Wettbewerb stehe, international tätig sei und alle Bankgeschäfte tätigen kann.

- Zeuge Schmidt, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der BayernLB: „Gleich zu Aufgabenstellung und Struktur, die Sie auch kennen, der BayernLB. Die BayernLB ist Staatsbank. Sie ist darum nicht Förderbank mit Ausnahme der Labo. Sie ist Kommunalbank, sie ist Sparkassenzentralbank. Sie ist auch eine national und international tätige Geschäftsbank. Ohne diese Frage, national und international tätige Geschäftsbank, wäre die Bayerische Landesbank Gruppe und die Bayerische Landesbank nicht lebensfähig, da die Finanzierung nicht im Retailgeschäft stattfindet. Es ist nicht nur Konkurrenzsituation zu den Sparkassen, sondern größter Teil kommt aus dem Bereich der Kapitalmarktrefinanzierung. Das heißt, die BayernLB muss kapitalmarktfähig sein“²³⁴.
- Zeuge Dr. Kemmer, Vorstandsvorsitzender der BayernLB: „Die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der BayernLB ist nicht allein dadurch möglich, dass wir uns ausschließlich auf Geschäfte im Freistaat Bayern beschränken. Die BayernLB ist nach Gesetz gerade nicht nur Hausbank des Freistaats Bayern und Zentralinstitut der bayerischen Sparkassen, sondern auch eine Geschäftsbank, die in zunehmend hartem Wettbewerb mit inländischen und ausländischen Instituten zu bestehen hat. Das Ihnen bereits im Überblick dargestellte Geschäftsmodell, das gerade in einer globalisierten Welt eine internationale Präsenz erfordert, stellt sicher, dass die BayernLB ihrem öffentlichen Auftrag voll umfänglich nachkommen kann. Dazu zählt unter anderem die flächendeckende Versorgung im Freistaat Bayern mit nationalen und internationalen Finanzprodukten, die aktive Wohnungs- und Städtebauförderung durch die BayernLabo und die Finanzierung des Bausparens in Bayern durch die LBS, die jährliche Erwirtschaftung einer marktadäquaten Ausschüttung an die Anteilseigner von 7 %, die Bereitstellung vieler attraktiver Arbeitsplätze in Bayern – 4 600 -, die Stärkung des Wirtschafts- und Finanzplatzes München. Die BayernLB hat seit ihrer Gründung 1972 immer Gewinne ausgewiesen und an ihre Eigentümer – Freistaat Bayern und Sparkassenverband Bayern – ausgeschüttet, so auch für das schwierige Geschäftsjahr 2007 in Form einer Dividende von 7 % nach Steuern. Hinzu kommt, dass sich der Wert der Bank seit ihrer Gründung um ein Vielfaches erhöht hat. Dieser kräftige Wertzuwachs kommt zur Hälfte dem Freistaat Bayern zugute. Unser Ziel ist es, als bayerische Bank mit internationaler Ausrichtung gemäß unserem öffentlichen Auftrag den Freistaat Bayern und die bayerischen Sparkassen bei ihrer Aufgabenerfüllung zu unterstützen und die Wirtschaft als ein verlässlicher Partner zu begleiten“²³⁵.
- Zeuge Dr. Schmidt, Mitglied des Vorstands der BayernLB: „Das Geschäftsmodell der Bayerischen Landesbank steht auf drei Säulen, so auch im Landesbankgesetz, in der Satzung verankert. Das ist zum einen die

²³⁴ Werner Schmidt (5/4)

²³⁵ Dr. Kemmer (4/57)

Sparkassenzentralbank, zum anderen der öffentliche Auftrag und zum dritten ist sie eine Geschäftsbank“²³⁶.

- Zeuge Dr. Hanisch, Mitglied des Vorstands der BayernLB: „Er (Anm.: Der Gesetzgeber) hat in Artikel 2 des Bayerischen Landesbankgesetzes festgelegt, dass die Bank alle Arten von Bank- und Finanzdienstleistungen betreiben kann sowie alle sonstigen Geschäfte, die der Bank dienen. Die Geschäfte der Bank sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags zu führen. - Und eine wesentliche Aufgabe der Bank ist es, die bayerische Wirtschaft nicht nur im Inland mit Finanzdienstleistungen zu versehen, sondern, aufgrund der globalen Verflechtung und der hohen Exportorientierung der bayerischen Wirtschaft, auch im Ausland“²³⁷.

Konkretes Geschäftsmodell und Öffentlicher Auftrag

Der Zeuge Prof. Dr. Falthäuser sieht Chancen für die BayernLB bei neuen Produkten und einer engeren Kooperation mit den Sparkassen: „Ich glaube, die Sparkassen können sich nicht und beschweren sich nicht über die Tätigkeit der Landesbank, Unterstützung usw. Ich habe nur die Vorstellung, dass man das intensivieren kann mit den Produkten, der Produktentwicklung, die entsprechend - - Ich denke nicht an ABS-Produkte, sondern ganz schlichte, fantasievolle und gut entwickelte, den Konsumentenwünschen entsprechende, Produkte, die über die Sparkasse vertrieben werden“²³⁸.

Grundsätzliche Kritik der Positionierung der BayernLB - vor dem Hintergrund ihres öffentlichen Auftrags – formulierte der Sachverständige Prof. Dr. Wenger: „Aber wenn ich mir anschau, wo die Schuldner bei der Bayerischen Landesbank herkommen – und das nicht nur im Sub-prime-Bereich –, dann frage ich mich, was hier das konkrete Interesse des bayerischen Staates und der bayerischen Sparkassen sein soll“²³⁹.

Der Sachverständige Prof. Dr. Wenger bemängelt hier, dass bei den Geschäften der BayernLB das Interesse der Sparkassen und des Freistaates nicht erkennbar sei.

Er betonte auch, dass eine Bank einen „komparativen Vorteil“ gegenüber Wettbewerbern in den Geschäftsfeldern haben sollte, in denen sie sich engagiere. Das bezweifelte er bei der BayernLB für den amerikanischen Markt: „Ein funktionierendes Geschäftsmodell setzt voraus, dass man sich dort betätigt, wo man gegenüber der Konkurrenz komparative Vorteile hat. Das kann bei syndizierten Krediten natürlich sehr wohl sein, sollte sogar so sein. Aber es ist die Frage, ob die Schuldner dann unbedingt in Amerika sitzen müssen. Da würde ich eben deutliche Fragezeichen anbringen. Denn, wenn ich mir die Geschichte der Engagements deutscher Banken im Ausland und

²³⁶ Dr. Schmidt (5/138)

²³⁷ Dr. Hanisch (5/157)

²³⁸ Prof. Dr. Falthäuser (6/207)

²³⁹ Prof. Dr. Wenger (3/75)

gerade in Amerika anschau, dann berechtigt diese nicht zu der Annahme, ohne weiteres davon auszugehen, dass man komparative Vorteile hat“²⁴⁰.

Ein „Strukturproblem“ benannte der Zeuge Burgmer für die Landesbanken und beschrieb es folgendermaßen: „Das Strukturproblem einer Landesbank besteht darin, dass sie im Prinzip eine Jungfrau ohne Unterleib ist, wenn Sie so wollen. Viele Firmenkundengeschäfte sind uns verwehrt, weil die Sparkassen sich das vorbehalten. Wir sind auf der anderen Seite auch nicht so kapitalmarktaffin, dass wir das wie eine Deutsche Bank im Investment-Banking wettmachen können. Insofern gibt es da einige schwierige Themen, wie man eine solche Bank steuert“²⁴¹.

Der Zeuge Kamprath sah auch ohne Kauf der ABS-Papiere genügend Verdienstmöglichkeiten für die BayernLB²⁴².

Bereits 1997 stellte Prof. Hans-Werner Sinn in seinem Buch „Der Staat im Bankenwesen, zur Rolle der Landesbanken in Deutschland, im Kapitel zum öffentlichen Auftrag und den tatsächlichen Zielen der Landesbanken, das globale Engagement der Landesbanken in Frage²⁴³:

„Wenn ein unbedarfter Leser der Gesetzestexte und Satzungen der Landesbanken versuchen würde, die Tätigkeit dieser Banken zu prognostizieren, so gewänne er nicht die entfernteste Idee von dem, was diese Banken wirklich tun. Die Texte vermitteln ein nebulöses Bild von gewissen öffentlichen Aufgaben, aber sie lassen keinesfalls den Schluss zu, dass sich die Landesbanken als aktive Wettbewerber im Geschäft der Kredit- und Hypothekenbanken bewegen und zu den größten und mächtigsten Marktakteuren überhaupt gehören. ...

Die Landesbanken sind Deutschlands ‚Global Players‘ unter den Banken, die sich in aller Welt an der Finanzierung auch solcher Wagnisse beteiligen, vor denen private Banken zurückschrecken würden.

Die speziellen Aufgaben, die die Landesbanken im Zusammenhang mit den Sparkassen und den öffentlichen Gebietskörperschaften ausüben, rechtfertigen die öffentliche Rechtsform nicht. Alle Aufgaben könnten von ihnen auch dann ausgeübt werden, wenn sie privatwirtschaftlich organisiert wären.“

Nach Auffassung der Opposition müssen die nächsten Monate dringend genutzt werden, um ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Landesbank samt ihrer diversen Tochter- und Enkelgesellschaften zu entwickeln. Im Rahmen der Debatte um Fusionsmöglichkeiten und Privatisierungsvorschläge sind umgehend Entscheidungen zu treffen mit welchen Schwerpunkten und mit welcher Zielrichtung die Bank zukünftig als öffentliche Bank agieren soll.

c. Versagen der Aufsicht durch Huber, Beckstein, Herrmann und Schmid

²⁴⁰ Prof. Dr. Wenger (3/77)

²⁴¹ Burgmer (5/119)

²⁴² Kamprath (6/26)

²⁴³ Prof. Hans-Werner Sinn, „Der Staat im Bankenwesen, zur Rolle der Landesbanken in Deutschland, C.H Beck’sche Verlagsbuchhandlung München, 1997, S. 64ff

Festgestellt werden muss:

Eine Aufsicht gegenüber dem Vorstand und dem Geschäftsgebaren der Landesbank wurde von den staatlichen Verwaltungsratsmitgliedern, Staatsminister Huber, dem ehemaliger Innenstaatssekretär Schmid, Staatsminister Hermann, und dem ehemaligen Innenminister Beckstein nicht wahrgenommen. Aufsicht im Sinne sachgerechter Kontrolle fand nicht statt. Ebenso wenig wurde aus Sicht der staatlichen Vertreter im Verwaltungsrat das Spannungsfeld zwischen öffentlichem Auftrag der BayernLB und ihrem Vorgehen als Geschäftsbank deutlich erkannt, geschweige denn im Sinne staatlicher Interessen gelenkt.

Staatsminister Huber selbst hatte ein interessantes Bild der Kontrollfunktion des Verwaltungsrates. Aus seiner Sicht sei es „absolut vermessen“ anzunehmen, dass sich zehn Persönlichkeiten in der Regel einmal im Monat treffen und die Möglichkeit hätten, „allein die Kontrolle über Geschäfte“ auszuüben²⁴⁴. 19.000 Mitarbeiter der Bank könnten laut Aussage des Finanzministers nicht vom Verwaltungsrat kontrolliert werden.

Diese Aussage zeigt das Selbstverständnis des Finanzministers und des Verwaltungsrats Huber, die letztlich die Kontrolle den „bankinternen Schutzvorkehrungen“ überlassen wollten.

Diese Sicht mag auf Detailfragen des Bankengeschäfts zutreffen – eine ordnungsgemäße und verantwortungsbewusste Wahrnehmung staatlicher Interessen, z.B. im Hinblick auf die Gewichtung des Öffentlichen Auftrags der halbstaatlichen BayernLB lag hier ganz offensichtlich nicht vor.

Die Vertreter der Opposition sind der Auffassung, dass der Verwaltungsrat fahrlässig gehandelt hat in der Steuerung und Kontrolle der Landesbank. Das trifft insbesondere auf die Mitglieder der Staatsregierung im Verwaltungsrat zu, denn de facto kommt ihnen kraft Amtes ein besonderes Gewicht zu. Zunächst verwundert die Aussage des Zeugen Prof. Dr. Faltlhauser, dass er es sich gewünscht hätte, „dass der Vorstand den Verwaltungsrat über sein Ziel, das Portfolio auf 58 Milliarden auszudehnen, pro aktiv – wie man heute sagt – informiert hätte, weil das ja kein Pappenstiel ist...“²⁴⁵

Ebenso verwundert die geradezu naive Nachfrage von Finanzminister Huber in der Verwaltungsratssitzung vom 04.12.2007, in der er sich nach den Gründen erkundigt, „warum die Bank ein einem derart großen Umfang Anlagen in ABS-Papiere getätigt hat“²⁴⁶.

Wie sich aus den beigezogenen Akten ergibt, hat sich der Verwaltungsrat erstmals am 29.08.2007 – also zu einem Zeitpunkt, in dem die Krise schon da

²⁴⁴ Huber (8/146)

²⁴⁵ Prof. Dr. Faltlhauser (6/162f)

²⁴⁶ Niederschrift der VR-Sitzung vom 04.12.2007, Band 13, S. 227ff

war - über die Funktionsweise der ABS-Papiere und die Hintergründe der Subprime-Hypotheken ausführlicher informieren lassen. Das war viel zu spät.

Steuerungs- und Kontrollaufgabe des Verwaltungsrats wäre es gewesen, sich spätestens im August 2006 genaue Informationen über ABS-Papiere und deren Hintergründe geben zu lassen. Hier hätte der Verwaltungsrat auch eine kritische Überprüfung und Analyse des einschlägigen Marktes vom Vorstand verlangen müssen, denn 58 Milliarden Euro sind schließlich kein „Pappenstiel“. Bei kritischem Hinterfragen und entsprechender Beauftragung des Vorstands wäre es statt zum weiteren Aufbau eher zum Rückzug aus diesem Segment gekommen. Denn die Sachverständigen haben übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass bereits 2005 und 2006 die zunehmende Krisenanfälligkeit dieses einschlägigen Marktes erkennbar war. Der Zeuge Dr. Naser berichtete selbst, dass die Einkäufe des Jahres 2005/2006 einen erheblichen Subprime-Anteil hatten und „die schlechtesten Jahrgänge“ waren²⁴⁷ und er führte weiter aus: „Die Mitarbeiter haben das nicht gesehen.“ Und der Verwaltungsrat und die Vertreter der Staatsregierung haben kritiklos alles hingenommen.

08.07.2008

Adelheid Rupp, MdL

Dr. Sepp Dürr, MdL

Werner Schieder, MdL

²⁴⁷ Dr. Naser (4/180)